

Pamela Rendi-Wagner: Shalom, Frau Ministerin





ORF WIE WIR.

Analyse statt Empörung



© MILAGROS MARTINEZ-FLENER

Wenn diese Zeilen erscheinen, hat sich die eine Aufregung längst gelegt und wurde von hunderten anderen Ereignissen überlagert. Jeden Tag gibt es einen Grund sich zu erregen, die Welt untergehen zu sehen, den größten vorstellbaren Skandal zu diagnostizieren. Die Aufregung der diversen Blasen ist ebenso allgegenwärtig wie flüchtig. Die ruhige Analyse bleibt auf der Strecke, denn schon muss sich neu erregt werden, geht die Welt aufs Neue unter.

Die Geschichte ist vermutlich bekannt. Eine Woche vor den jüngsten Wahlen zur österreichischen Hochschülerschaft (ÖH) im Mai informierte der *Falter* über menschenverachtende Eintragungen einer geschlossenen Facebook-Gruppe von Vertretern der ÖVP-nahen Studentenorganisation AG an der juristischen Fakultät. Es waren Fotos mit grauslichen Kommentaren, die uns da bekannt wurden.

Ein junger Mann mit Trisomie 21 (Down-Syndrom), der im Wasser schwimmt, wird als „Poseidown“ verspottet. Ein kleines Mädchen im Outfit des „Bund Deutscher Mädel“ wünscht den „Männern und auch Pussys dieser illustren Gruppe“ frohe Ostern. Neben ihr ein Osterkorb mit Nazifahnen und hakenkreuzbemalten Eiern. „Frohe Ostern, Nigga“, schreibt einer drunter. Und schließlich Anne Frank. Sie hat es ihnen besonders angetan. Da sieht man das Foto eines Häufchens Asche und darüber die Aufschrift „Leaked Anne Frank nudes!“, die „Nacktbilder von Anne Frank geleakt!“. Die Kommentare dazu lesen sich ähnlich entsetzlich: „Wenn Anne Frank das erfahren würde, würde sie sich im Grab umdrehen“ – „Du meinst im Aschenbecher umdrehen“, „Ach fuck it: wo ist das verdammte Schornstein-Emoji?“

Die unmittelbar folgende Aufregung war groß. Die AG forderte den Austritt aller, die sich „an solchen Inhalten beteiligt haben“. Die Junge ÖVP, in der einige der Studentenvertreter aktiv sein sollen, teilte per Twitter mit, dass die Gruppenmitglieder „sofort und einstimmig“ aus der Jungen ÖVP ausgeschlossen worden seien.

Viele Menschen verlangten in großer und verständlicher Empörung, die Staatsanwaltschaft solle prüfen, ob die Nazi-Buberln Tatbestände des Strafgesetzbuchs verletzt hätten. Man forderte, dass sie vom Studium ausgeschlossen würden und niemals Richter, Staatsanwälte oder Anwälte werden dürften. Zwei, drei Tage lang beherrschte die Causa das Empörungsfeld, dann wurde sie von neuen Aufregern überlagert.

Alexia Weiss schrieb vierzehn Tage später in der *Wiener Zeitung*, dass der Skandal ohne Konsequenzen bleiben dürfte. Die AG hatte kaum nennenswerte Verluste bei der ÖH-Wahl erlitten. Zumindest ein Mitglied der Facebook-Gruppe übernahm angeblich sein AG-Mandat, als ob nichts geschehen wäre.

Die große Empörung hatte stattgefunden, die antifaschistische Blase hatte gezeigt, wie sie einig gegen das Böse zu kämpfen bereit ist. Und dann – nichts.

Aber es handelt sich mit großer Wahrscheinlichkeit bei den mehr als dreißig Studierenden nicht um einen Ausreißer. Nein, wir müssen doch davon ausgehen, dass hier ein System sichtbar wird. Und mit ihm wird klar, dass die Aufklärung über die Schoa, wie sie heute betrieben wird, nicht mehr funktioniert. Mit hunderten Gedenkvereinen, mit Denkmälern, mit dem Präsentieren hundertjähriger Opfer lässt sich die junge Elite unseres Landes nicht überzeugen.

Anne Frank, so dachten wir, wäre das große Symbol für erlittenes Leid und Unrecht. Mit ihr würden sich heutige Jugendliche identifizieren. Wer ihr Versteck in Amsterdam besucht, wer ihr Tagebuch gelesen hat, der würde ein für alle Mal davor gefeit sein, Minderheiten töten und zu Asche machen zu wollen.

Wenn selbst Studierende der Rechtswissenschaften den Massenmord in ihrer Spaß-Ecke abfeiern, dann braucht es einer neuen, einer grundsätzlichen Überlegung. Wir dürfen uns nicht mit der Aufregung über eine singuläre Erscheinung zufriedengeben. Zumindest muss überprüft werden, ob sich nicht eine allgemeine Stimmung breitmacht. Die Generationen wechseln rasch und was heute stimmt, kann morgen völlig anders sein. Vielleicht ist auch für junge Menschen die Zeit der Schoa ein so weit zurückliegendes historisches Ereignis, dass sie keinen Zusammenhang mit ihrem Leben herstellen können.

Wir brauchen jetzt einen großen gesellschaftlichen Diskurs darüber, wie wir verhindern, dass junge Leute Massenmord lustig finden. Wie kann die Herzensbildung in Zeiten der Vereinzelung und krankhaften Konkurrenz funktionieren? Wirkt emotionale Betroffenheit überhaupt nachhaltig, kann man mit Beispielen aus der Nazi-Zeit jemanden überzeugen? Warum sind zwar durchaus viele Kids imstande, die Wirkungen von Unrechtssystemen zu erkennen und zu verurteilen, andere offensichtlich aber nicht? Was tun wir, damit sich angehende Juristen und andere Jugendliche nicht zu Spießgesellen im Geiste von dumpfen Altnazis und islamistischen Terroristen machen, die wie sie das Judenvernichten toll finden? Klingt hart, ist hart.

Wenn die Menschenverachtung vieler Mitglieder der AG Jus uns nicht aufrüttelt, uns nicht zeigt, dass grundsätzlicher Handlungsbedarf gegeben ist, dann haben wir die Verantwortung für das Funktionieren unserer demokratischen Gesellschaft aufgegeben. Vor dem „Nie wieder“ muss analysiert werden, wo wir heute stehen und was wir besser machen müssen. Ein Rezept könnte sein, die Förderungen für die unzähligen NGOs, die sich mit Gedenkkultur befassen und in Vereinsmeierei versinken, durch Geld für moderne sozialwissenschaftliche Forschung zu ersetzen, die sich mit der Gegenwart und Zukunft befasst. Die AG Jus ist auch ein Versagen der antifaschistischen Arbeit – irgendwann, lieber früher als zu spät, werden wir das akzeptieren und neue Wege suchen müssen.

nu

Ihr Peter Menasse, Chefredakteur

UNS SCHMEICHEL

dass gleich zwei Geschichten aus der letzten **NU**-Ausgabe von anderen Zeitschriften übernommen wurden. Unter dem Titel „So erlebte eine jüdische Familie in Wien den Sechstagekrieg und den Sieg Israels“ hat der *Kurier* den Artikel von Martin Engelberg „Der Sechstagekrieg in Wort und Bild“ veröffentlicht. Das wöchentlich erscheinende serbische Nachrichtenmagazin *NIN*, das in Belgrad herausgegeben wird, hat das Interview von Ida Salamon mit Oscarpreisträger Branko Lustig unter dem Titel „Ich habe vergeben, aber nicht vergessen“ publiziert.

WIR BEGRÜSSEN

dass das Jüdische Museum Wien das „FVJUS Männerkollektiv“ und andere AG-WhatsApp-Insider-Gruppen aufgrund ihrer antisemitischen Postings zu einem nachhelfenden Workshop zu jüdischer Religion, Kultur und Geschichte einlädt. Direktorin Danielle

Spera betont, die Museumsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter hätten zwar auch zu den anderen von der Gruppe behandelten Themen etwas zu sagen, würden sich bei dem Workshop aber auf ihr Kernthema und ihre Kernkompetenz beschränken. Das Jüdische Museum Wien sei davon überzeugt, dass ein solcher Kurs nicht schaden könne. Mehr dazu im nächsten **NU**.

WIR LESEN

eine Kriminalgeschichte aus Wien von **NU**-Autor Peter Weinberger. *Der Hund der Frau Wondrak* erschien im Österreichischen Literaturforum mit Illustrationen von Julia Logothetis. Wie auch in seinen früheren Büchern benützt Weinberger die alte Rechtschreibung. Ein Auszug: „Eines Tages in der Früh, als er gerade im Begriff ist, langsam über den Max Winter-Platz heimzugehen, bemerkt er vor der Konditorei am Park den Hund von der Frau Wondrak auf sie wartend sitzen. Der vor sich hin jaulende Hund

tut ihm leid. Resolut betritt er die Konditorei mit einem lauten „Gutn Morgn, Frau Wo..“, aber stockt sofort, denn die bewußte Frau Wondrak ist offenbar nirgendwo im Geschäft zu sehen.“

WIR HÖREN

eine CD mit dem Titel *Muzik*, herausgebracht von Roman Grinberg. Unsere Freude gilt nicht nur der wunderbaren Musik, die er gemeinsam mit „KlezMetropol“, dem „Chamber String Quartet“ und „Bessarabian Taraf“ spielt, sondern auch den jiddischen Texten, die im Begleitheft ins Deutsche übersetzt sind. Probe gefällig: „Ikh bin a zinger, a muzikant. Ikh bin a klezmer, ikh bin an muzikant, die gantse velt iz mir bakant. Klezmorim shpiln, klezmorim zingen, un naye lider veln far aykh derklingen“.



★
Jüdisches
Museum
Wien
Dorotheergasse

17. Mai bis
19. November 2017

Dorotheergasse 11, Wien 1
So – Fr 10 – 18 Uhr · www.jmw.at

mehr wien zum leben.
wienholding

WIEN
KULTUR

BUNDESKANZLERAMT • ÖSTERREICH

IMPRESSUM

NU – Jüdisches Magazin für
Politik und Kultur
Erscheinungsweise: 4 x jährlich
Auflage: 4.500
Nächste Ausgabe: September 2017

HERAUSGEBER UND MEDIENINHABER
Arbeitsgemeinschaft jüdisches Forum
Gölsdorfasse 3, 1010 Wien

KONTAKT
Tel.: +43 (0)1 535 63 44
Fax: +43 (0)1 535 63 46
E-Mail: office@nunu.at
Internet: www.nunu.at

BANKVERBINDUNG
IBAN: AT78 1100 0085 7392 3300
BIC: BKAUATWW

SIE SIND AN EINEM
NU-ABONNEMENT INTERESSIERT?
Jahres-Abo (vier Hefte) inkl. Versand:
Österreich: Euro 15,-
Europäische Union: Euro 20,-
Außerhalb der EU: Euro 25,-

ABO-SERVICE, VERTRIEB & ANZEIGEN
office@nunu.at

STÄNDIGES REDAKTIONSTEAM
Richard Kienzl (Artdirector), Peter Menasse
(Chefredakteur), Vera Ribarich (Lektorat)
Ida Salamon (Chefin vom Dienst)

TITELBILD
© Milagros Martínez-Flener

SATZ & LAYOUT
Wiener Zeitung GmbH, Maria-Jacobi-Gasse 1,
1030 Wien, www.wienerzeitung.at

DRUCK
Wallig Ennstaler Druckerei
und Verlag Ges.m.b.H.
Mitterbergstrasse 36, 8962 Gröbming

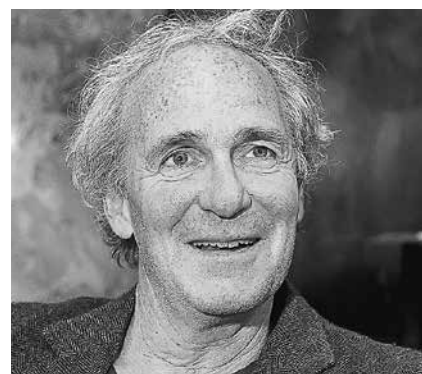
OFFENLEGUNG GEMÄSS MEDIENGESETZ
Verein Arbeitsgemeinschaft jüdisches
Forum mit Sitz in 1010 Wien, Gölsdorfasse 3
Obmann: Martin Engelberg
Obmannstellvertreterin: Danielle Spera
Kassiererin: Ida Salamon

Grundsätzliche Richtung:
NU ist ein Informationsmagazin für Juden in
Österreich und für ihnen nahestehende, an
jüdischen Fragen interessierte Menschen.
NU will den demokratischen Diskurs fördern.



Shlomit Butbul

Seite 22



August Zirner

Seite 48

Leitartikel

Analyse statt Empörung 3

Aktuell

Pamela Rendi-Wagner –
Frau Ministerin Tausendsassa 6

Antisemitismus ohne Eifer 10

Yonatan Nissenbaum –
ein israelischer Forscher in Wien 12

Bret Stephens, Kolumnist der
NYT zu Donald Trump 15

Trump: Abrissbirne der
amerikanischen Demokratie? 19

Unterwegs mit

... der Sängerin und Kulturschaffenden
Shlomit Butbul 22

Nahost

Die „Drei-Religionen-Tour“ des
neuen Mannes im Weißen Haus 26

Das Start-up- und
Hightech-Land Israel 29

Das schwierige Verhältnis
Israel-EU 32

Zeitgeschichte

Wer war Fritz Reichl? Spurensuche
nach dem Architekten 34

Jüdisches Leben

Wer ist Jude?
Ein Streitgespräch 36

Prince Charles – ein König
für die Juden 40

Stockholms jüdische Gemeinde 44

JSUD – die junge jüdische Stimme
Deutschlands 46

Kultur

Schauspieler August Zirner im
Interview zu Ella Zirner-Zwieback 48

Rezension

Michael Laczynski:
Fürchtet euch und folgt uns –
Die Politik der Populisten 51

Standards

Telegramm aus Netanja und
Kohnversationen 39

Engelberg 43

Rätsel 52

In eigener Sache 53

Autoren 54

Dajgezzen & Chochmezzen 55



Frau Ministerin Tausendsassa

Eine Ministerin mit enormem Fachwissen, politischem Verstand, hervorragenden Sprachkenntnissen und stets freundlichem Auftreten. Peter Menasse hat ein Gespräch mit Pamela Rendi-Wagner, der Ressortchefin für Gesundheit und Frauen, geführt.

FOTOS: MILAGROS MARTÍNEZ-FLENER

NU: Beim Empfang zum israelischen Unabhängigkeitstag haben Sie Ihre Rede in Iwrit begonnen, bevor Sie ins Englische und dann ins Deutsche gewechselt sind. Wie gut haben Sie die Sprache denn während Ihrer Zeit in Israel erlernt?

Rendi-Wagner: Mein Mann und ich haben fast ein halbes Jahr vor seinem Antritt als österreichischer Botschafter in Israel im November 2007 mit Hebräisch-Stunden begonnen. Da haben wir drei bis vier Mal die Woche vor der Arbeit Unterricht genommen, um dann in Israel von Anfang an ein paar Worte sprechen zu können. Dort angekommen haben wir das an den Wochenenden fortgesetzt. Insgesamt habe ich fast vier Jahre lang meine Hebräisch-Stunden absolviert, aber zum flüssigen Sprechen im Alltag bin ich nie wirklich gekommen. Das liegt wohl daran, dass wir dort meist von der englischsprachigen diplomatischen Community umgeben waren und dann auch an der Uni Englisch die

Alltagssprache war. Selbst dort, wo wir gewohnt haben, gab es viele Israeli, die sehr gut Englisch konnten.

Sie haben bei diesem Empfang, der im Semperdepot stattgefunden hat, einen medizinischen Einsatz geleistet. Wie kam das?

Kurz nach den Reden, gerade als das Buffet eröffnet wurde und die Botschafterin und ich noch fotografiert wurden, ist es passiert. Ich habe plötzlich schräg hinter mir eine ältere Dame liegen gesehen und bin im verinnerlichten medizinischen Reflex sofort hingeeilt. Ein zufällig anwesender Sanitäter und ich haben Erste Hilfe geleistet. Wir konnten die Frau stabilisieren und der Rettung übergeben. Ich habe inzwischen mit der Frau korrespondiert, auch mit ihrer Tochter und ihrer Enkeltochter. Es geht ihr besser, aber sie ist altersentsprechend nach diesem Vorfall noch schwach und befindet sich derzeit in Rehabilitation.

Sie haben seit Ihrer Promotion vor etwas mehr als zwanzig Jahren als Forscherin gearbeitet, waren Universitätsprofessorin, Frau des Botschafters, Spitzenbeamtin und sind jetzt Ministerin. Das sind vermutlich alles spannende Jobs, aber welcher ist der spannendste?

Alles war gut zur richtigen Zeit. Mir geht heute keine der früheren Tätigkeiten ab. Es war immer alles zu dem Zeitpunkt richtig, als es stattgefunden hat. Retrospektiv gesehen war alles spannend – und wer weiß, was die Zukunft noch bringen wird.

Sie werden möglicherweise nur knapp ein Jahr Bundesministerin gewesen sein. War es ein Fehler, sich trotz des Risikos berufen zu lassen?

Diese Entscheidung war auch von den Emotionen rund um das Ableben meiner Vorgängerin Sabine Oberhauser beeinflusst. Das war keine einfache Situation. Aber, was die rein fachliche und sachliche Seite dieser Entscheidung betrifft, so war es für mich schon klar, dass ich das gerne machen will. Die Themen aus dem Gesundheitsbereich sind dieselben, mit denen ich als Beamtin gearbeitet, die ich zum Teil selbst initiiert habe. Wenn man dann die Chance nicht annimmt, diese Dinge politisch umzusetzen, dann würde das so sein, als ob man vor der Ziellinie Halt macht. Aus dieser Ambition heraus habe ich letztendlich entschieden, wobei mir auch nicht viel Zeit blieb. Ich hatte genau 24 Stunden Zeit zu überlegen und die Frage mit meiner Familie zu besprechen. Mein Mann war klar dafür, die Kinder eher skeptisch, aber wir haben uns dann eben auf ein Ja geeinigt.

Sie haben zwei Töchter?

Ja, eine davon ist in Israel geboren. Damit ist sie eine Zabarit, das heißt zu Deutsch Kaktus. So werden Menschen genannt, die in Israel geboren worden sind.

Sie haben beide anspruchsvolle Berufe, Sie als Ministerin und ihr Mann, der aktuell Kabinettschef bei Bundesminister Thomas Drozda ist. Wie funktioniert denn da das Familienmanagement?

Einfach ist bei uns kein Tag. Es geht aber durch partnerschaftliches Zusammenarbeiten. Wir planen gemeinsam jeden Tag durch. Nichtsdestoweniger braucht es aber auch systemische Rahmenbedingungen. Ich bin da sicher in einer besonderen Situation, die nicht mit der von vielen anderen Frauen

vergleichbar ist. Deswegen ist es mir als für Frauenfragen zuständige Ministerin wichtig, die ganztägige Kinderbetreuung in Österreich auszubauen und zu verbessern, damit sich Frauen mit gutem Gewissen für eine Karriere entscheiden können, ohne dass es zu Lasten der Kinder geht. Heute gibt es in Österreich noch große regionale Unterschiede. In manchen Landesteilen sind die Kindergärten im Sommer zwei Monate lang geschlossen oder sperren generell um 13 Uhr. Da kann keine Mutter wirklich einem Beruf nachgehen.

Noch einmal zurück zu Israel. Sind Ihnen aus Ihrer Zeit dort persönliche Kontakte geblieben?

Ja natürlich, sowohl berufliche als auch private. Das war doch eine lange Zeit. Ich habe dort nicht nur die Aufgaben als Frau des Botschafters wahrgenommen, sondern auch mein eigenes berufliches Leben geführt. Ich konnte an der Universität Tel Aviv arbeiten. Schon, bevor wir nach Israel gingen, habe ich über die Wissenschafts-Community Kontakte zu den Institutionen gesucht, um meine Berufsoptionen auszuloten. Am Ende hatte ich fünf konkrete Berufsangebote in Jerusalem, in Tel Aviv und vom Weizmann-Institut. Das war ein schönes Willkommen aus der israelischen Berufswelt. Ich habe mich dann für die Tel Aviv Universität entschieden.

Israel ist in vielen Wissenschaftsbereichen sehr avanciert. Wie ist das in Ihrem Fachgebiet, der Medizin und speziell der Immunologie und Tropenmedizin?

Ich habe Israel, was den medizinischen Sektor betrifft, als wirklich fortschrittlich empfunden, auch was die Versorgung der Patientinnen und Patienten betrifft. Ich habe dort ein Kind zur Welt gebracht und, wie das mit kleinen Kindern so ist, auch immer wieder Mal ärztliche Betreuung gebraucht. Das war vom Niveau der Versorgung her immer auf hohem Standard, ähn-



Im Ministerium für Gesundheit und Frauen: Ministerin Rendi-Wagner mit Chefredakteur Peter Menasse

lich wie in Österreich. In manchen Bereichen der Wissenschaften ist man Österreich sogar überlegen. Auf dem Gebiet der Epidemiologie, also dort, wo es um die Erforschung der Verbreitung von Infektionskrankheiten und deren Bekämpfung geht, ist man zum Teil weiter, als wir hier in Österreich. Da konnte ich mich in Israel wissenschaftlich gut entfalten und Erfahrungen mitnehmen.

Sie haben soeben einen Gesetzesvorschlag vorgelegt, der die Ehe von gleichgeschlechtlichen Partnern ermöglichen soll. Ist es nicht so, dass da bei Ihrem Koalitionspartner die junge, jetzt bestimmende Fraktion einen sehr alten Standpunkt einnimmt?

Ich habe diesen Vorschlag in meiner Rolle als Frauen- und Gleichstellungsministerin vorgelegt. Bundeskanzler Christian Kern hat sich schon

mehrfach für die „Ehe für alle“ stark gemacht. Die SPÖ hat hier in den letzten Jahren zwar einiges erreicht, zuletzt die Öffnung der Standesämter, aber der letzte Schritt, jener der kompletten Gleichstellung ist noch nicht getan. Die legislative Zuständigkeit liegt an sich bei Justizminister Wolfgang Brandstetter. Von ihm kam aber keine Initiative, woraufhin wir uns jetzt entschlossen haben, einen Gesetzesentwurf vorzulegen, den wir dem Justizminister und dem ÖVP-Obmann Sebastian Kurz übermitteln und das auch öffentlich verkündet haben. Die Zeit ist reif, die Diskriminierung zu beenden. Was die Strömungen in der ÖVP betrifft, konnte man in den letzten Monaten registrieren, dass es so viele Gruppierungen gibt, dass man sie nicht mehr wirklich einordnen kann. Schauen wir mal, welchen Weg die neue ÖVP in dieser Frage beschreiten wird.

„Einfach ist bei uns kein Tag. Es geht aber durch partnerschaftliches Zusammenarbeiten. Wir planen gemeinsam jeden Tag durch. Nichtsdestoweniger braucht es aber auch systemische Rahmenbedingungen.“

„Mir als für Frauenfragen zuständige Ministerin ist wichtig, die ganztägige Kinderbetreuung in Österreich auszubauen und zu verbessern, damit sich Frauen mit gutem Gewissen für eine Karriere entscheiden können, ohne dass es zu Lasten der Kinder geht.“

Das Gesundheitssystem ist sehr komplex. Lassen sich da überhaupt sinnvolle Kompromisse denken – bei so vielen Playern und so vielen unterschiedlichen Interessen?

In meiner Zeit, in diesen drei Monaten, bevor die ÖVP die Koalition für beendet erklärt hat, konnten wir viel erreichen. Wir haben sieben Gesetze in dieser kurzen Zeit umgesetzt, das ist schon ein Erfolg. Ich höre aber auch jetzt nicht auf weiterzuarbeiten. Wir verhandeln noch weiter zu wichtigen Weichenstellungen für das österreichische Gesundheitssystem, wie zum Beispiel den Ausbau der regionalen Gesundheitszentren „Primärversorgung neu“. Wir können jetzt nicht einfach eine Stopptaste drücken, nur weil wir in einigen Monaten Neuwahlen haben.

Würden Sie auch in einer Koalition Ihrer Partei mit der FPÖ als Regierungsmitglied zur Verfügung stehen?

Diese Frage wird oft gestellt, aber es gibt richtige Zeitpunkte, um solche Fragen zu beantworten. Und dieser Zeitpunkt ist jetzt nicht gegeben.

Glauben Sie, dass Österreich ein Mediator in Nahost-Friedensgesprächen sein könnte? Wäre heute eine Initiative im Geiste Kreiskys möglich?

Außenpolitik ist nicht mein Fachgebiet, da kann ich nur meine private Meinung dazu sagen. Die Rahmenbedingungen haben sich seit der Zeit von Bruno Kreisky grundlegend verändert. Ich kann mir nicht vorstellen, dass eine Rolle Österreichs bei der Friedensvermittlung wie zu seinen Zeiten vorstellbar ist. Das soll aber nicht heißen, dass Österreich keine proaktive Rolle im Rahmen von Initiativen der Außenpolitik der Europäischen Union spielen könnte.

Meine vier Jahre in Israel haben mir gezeigt, wie dringend notwendig eine Friedenslösung ist. Auch wenn man eine skeptische Haltung zur Sied-



Pamela Rendi-Wagner wurde im März 2017 zur Bundesministerin für Gesundheit und Frauen berufen. Die Wissenschaftlerin hat 1996 in Wien promoviert und wechselte dann an die „London School of Hygiene and Tropical Medicine“, wo sie ein Masterstudium absolvierte und ein klinisches Diplom in Tropenmedizin erwarb. Sie kehrte 1998 als Universitätsassistentin nach Wien zurück, wo sie sich 2008 mit dem Thema „Prävention durch Impfungen“ habilitierte.

Anschließend war sie in den Bereichen Infektionsepidemiologie, Vakzinprävention und Reisemedizin tätig. In einer ihrer Forschungsarbeiten wies sie nach, dass ein Intervall von drei Jahren für die Zeckenschutzimpfung nicht notwendig ist, sondern dass Folgeimpfungen alle fünf Jahre ausreichen.

Pamela Rendi-Wagners Mann Michael Rendi wurde 2008 zum österreichischen Botschafter in Israel ernannt (siehe dazu NU 35 vom Jänner 2009). Rendi-Wagner arbeitete in dieser Zeit als Gastprofessorin im „Department of Epidemiology and Preventive Medicine“ an der Tel Aviv University.

Im März 2011 wurde sie zur Leiterin der Sektion III für Öffentliche Gesundheit und medizinische Angelegenheiten berufen. Sechs Jahre später folgte schließlich die Ernennung zur Ministerin.

Pamela Rendi-Wagner und Michael Rendi haben zwei Töchter.

lungspolitik einnimmt, muss man wissen, dass man diese Politik nicht über einen Kamm scheren kann. Gerade in den israelischen Kontexten muss man immer genau hinschauen und die Umstände sehr differenziert betrachten.

In der SPÖ gibt es sehr israelkritische Positionen. Viele von uns Juden meinen, dass hier versteckter Antisemitismus im Spiel ist. Gibt es interne Diskussionen in der Partei, an denen Sie sich auch beteiligen?

Ich kann Ihnen klar sagen, dass ich solche angeblichen Strömungen nicht verspüre und vernehme. Für mich ist die Haltung der sozialdemokratischen Partei durch den jüngsten Besuch von Bundeskanzler Kern in Israel sehr gut dargestellt. Er hat klare Worte über die Rolle Österreichs in der Shoa gefunden, und er war auch als einziger ausländischer Staatsmann bei der Gedenkfeier in Yad Vashem. Wir haben eine besondere Verantwortung, was Israel betrifft, und das spielt in unserer bilateralen Beziehung zu Israel auch eine große Rolle.

Wenn Sie zehn Jahre nach vorne schauen, wo wollen Sie dann sein, was wollen Sie dann sein?

Hmmm. Wo ich sein will? Ich setze mich lieber mit dem Hier und Jetzt auseinander. Wir können die Zukunft nur zu einem Teil gestalten. Wenn mich jemand vor zehn Jahren, als wir nach Israel gegangen sind, gefragt hätte, was ich einmal machen wollte, wäre ich nie auf die Idee gekommen, dass ich Ministerin für Gesundheit und Frauen werden würde. Diese Wege und Optionen, die sich zwischenzeitlich aufgetan haben, konnte ich damals einfach nicht kennen. Ich bin für die Zukunft offen. Wenn eine Tür aufgeht und es scheint dort der richtige Weg zu beginnen, dann soll man durchgehen. Ich möchte in zehn Jahren jedenfalls genau so viel Freude an meinem Job haben, wie an dem jetzigen. nu

Antisemitismus ohne Eifer

Es gibt Judenfeindlichkeit im heutigen Rechtspopulismus, aber es fehlt ihr die emotionale und die ideologische Grundlage von einst.

VON ERIC FREY

Auch wenn der Aufstieg rechtsnationalistischer Parteien nach ihren Niederlagen in Österreich, den Niederlanden und Frankreich vorerst gestoppt scheint, bereitet die wachsende Anziehungskraft des Rechtspopulismus jüdischen Gemeinden in ganz Europa ebenso große Sorgen wie der grassierende Antisemitismus in der muslimischen Bevölkerung. Zwar versuchen praktisch alle Rechtsparteien in Europa, sich vom Geruch des Judenhasses zu befreien und sich von klar rechtsextremistischen Kräften zu distanzieren. Denn dies gefährdet ihre sogenannte Salonfähigkeit und schadet sowohl im Wahlkampf als auch dem Streben nach allfälligen Regierungsbeteiligungen. So hat Marine Le Pen ihren Vater und Front-National-Gründer Jean-Marie aus der Partei ausgeschlossen, Heinz-Christian Strache fährt nach Israel, trifft sich dort mit radikalen Siedlern und bietet sich österreichischen Juden als Verbündeter im Kampf gegen muslimischen Antisemitismus an. Selbst die rechtsextreme ungarische Jobbik

spielt ihren noch stark ausgeprägten Antisemitismus herunter und konzentriert sich auf die Hetze gegen Roma und Muslime. Die niederländische PVV von Geert Wilders sieht sich überhaupt als Verbündete der Juden und des Staates Israel gegen die islamische Gefahr.

Wie antisemitisch sind Europas Rechtspopulisten?

Viele Beobachter, auch jüdische, zweifeln allerdings an der Aufrichtigkeit dieser Politik und sehen darin Kosmetik. Aber trifft diese pessimistische – oder auch nur vorsichtige – Einschätzung den Kern dessen, was wir heute in Europa beobachten? „Wie antisemitisch sind Europas Rechtspopulisten?“ ist eine potenzielle Schicksalsfrage für Europas Juden, die seit Jahrzehnten in Sicherheit und Frieden auf dem Kontinent leben, aber alte Bedrohungen am Horizont wieder auftauchen sehen. Sie ist nicht so leicht zu beantworten.

Historisch ist der europäische Rechtsnationalismus eng mit Antisemitismus verwoben. Die Kräfte, die im 19. Jahrhundert und frühen 20. Jahrhundert das Volk und die Nation zum Angelpunkt eines ganzen ideologischen Gebäudes machten, betrachteten die Juden als bedrohlichen Fremdkörper. Der Faschismus, der noch intensiver Feindbilder einsetzte, wollte auf Antisemitismus auch nicht verzichten. Zwar war keine andere faschistische

Bewegung in Europa so radikal anti-jüdisch wie der Nationalsozialismus, aber auch in Italien, Ungarn, Spanien, Italien und Österreich waren Juden bestenfalls gelitten, dabei aber stets auch Zielscheibe unablässiger Anfeindungen. Regime und Bürger waren dann in den meisten Fällen bereit, den mörderischen „Rassenhass“ des NS-Regimes zu übernehmen. Juden als Vertreter liberaler, linker, weltoffener oder gar avantgardistischer Ideen sowie ihre Rolle als wirtschaftliche Modernisierer gaben dem Antisemitismus im rechten Lager eine wichtige Funktion zur Mobilisierung von Anhängern sowie emotionale Nahrung.

Von diesem Erbe haben sich Europas Rechtsparteien schrittweise distanziert. Heute dienen andere Gruppen als Zielscheibe, vor allem muslimische Einwanderer und Flüchtlinge, doch antijüdische Vorurteile sind in Wähler- und Funktionärskreisen immer noch weit verbreitet. Die Verurteilung von Verbrechen gegen Juden im Zweiten Weltkrieg wirkt oft angelernt und geht ihnen nicht leicht von den Lippen, weil sie damit auch nationale Schuld eingestehen müssen. Auch in den rechtspopulistischen Parteiprogrammen und Reden sind oft Spuren des alten Antisemitismus zu erkennen: Die Attacken auf die Globalisierung und die transnationale Europäische Union spiegeln die alten Vorurteile gegen „heimatlose Gesellen“ wieder, die Anfeindung von Banken und

Der typische Anhänger oder Funktionär einer rechtspopulistischen Partei mag feste Vorstellungen von der vermeintlichen Macht der Juden, ihrem Reichtum oder überzogenen Privilegien haben, aber das beschäftigt ihn nur am Rande.



© STEFAN BONESS/USUM/PICTUREDESK.COM

Bankern die Diskreditierung des „jüdischen Finanzkapitals“, und auch die ständige Vermutung von großen internationalen Verschwörungen erinnert an die Protokolle der Weisen von Zion und andere antisemitische Mythen. Und wenn Rechtspolitiker im Namen des Tierschutzes beziehungsweise des Kindeswohls das Verbot von Schächten und Beschneidung verlangen – und Letzteres gar mit der Genitalverstümmelung bei Mädchen gleichsetzen –, dann richtet sich das zwar vor allem gegen Muslime, aber sie nehmen die Einschränkung der religiösen Rechte jüdischer Mitbürger zumindest in Kauf. Und in den Funktionärsriegen sind in den meisten Parteien immer wieder besorgniserregende Querverbindungen zur rechtsextremen Szene zu beobachten, ebenso eine Tendenz zu antisemitischen Ausritten in sozialen Medien.

Antijüdische Vorurteile aus Gewohnheit

Dennoch gibt es gute Gründe, die Gefahr nicht überzubewerten. Antisemitische Ressentiments mögen in diesen Kreisen weit verbreitet sein, aber sie sind heute selten intensiv. Der typische Anhänger oder Funktionär einer rechtspopulistischen Partei mag feste Vorstellungen von der vermeintlichen Macht der Juden, ihrem Reichtum oder überzogenen Privilegien haben,

aber das beschäftigt ihn nur am Rande. Viel stärker ist die Ablehnung von Einwanderern, Ausländern und vor allem Muslimen. Selbst ultra-orthodoxe Juden rufen trotz ihrer Fremdheit im Aussehen und Auftreten relativ wenige Aggressionen hervor. Was wir heute meist sehen, sind antijüdische Vorurteile aus Gewohnheit, ein Antisemitismus ohne Eifer.

Das ist ein grundlegender Unterschied gegenüber der Einstellung in den meisten europäischen Ländern im 19. und frühen 20. Jahrhundert bis hinein in die 1960er-Jahre. Für frühere Generationen war Antisemitismus eine treibende emotionale Kraft und oft der Kern der politischen Weltanschauung, in vielen Fällen eine Obsession. Ohne sie wäre die mörderische Dynamik, die Europa in den 1940er-Jahren erfasst hat, nicht möglich gewesen.

Der zweite große Unterschied zu früher ist das Fehlen einer ideologischen Grundlage für Antisemitismus. Die jahrtausendealte Judenfeindlichkeit des Christentums beruhte auf festen theologischen Vorstellungen von den Juden als Christusmörder und Verräter am wahren Glauben. Keine etablierte Kirche in Europa vertritt heute diese Thesen auch nur annäherungsweise. Genauso war der rassistische Antisemitismus, der im 19. Jahrhundert hochkam und im Nationalsozialismus seinen Höhepunkt er-

reichte, Teil einer umfassenden Weltanschauung, die Sozialdarwinismus mit Rassentheorien verband. Auch das ist heute Geschichte. Außerhalb einer kleinen ultrarechten Szene sieht niemand in Europa mehr Juden als minderwertige Rasse.

Die neue Ideologie der Rechtspopulisten beruht auf der Idee eines „Kampfes der Kulturen“ (Copyright Samuel Huntington), in dem der radikale Islam die Demokratie und die westlichen Werte bedroht. Diese werden, einer US-amerikanischen Tradition folgend, als „jüdische-christliche Kultur“ bezeichnet und mit Humanismus und Aufklärung in Verbindung gebracht. Auch Strache hat diese Diktion übernommen, so etwa in der Jerusalem Erklärung von 2010 bei einem gemeinsamen Israel-Besuch mit Wilders und anderen westeuropäischen Rechtspopulisten. Zwar ist der FP-Chef jüdischen Werten in Wahrheit genauso wenig verbunden wie christlichen. Aber indem er den Begriff verwendet, nimmt er dem Antisemitismus in den Reihen seiner Partei jede Legitimität.

Antisemitismus ist in rechtspopulistischen Parteien und Kreisen latent vorhanden und wird immer wieder hervorbrechen – genauso wie Homophobie und Sexismus. Das gehört kritisiert und verurteilt. Aber anders als früher gibt es für Europas heute wenig Grund, sich davor zu fürchten. nu



Von Tomaten zu den Mäusen und Menschen

Yonatan Nissenbaum ist der einzige israelische Forscher am renommierten Wiener Institut für Molekulare Biotechnologie. Er arbeitet an Projekten zur Umwandlung von Zellen, die krankes Gewebe ersetzen sollen. Im NU-Gespräch erzählt er, wie er nach Wien kam und warum er diesen Forschungsstandort seinen Kollegen daheim empfiehlt.

VON PETER MENASSE (TEXT) UND
MILAGROS MARTÍNEZ-FLENER (FOTOS)

Noch haben ihn weder der „Wien Tourismus“, noch die für Betriebsansiedlung zuständigen Einrichtungen der Stadt entdeckt, aber sie sollten ihn kennenlernen. Yonatan Nissenbaum spricht mit so großer Begeisterung von Wien, dass er als Werbeträger wunderbar einsetzbar wäre.

Der Mann, der Wien so unwienerisch lobt, ist Israeli. Er forscht am größten Institut der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, dem Institut für Molekulare Biotechnologie (IMBA), einer der weltweit führenden

„Es werden einem hier Bedingungen geboten, die es erlauben, sich auf die Forschung zu konzentrieren. Das Leben ist viel einfacher zu managen als in den USA. Vor allem die Ausbildung der Kinder ist deutlich billiger als dort.“

Einrichtungen für biomedizinische Grundlagenforschung. Klingt kompliziert – ist es auch. Aber dazu später.

Yonatan Nissenbaum kam auf weiten Umwegen hierher. Noch vor seinem Studium arbeitete er in Hongkong. Dort traf er eines Tages in der Synagoge einen Landsmann, einen auf Durchreise befindlichen Universitätsprofessor für Landwirtschaft. Nissenbaum kam mit ihm ins Gespräch und erhielt eine prägende Anregung: „Er fragte mich, was ich studieren wolle. Als ich antwortete, dass ich es noch nicht wüsste, empfahl er mir sein Studienfach, die Landwirtschaft. Es sei das ein sich dynamisch entwickelndes Gebiet mit enormen Zukunftsperspektiven. Wenn man wie ich China kennengelernt hat, weiß man, wie viele Menschen auf dieser Welt es zu ernähren gilt. So begann ich also ein Studium an der Fakultät für Landwirtschaft der Hebrew University in Jerusalem.“

Gegen Ende des Studiums wechselte Nissenbaum das Fach, weg von der Landwirtschaft hin zur Human-genetik oder, wie er es darstellt: „Ich wechselte von den Tomaten zu den Mäusen und Menschen. Obwohl mein früherer Professor immer sagte, dass der Vorteil, an Tomaten zu forschen, darin bestünde, dass man das Material am Ende essen kann.“

Bekämpfung von chronischen Schmerzen

Sein erster Studienabschluss vor rund 15 Jahren führte ihn schließlich zur Forschung auf dem Gebiet der Bekämpfung von chronischen Schmerzen. Auf diesem Feld gab es damals schon mit Professor Josef Penninger, dem Leiter des IMBA in Wien, eine internationale Kapazität. Noch aber standen familiäre Gründe einem Weggang ins Ausland im Weg. Dabei muss ein israelischer Forscher, wenn er denn später zu Hause im akademischen Feld arbeiten will, zuerst einmal mehrere Jahre Forschungsarbeit außerhalb des Landes leisten. Das soll neue



„Die israelische Forschung wird hier sehr bewundert“, meint Nissenbaum.

Perspektiven bringen, die später seine Forschungen daheim befruchten. Auch Beiträge in renommierten ausländischen, wissenschaftlichen Journalen gehören zum Pflichtprogramm für junge Forscher.

Nissenbaum begann vorerst ein weiteres Post-Doc-Forschungsprojekt über Stammzellen an der Hebrew University. Im Jahr 2014 bewarb er sich dann bei Professor Penninger in Wien und wurde in dessen Forschungsgruppe aufgenommen. Jetzt lebt er mit seiner Frau und drei seiner vier Kinder in Wien und scheint rundum glücklich zu sein: „IMBA ist so etwas wie ein Geheimtipp. Die meisten meiner Studienkollegen sind entweder an das MIT oder die Harvard University gegangen, weil sie dort die besten Voraussetzungen zum Forschen vermutet haben. Aber die Infrastruktur und die Förderungen hier bei IMBA brauchen keinen Vergleich zu scheuen. Es gibt hier wirklich gute Laboreinrichtungen und hervorragende Kollegen. Also Wien ist kleiner als Boston, aber wenn mehr Israelis von den Bedingungen hier wüssten, würden auch mehr hierher wollen. Es gibt eine sehr großzügige Förderung für Forschung, und die Gehälter sind in Ordnung. Es ist auch

wunderbar, in einem funktionierenden Sozialsystem zu leben. Das schätze ich als Vater besonders. Es werden einem hier Bedingungen geboten, die es erlauben, sich auf die Forschung zu konzentrieren. Das Leben ist viel einfacher zu managen als in den USA. Vor allem die Ausbildung der Kinder ist deutlich billiger als dort.“

Bei einem gemischten Salat in einem Lokal nahe dem Campus frage ich ihn, ob er als Israeli Anfeindungen aus politischen Gründen ausgesetzt ist. Nein, dem sei nicht so, sagt er: „Als ich herkam, war ich schon darauf vorbereitet, dass es kritische Meinungen zu Israel geben würde. Aber überraschenderweise kam es nie zu solchen Gesprächen. Es war eher so, dass immer, wenn man von einer Terrorattacke hörte, mich die Kollegen fragten, ob jemand aus meiner Familie oder aus dem Bekanntenkreis betroffen wäre. Ich weiß relativ wenig über österreichische Politik. Ich meine nur, die Flüchtlingssituation hat hier das Bewusstsein dafür geschärft, in welchem Umfeld sich Israel befindet.“ Auch ein Boykott einer wissenschaftlichen Zusammenarbeit mit Israel, auf den ich ihn anspreche, ist in Wien kein Thema: „Ja, man hört von eher einzelnen Professoren, vor allem aus Großbritannien, die sich so verhalten. Aber weder in Deutschland noch in Österreich ist mir so etwas untergekommen. Im Gegenteil: Die israelische Forschung wird hier sehr bewundert, und wo immer sich Kooperationsmöglichkeiten ergeben, werden sie auch genutzt.“

Der Wiener Cherrytomaten-Züchter

Ein Blick auf die kleinen Tomaten in seinem Salat bringt Nissenbaum dann auf eine Geschichte, die uns im weiteren Gespräch auf sein Forschungsgebiet einbiegen lässt. „Wussten Sie, dass der Mann, der die Cherrytomaten gezüchtet hat, ursprünglich Wiener war? Er heißt mit seinem israelischen Namen Nahum Keidar und wurde als Norbert Kammermann in Wien

„Wir wollen erforschen, was in den ersten zwei Tagen an den Zellen so besonders ist, dass sie die Fähigkeit zur völligen Wiederherstellung haben. Wir untersuchen, welche Gene, welche Proteine in diesem Heilungsprozess mit im Spiel sind.“

geboren. Im Alter von acht Jahren, knapp vor dem sogenannten Anschluss, kam er nach Dänemark und später nach Schweden, wo er Landwirtschaft studierte. Er emigrierte dann nach Israel und wurde Professor für Feldfrüchte und Landwirtschaft. Ihm gelang es, die kleinen Tomaten so zu züchten, dass sie wirtschaftlich verwertbar wurden. Er und die Hebrew University sind im Besitz vieler weltweit geltender Patente zu den verschiedenen Formen von Cherrytomaten.“

So kommen wir schließlich zur Forschung an Mäusen und Menschen. Nissenbaum arbeitet an zwei Projekten. Das größere betrifft die Regeneration von Herzzellen. „Wenn jemand einen Herzinfarkt erleidet, sterben eine Vielzahl von Zellen ab, die für die Arbeit des Herzens wichtig sind. Es bildet sich dort Narbengewebe, welches das Herz wie ein Schild schützt, aber seine Funktion nicht unterstützen kann. Dadurch lässt die Herzfunktion mehr und mehr nach. Wenn man jedoch ein Baby untersucht, sei es ein Mäuse- oder ein Menschenbaby, das gerade ein bis zwei Tage alt ist und aus irgendeinem Grund eine Herzattacke erlitten hat, erkennt man, dass das Herz sich voll regenerieren kann. Nach ein paar Wochen ist das Organ vollkommen wiederhergestellt. Das funktioniert allerdings nur ganz am Anfang. Wir wollen erforschen, was in den ersten zwei Tagen an den Zellen so besonders ist, dass sie die Fähigkeit zur völligen Wiederherstellung haben. Wir untersuchen, welche Gene, welche Proteine in diesem Heilungsprozess mit im Spiel sind.“

Parallel dazu arbeitet Yonatan Nissenbaum an einer zweiten Forschungslinie. Noch vor kurzem war man der Ansicht, dass nur sogenannte embryonale Stammzellen geeignet seien, sich zu jeder anderen Art von Zellen zu entwickeln. Allerdings führt die Arbeit mit Stammzellen zu Problemen. Das erste ist ein ethisches Problem, weil die Entnahme von Stammzellen aus einem befruchteten Ei mit

den Vorstellungen etwa der katholischen Religion kollidiert, die in diesem Stadium schon von einem Lebewesen spricht. Israelische Forscher haben hier weniger Probleme, weil in der jüdischen Religion ein Ei erst vierzig Tage nach seiner Befruchtung als Lebewesen gilt. Zusätzlich besteht das ungelöste Problem, dass Stammzellen unkontrolliert wuchern können. Ersetzt man beispielsweise das Narbengewebe, das sich nach einem Herzinfarkt gebildet hat, durch Stammzellen, kann es zu Wucherungen und schließlich zu Tumoren kommen.

Sonniges Wesen und brillanter Geist

Vor kurzem hat nun der japanische Wissenschaftler Shinya Yamanaka entdeckt, wie sich reife Zellen in sogenannte iPS-Zellen umwandeln lassen. Der Forscher hat dafür den Nobelpreis für Medizin bekommen. IPS-Zellen sind Zellen, die sich wie Stammzellen verhalten, aber aus Körperzellen durch die Zugabe bestimmter Gene gewonnen werden können. Man kann jetzt beispielsweise Hautzellen in Hirnzellen umwandeln, braucht also nicht mehr die noch „unbeschriebenen“ Stammzellen. Im Moment wird intensiv daran gearbeitet, diese neue Tech-

nologie noch effizienter zu machen. Die Forschungsgruppe im IMBA, der Nissenbaum angehört, will durch das Einbringen verschiedener Faktoren erreichen, dass sich mithilfe der neuen Methode („transdifferentiation“) etwa die Bindegewebszellen des Narbengewebes nach einem Herzinfarkt wieder zu funktionstüchtigen Herzzellen umwandeln lassen.

Am Weg durch das Gebäude von IMBA hin zu seinem Arbeitsplatz zeigt Yonatan Nissenbaum wieder seine ganze Freude. Ihm gefällt die Architektur, er liebt seinen Arbeitsplatz, er schwärmt von den Kollegen – er ist, wie es scheint, ein rundum zufriedener Mann. Oder anders gesagt, er ist ein lachender, freundlicher Israeli mitten in Wien. An der Wand der großen Halle im Erdgeschoss des IMBA-Gebäudes prangt eine Aufschrift: „What if God was wrong“. Ob Gott unrecht haben könne, sei nicht sein Thema, meint der Wissenschaftler für Genetik kritisch, wenn auch freundlich, wie es seine Art ist. Es geht also zusammen, in die Grundfesten der Schöpfung einzugreifen und in der Synagoge zu beten. Yonatan Nissenbaum jedenfalls bringt ein authentisches Stück Israel nach Wien: ein sonniges Wesen und einen brillanten Geist.

nu



Peter Menasse und Yonatan Nissenbaum vor der Aufschrift „What if God was wrong“

Für einen „intellektuellen Guerillakrieg“

Bret Stephens zählt mit seinen 43 Jahren bereits zu den renommiertesten politischen Kolumnisten Amerikas. Martin Engelberg traf den US-Journalisten in New York, im berühmten Hauptgebäude der New York Times in Manhattan.

VON MARTIN ENGELBERG (TEXT)
UND RACHEL ENGELBERG (FOTOS)

NU: Sie sind als Neo-Konservativer einer der schärfsten Kritiker des neu gewählten US-Präsidenten Donald Trump. Wie kommt das?

Stephens: Es ist tatsächlich bemerkenswert, dass die meisten Neocons Gegner von Donald Trumps Kandidatur waren. Die Tatsache, dass Donald Trumps Charakter und Ideologie so von den besten amerikanischen Traditionen abweichen, war der Grund, warum so viele von uns gegen ihn waren und sind. Den Neo-Konservativen liegen Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte sehr am Herzen.

Wie geht es jetzt weiter? Wie gehen Sie mit der Tatsache um, dass Donald Trump der Kandidat der Republikanischen Partei war? Wo wird jetzt Ihre politische Heimat sein?

Ich habe keine politische Heimat. Ich fühle mich nicht mehr als Republikaner. Ich bin aber sicherlich auch kein Demokrat.

Nur wegen Donald Trump?

Ja. Ich kann nicht Teil einer Partei sein, die sich mit vollem Herzen Donald Trump unterworfen hat. Also momentan bin ich ein Mann ohne Partei. Es ist für die Gesundheit der amerikanischen Demokratie sehr wichtig, eine konservative Partei zu haben, die sich im Zentrum der freiheitlichen, demokratischen Werte bewegt. Damit meine ich den hohen Stellenwert des Rechtsstaates, der Meinungsfreiheit, des Freihandels oder der Immigration – und dass die USA weiterhin die freie Welt anführen. Bei allen Differenzen innerhalb der Republikanischen Partei waren das jene Werte, die den Kern der amerikanischen Demokratie bildeten. Wir mussten beobachten, dass sich diese Werte in Europa mit dem Aufstieg von Bewegungen wie jener von Le Pen, aber auch solcher in Österreich, in den vergangenen Jahren zunehmend abnützten. Und jetzt erleben wir es bei der wichtigsten Demokratie der Welt. Das ist sehr beunruhigend. Wir müssen so etwas wie einen intellektuellen Guerillakrieg führen, um die Kontrolle über die Republikanische Partei wiederzugewinnen. Zumindest müssen wir Konservative davon überzeugen, dass die Präsidentschaft Trumps nicht nur den USA als Ganzem, sondern auch ihrer

Partei und ihren politischen Grundsätzen schadet.

Wie erklären Sie sich überhaupt, dass Trump der Kandidat der Republikanischen Partei werden konnte?

Es war eine Kombination mehrerer Faktoren: einerseits stagnierende Einkommen; dazu der Aufstieg von Investoren, die sehr von den niedrigen Zinsen profitierten, während die Sparer sehr darunter litten; und schließlich die Abwanderung von Produktionsstandorten infolge der Globalisierung der Märkte. Alle diese Tendenzen schufen einen wirtschaftlich verunsicherten und wütenden Mittelstand, der Trumps Kandidatur und Sieg begründete. Das ist aber natürlich nicht alles. Es gibt auch eine politische Erklärung. Wir haben in den USA eine zunehmend polarisierte Politik, die sich durch bestimmte Faktoren unseres politischen Systems verschärft hat. Es gibt auch eine kulturelle, ja fast philosophische Erklärung: Wir haben als Staat die Standards aus dem Blick verloren, die für den Präsidenten der USA angebracht sind. Wir haben übersehen, dass Demagogie ein Faktor in der Politik ist. Es ist faszinierend, darüber zu sinnieren, dass gerade jener Mann, der intellektuell die oberflächlichste und am schlechtesten informierte Person ist, die je Präsident der USA wurde, Anlass gibt, die tiefsten philosophischen Fragen über die Natur einer liberalen Demokratie neu zu stellen.

Was erwarten Sie für die Zukunft? Wird Trump vier, vielleicht sogar acht Jahre im Amt bleiben?

Ich habe gelernt, dass es unklug ist, Voraussagen zu machen, zumal ich sicher war, dass er nie der Kandidat der Republikaner werden könne, ganz zu schweigen vom Präsidentenamt der Vereinigten Staaten. Der dänische Physiker Niels Bohr hat dazu einmal gesagt: „Vorhersagen sind schwierig, besonders wenn sie die Zukunft betreffen.“ Die Wahrscheinlichkeit, dass



„Momentan bin ich ein Mann ohne Partei.“

Trump nicht die vollen vier Jahren im Amt bleiben kann, sondern schon früher zurücktreten muss, ist meiner Meinung nach eher hoch. Trump hat eine Art, sein eigenes Chaos zu schaffen. Er ist außerordentlich ignorant gegenüber den Gesetzen und Normen, welche die Präsidentschaft bestimmen, sodass er durchaus in Fallgruben stolpern könnte. Es gibt etwas Ununterdrückbares in seinem Charakter – er kann nicht anders. Er lügt auch die ganze Zeit, und das wird seine Auswirkungen haben. Andererseits läuft die Wirtschaft relativ gut, wir haben Vollbeschäftigung, die Zahl der Arbeitsplätze steigt. Stellen wir uns vor, dass sich der Aufschwung weiter fortsetzt, die Wirtschaft floriert, eine Krise in Europa oder auch Asien eine Kapitalflut in die USA verursacht und die USA immer mehr prosperieren. Dann werden die Leute sagen: O.K., er ist ein bisschen krass, aber es ist ganz in Ordnung so. Es ist also wirklich schwierig zu sagen.

Gehen wir zurück zur Zeit des großen Einflusses der Neocons auf die Präsidentschaft von George W. Bush, insbesondere auch hinsichtlich des Irak-Krieges. Wie war das rückblickend?

Die Leute vergessen, dass Saddam Hussein 25 Jahre lang eine globale Sicherheitskrise war. Er selber war eine Massenvernichtungswaffe. Saddam Hussein war für den Tod von zumindest einer Million Menschen verantwortlich. Er war der Initiator des Iran-Irak-Krieges, welcher der tödlichste in der Geschichte des Nahen Ostens war, schlimmer noch als der Bürgerkrieg in Syrien. Er führte im Irak ein Terrorregime, das an die Verbrechen des Stalin-Regimes erinnert. 1991 besetzte er Kuwait und rief damit eine internationale Krise hervor. Er wollte tatsächlich Atomwaffen entwickeln. Das erste Mal zerstörte Israel 1981 den Atomreaktor, und als dann 1991 Waffeninspektoren in den Irak kamen, waren sie überrascht, wie fortgeschritten sein Atomprogramm war. Und schließlich stellten wir fest, dass Saddam Hussein mit der Produktion von Massenvernichtungswaffen beginnen wollte, sobald die internationalen Sanktionen beendet würden. Und die Sanktionen wurden Schritt für Schritt abgebaut, bis zur Invasion im Jahr 2003.

Sie waren damals für diesen Krieg. Denken Sie noch immer, dass es die richtige Entscheidung war?

Es gehört zu den staatsmännischen Aufgaben, Entscheidungen zu treffen, ohne zu wissen, was die Zukunft bringen wird. Es gab viele Fehleinschätzungen. Und es war nicht so sehr die Frage des Krieges, sondern die Umsetzung des Friedens ging daneben. Das ist die Realität. Jeder, der heute sagt, dass es kein Fehler war, ist ein Idiot. Wenn man intelligent und intellektuell ehrlich ist, dann war es viel komplizierter. Natürlich hat sich meine Ansicht geändert. Ich war der Überzeugung, dass sich Demokratie leichter umsetzen ließe, als es sich dann

„Es ist für die Gesundheit der amerikanischen Demokratie sehr wichtig, eine konservative Partei zu haben, die sich im Zentrum der freiheitlichen, demokratischen Werte bewegt.“

herausstellte. Damals gab es einige Beispiele, dass despotische Regime zu Demokratien werden konnten. Wir dachten, wenn sich Demokratie in Ländern wie Polen und Rumänien einführen lässt, warum nicht auch im Irak. Doch die Wahrheit ist: Wenn Saddam Hussein an der Macht geblieben wäre – stünden wir dann heute wirklich besser da? Ich denke, nein. Manche Leute sagen, er wäre heute vielleicht ein Gegengewicht zum Iran. Vielleicht. Oder aber wir hätten jetzt nicht nur eines, sondern zwei Krisenzentren in der gleichen Region. Manche sagen, wir hätten heute den IS statt Saddam. Aber das stimmt nicht. Der IS entstand, nachdem die USA ihre Truppen aus dem Irak abgezogen hatten. Es war die Abwesenheit der Macht der USA, nicht deren Anwesenheit, welche die Krise im Irak hervorrief.

In Europa herrscht die Meinung, dass der Irak-Krieg ein großer Fehler war und dass die Europäer heute unter den Folgen der amerikanischen Interventionen leiden, weil diese die gegenwärtige Flüchtlingskrise auslösten.

Verzeihung, die Flüchtlingskrise wurde ausschließlich durch das Nichteingreifen im syrischen Bürgerkrieg ausgelöst – zu einem Zeitpunkt, wo die Krise noch hätte verhindert werden können. Untätigkeit hat Konsequenzen.

Hätten die USA in Syrien intervenieren sollen?

Es gab eine Zeit, als der syrische Präsident Assad extrem angreifbar war. Als Assad begann, seine Gegner aus der Luft zu bombardieren, hätten wir seine Flugplätze und Flugzeuge zerstören können. Das wäre das Ende von Assad gewesen. Kann ich garantieren, dass das Ergebnis in Syrien perfekt gewesen wäre? Nein, aber die stärkste Oppositionskraft war zumindest damals die freie syrische Armee – und nicht die islamistischen Milizen, die zu dieser Zeit noch gar nicht existierten. Es ist schwer vorstellbar, dass das Ergebnis schlimmer gewesen wäre als das, was wir jetzt haben.

Halten Sie weiterhin an der Vorstellung fest, dass die USA die Rolle eines Welt-polizisten beibehalten sollte?

Was ist die Alternative? Bevorzugen Sie Russland? Oder die Vereinten Nationen? Ist die Europäische Union zu einem gemeinschaftlichen Vorgehen bereit? Die Vereinigten Staaten sollten nicht der Priester der Welt sein. Die Aufgabe eines Priesters ist es, Seelen zu retten. Wir sollten lediglich gutes Benehmen entwickeln und unterstützen. Die Rolle eines Polizisten ist eine andere: Ich stehe hier und stelle sicher, dass sich gute Bürger sicher fühlen und dass böse Bürger wissen, dass sie beobachtet werden. Und wann immer ein Verbrechen verübt wird, ist



Martin Engelberg trifft Stephens im berühmten Hauptgebäude der New York Times.



Der Autorin Ida Olga Höfler ist es zu danken, dass sie in jahrzehntelanger, unablässiger und penibler Forschung die beinahe in Vergessenheit geratene Geschichte unserer jüdischen Mitbürger im Weinviertel recherchierte und dabei öffentliche und behördliche Archive, sichtbare Zeichen im Ortsbild der Gemeinden, Begräbnisplätze und Berichte von Zeitzeugen, deren Nachkommen und Angehörigen mit einbezogen hat.

Nach der umfangreichen Dokumentation über den politischen Bezirk Gänserndorf liegt nun die Arbeit über sämtliche jüdische Personen mit ihren Familien, die im Zeitraum 1848 bis 1939/45 in 96 Gemeinden des politischen Bezirkes Mistelbach gelebt haben, vor. Damit stellt das vorliegende Werk eine Art Handbuch dar, welches Genealogen, Historikern und Kulturschaffenden sowie Interessierten als Werkzeug und Grundlage für weitere Forschungen dienen wird.

**Die jüdischen Gemeinden
im Weinviertel - Der politi-
sche Bezirk Mistelbach
Softcover, 3 Bände
im Kartonschuber
1048 Seiten - € 88,00
ISBN 978-3-902960-53-5**

es wichtig, dass es der gute Mann ist, der die Waffe hat. Weil die Alternative ist, dass der böse Mann die Waffe hat, und wir wissen, wohin das im Jahr 1939 geführt hat.

Sie sprechen auch immer wieder von einer Zunahme des Antisemitismus in den USA. An welchen Indikatoren machen Sie das fest?

Es gibt eine Gefahr von links und von rechts. Auf der Linken ist es der Aufstieg der BDS-Bewegung (die Boykott-Bewegung gegen Israel), die eine antisemitische Bewegung ist, auch wenn ihre Anhänger das nie zugeben werden – nur einen Staat herauszugreifen und so zu agieren, dass man sich an die Nazis und deren Aufruf zum Boykott jüdischer Geschäfte erinnert fühlt. Gleichzeitig gibt es einen steigenden Antisemitismus auf der Rechten. Dort hat es viel mit Verschwörungstheorien zu tun. Die Rechten sagen: Es ist nicht nur, dass die Juden böse und degeneriert sind, sie beherrschen die Welt. Trump ist ein Verschwörungstheoretiker. In seinem Wahlkampf gab es eine Kampagne gegen internationale Banker, gegen die Medien, gegen die Globalisierung. Ich glaube nicht, dass Trump dabei nur eine Sekunde an Juden denkt. Er ist nicht antisemitisch. Aber jeder Antisemit denkt sich: Er ist auf dem richtigen Weg, denn am Ende des Weges stehen die Juden.

Es ist doch unvorstellbar, dass Antisemitismus in den USA Teil des politischen Diskurses wird.

Dasselbe hat man im Deutschland der 1920er-Jahre gesagt. Wenn sie ein Deutscher im Jahr 1925 waren, hätten sie sich vorstellen können, was einige Jahre später geschah? Ich sage nur, dass es gewisse Entwicklungen gibt, die beunruhigend sind.

Was wird in Europa Ihrer Meinung nach passieren?



Die Dinge werden schlimmer werden. Europa hat nicht die politischen Mittel, um sich aus seiner Krise zu befreien. Wo ist heute eine Margret Thatcher in Europa?

Mit den heurigen Wahlen in verschiedenen europäischen Ländern könnte auch eine positive Entwicklung entstehen.

Bleiben wir hoffnungsfroh, aber leider bin ich nicht optimistisch. Auch was den Antisemitismus betrifft. Da gibt es ja jetzt auch noch dazu einen neuen Antisemitismus. Der Unterschied zu den USA: Gibt es in den USA einen Ort, wo ich Angst hätte, eine Kippa zu tragen? Nein, kein einziger, außer in einer Reform-Synagoge. *nu*

Bret Stephens war 2002-2004 Chefredakteur der englischsprachigen Tageszeitung *Jerusalem Post* in Israel. Danach arbeitete er zwölf Jahre lang bei der führenden konservativen US-Tageszeitung *Wall Street Journal* als außenpolitischer Kolumnist und stellvertretender Leiter der Kommentarseiten. Für viele überraschend wechselte er im April 2017 zur liberalen *New York Times*, wo er mit seinen Kommentaren für heftige Debatten sorgt. Er erhielt im Jahr 2013 den begehrten Pulitzer-Preis, den „Oscar“ der Medienbranche.

Stephens gilt politisch als „Neocon“ (Neo-Konservativer). Diese politische Denkrichtung hat – was oft vergessen wird – historische Wurzeln in der Demokratischen Partei bzw. der Linken in den USA der 1960er-Jahre. Großen Einfluss hatten neo-konservative Denker besonders in der Administration des US-Präsidenten George W. Bush. Sie befürworteten die Invasion im Irak im Jahr 2003.

„Trump hat eine Art, sein eigenes Chaos zu schaffen. Er ist außerordentlich ignorant gegenüber den Gesetzen und Normen, welche die Präsidentschaft bestimmen, sodass er durchaus in Fallgruben stolpern könnte.“

Die Abrissbirne der amerikanischen Demokratie?

Trumps erste hundert Tage sind vorbei, eine Gelegenheit, um in seiner Welt von „alternative facts“ und „fake news“ nach tatsächlichen Fakten zu fragen.

VON PETER WEINBERGER

Noam Chomsky hat noch nie mit harten Worten zur amerikanischen Politik gespart, die zu Donald Trump fielen allerdings besonders kräftig aus: Er spricht von einer „Talibanisierung“ der amerikanischen Gesellschaft und behauptet, dass der rechte Flügel der Republikaner nur eine einzige Agenda habe, nämlich „alle Teile des Staates aufzulösen, die für das Allgemeinwohl verantwortlich sind und der Profitmaximierung von Großkonzernen und den Reichen in der Gesellschaft im Wege stehen“.

Das „Islam-Dekret“

Das Einreiseverbot für Angehörige von sieben „islamistischen“ Staaten, das von ihm gleich nach seiner Amtsübernahme verhängt und sofort von einem Bundesrichter aufgehoben wurde, ist sicher noch vielen in Erinnerung. Das Dekret sollte eines seiner vielen Wahlversprechen, nämlich das der Ausrottung islamistischen Terrors in den USA, einlösen. Die Faktenlage ist allerdings, wie die Statistik verübter Kapitalverbrechen zeigt, eine ganz andere als von ihm vorgegeben. Und es



„I am the least antisemitic person you have ever seen in your entire life“

dauerte nur ein paar Tage, bis die *New York Times* bzw. die *Washington Post* herausfanden und genüsslich berichteten, warum z.B. Ägypten oder Saudi-Arabien von diesem Dekret nicht betroffen waren: Dort betreiben nämlich Trump-Firmen Golfplätze. Das Resultat seiner ersten Anordnung ist auch bestens bekannt: Chaos auf internationalen Flugplätzen und heftige Demonstrationen am JFK Airport, in Los Angeles und anderen großen Städten.

Immigration & Mexiko-Mauer

Natürlich hat es auch unter Obama Abschiebungen von kriminell gewordenen illegalen Emigranten gegeben, aber noch nie war die Forderung, vor allem vom rechten Lager der Republikaner, nach einer generellen Abschiebung aller „undocumented persons“, also von ausländischen Staatsbürgern ohne entsprechende Aufenthaltsbewilligung (Visum, Green Card, etc.), derart forsch in der Öffentlichkeit zu vernehmen. Trump versprach, die Nationalgarde dazu einzusetzen und drohte sogar, nicht kooperativen Städten wie New York oder Los Angeles finanzielle Mittel zu streichen. Seriösen Schätzungen zufolge ist die Anzahl der „Illegalen“ inzwischen auf etwa elf Millionen angewachsen.

Dazu muss man wissen, dass es in den USA keine Meldepflicht gibt, daher „Illegale“ brav Steuern zahlen, ihre Kinder in die Schule schicken und sogar in sozial gehobenen Berufen, wie z.B. als Anwalt, tätig sind. Trumps forsches Vorgehen bewirkte, dass nun Hunderttausende, die seit vielen Jahren in den USA leben, Angst davor haben, irgendwann aufgegriffen und wie Verbrecher abgeschoben zu werden. Ein großer Teil der „Illegalen“ stammt übrigens aus den mittelamerikanischen Staaten, eine simple Abschiebung von nicht-mexikanischen Staatsbürgern über die Grenze nach Mexiko ist daher schon legal gar nicht möglich. Dazu passt, dass Trumps Traum von einer gigantischen Mauer entlang der ame-

rikanisch-mexikanischen Grenze dem derzeitigen Budget nach bereits in weite Ferne gerückt ist. Geschätzte Errichtungskosten von 25 bis 30 Milliarden Dollar sowie die notwendige Beschäftigung von rund 1600 Juristen für die Behandlung anhängiger Besitzansprüche haben bisher sogar Teile der Republikaner abgeschreckt. „Illegale“ kommen, wie sich belegen lässt, vor allem mit Containerschiffen und Gütertransporten ins Land und nicht durch den Grenzzaun gekrochen; der Drogentransport – ein weiterer Grund für den Mauerbau – wird zur Zeit einfach mittels tieffliegender Drohnen bewerkstelligt. Trumps im Wahlkampf immer wieder ausgesprochene Drohung, für die Mauer Mexiko zahlen zu lassen, hat sich angesichts der Tatsache, dass Mexiko der bei weitem wichtigste Abnehmer landwirtschaftlicher Produkte aus den USA ist (Importvolumen rund 20 Milliarden Dollar), in heiße Luft aufgelöst. Die vielzitierten Strafzölle hätten z.B. bewirkt, dass der vom Maisanbau geprägte „Corn Belt“ im Mittleren Westen der USA, in dem Trump bei der Wahl den größten Zuspruch hatte, innerhalb von Monaten bankrott gewesen wäre.

Umwelt

Dem Budgetentwurf nach sollen künftig die finanziellen Mittel für die Umweltschutzbehörde EPA (Environmental Protection Agency) um 31 Prozent (2,6 Milliarden Dollar) gekürzt werden. Geplant ist auch, Schutzbestimmungen für Nationalparks und Indianerreservate zu lockern und eine Wende in der Energiepolitik durchzusetzen. Sofort nach Amtsantritt veranlasste Trump, dass Informationen über Umweltprobleme aus den Datensätzen des Weißen Hauses gelöscht wurden. Der neue Direktor der Umweltschutzbehörde, ein ehemaliger Anwalt der Kohlenbergwerke, erklärte, dass er nicht glaube, Kohlendioxid sei die Ursache für den Klimawandel. Dazu reiche die wissenschaftliche Evidenz bei weitem nicht aus, meinte

er. Damit leugnete er nicht nur den Stand der wissenschaftlichen Erkenntnisse bezüglich des Klimawandels, sondern stellte auch die Weichen für einen Kahlschlag bei Umweltauflagen. Bekanntlich hatte Trump den Klimawandel im Wahlkampf als eine „chinesische Erfindung“ bezeichnet. Wissenschaft und Wissenschaftlern die Wissenschaftlichkeit abzusprechen, scheint ein Markenzeichen von Trumps Administration zu sein. Obamas mehr als 300 Wissenschaftler umfassende Beratungsagentur für wissenschaftlich-technische Angelegenheiten verwaltet jetzt eine einzige Person.

Außen- und Verteidigungspolitik

Die zweitgrößten Kürzungen (minus 19 Prozent) im neuen Budgetvorschlag betreffen das Außenministerium, da Trump (bisher) Diplomatie für entbehrlich hält. Der neue Außenminister wünscht überdies die frei gewordenen Posten mit Managern statt mit Diplomaten zu füllen. Nach wie vor sind im Außenministerium hunderte Stellen unbesetzt, und so fehlt die Expertise in der diplomatischen Vertretung, z.B. für die Neuverhandlung des Freihandelsabkommens NAFTA zwischen den USA, Kanada und Mexiko. Absprachen zwischen dem Weißen Haus und dem Außenministerium sind übrigens bisher ausgeblieben. Trump führt Telefongespräche mit anderen Staatschefs, ohne davon vorher irgendjemanden zu informieren.

Das Verteidigungsministerium ist dagegen voll ausgelastet mit dem Ausfüllen von Bestelllisten, da es einen massiven Budgetzuwachs erwartet. Nach der Einigung mit den Demokraten Anfang Mai wurden statt des erwarteten Zuwachses von 21 Milliarden Dollar (plus zehn Prozent) übrigens „bloß“ 15 Milliarden beschlossen. Es scheint sich eine „Send the marines“-Diplomatie abzuzeichnen, die seinerzeit äußerst erfolgreich in Mittelamerika angewendet worden ist: Nicaragua, zum Beispiel, wurde in der

Vor allem in den großen Städten regt sich massiver Widerstand gegen Trumps chaotische Politik: Hunderttausende Frauen gingen auf die Straße, um gegen sein Macho-Gehabe zu protestieren.

Was auch immer Trump persönlich darstellt („I am the least antisemitic person you have ever seen in your entire life“), Tatsache ist, dass diese Einstellung nicht unbedingt für den Rest seines Kabinetts gilt.

Vergangenheit 22-mal von amerikanischen Truppen besetzt.

Budget & Steuerreform

Die weiteren vorgesehenen Kürzungen im Haushalt betreffen u.a. die Landwirtschaft (-21%), den Arbeitsmarkt (-21%), das Justizministerium (-20%) und die Bildung (-14%). Die einzigen Gewinner außer dem Verteidigungsministerium sind das Ressort für Veteranenangelegenheiten (+6%) und das Innenministerium (+7% für „homeland security“). Ein republikanischer Wunschtraum wurde wahr. Von den versprochenen Milliardeninvestitionen in die Infrastruktur – „I will make America great again“ – war übrigens keine Rede mehr: Kein einziger Dollar steht dafür zur Verfügung, obwohl die amerikanische Infrastruktur heute vielfach der eines Dritte-Welt-Landes entspricht.

Von den Auswirkungen eines neuen Steuergesetzes ist relativ wenig bekannt, obwohl es vom Finanzminister bereits als die größte Steuererleichterung in der Geschichte der USA gepriesen worden ist. Präsentiert wurde bisher nicht mehr als eine Absichtserklärung in Form einer Punktation auf einem einzigen Blatt Papier. Außer einer Senkung der Unternehmenssteuer auf etwa 20 Prozent scheint sich eine gewaltige Umverteilung zugunsten der obersten 5 Prozent anzubahnen. Oder, wie es ein demokratischer Senator ausdrückte: „Das ist keine Steuerreform, sondern ein gigantisches Steuergeschenk an die sehr, sehr Reichen, das die Schuldenlast explodieren wird lassen.“ Ein anderer meinte, Trump müsse zuvor seine Steuererklärungen veröffentlichen, damit man sehen kann, wie viel er selbst von dem von ihm vorgeschlagenen Steuergesetz profitiere.

Presse, „fake news“ und öffentliche Lügen

Aus Anlass der ersten hundert Tage im Amt hielt Trump eine Rede vor ihm zujubelnden Freunden, nämlich

bei einem Treffen der NRA (National Rifle Association), die mit großem Erfolg seit Jahren verhindert, dass der Gebrauch von Waffen in den USA eingeschränkt wird. Klarerweise war dieses Treffen ein willkommener Anlass, wieder einmal gegen die „Lügenmedien“ zu reiten. CNN und BBC, die *New York Times* und die *Washington Post* sind seine bevorzugten Feinde, die, wie er behauptet, „Lügen“ über die großartigen Erfolge seiner Präsidentschaft verbreiteten. „Fake news“ gehört zu den Lieblingsworten in seiner „reduced code“-Twitter-Sprache.

Erwachen der Zivilgesellschaft

Während die Landbevölkerung in den USA in der Zeit zwischen 1995 und 2015 nahezu konstant geblieben ist (etwa 60 Millionen), ist die Zahl der Stadtbewohner von 205 auf 262 Millionen gestiegen. Vor allem in den großen Städten regt sich massiver Widerstand gegen Trumps chaotische Politik: Hunderttausende Frauen gingen auf die Straße, um gegen sein Macho-Gehabe zu protestieren, Zehntausende zogen durch Washington, um ihren Missmut über das Ableugnen des Klimawandels und die Abschaffung von Umweltauflagen zu zeigen, und ebenso viele Wissenschaftler demonstrierten für ihr Anliegen: dass Fakten und Ergebnisse wissenschaftlicher Forschung zur Kenntnis genommen werden. Unzählige kleinere Initiativen wenden sich gegen den Umstand, dass das Weiße Haus wie ein Familienunternehmen geführt wird und der Präsident nach wie vor seinen Geschäften nachgeht. Sie bekämpfen die Plutokraten, die nunmehr die Regierung bilden, ein Kabinett von politisch unerfahrenen Milliardären. Innerhalb kürzester Zeit ist eine Zivilgesellschaft hervorgetreten, die selbst die seinerzeitigen Proteste gegen den Vietnamkrieg in den Schatten stellt. Das zeigt sich nicht zuletzt am Aufschwung des Papierwarenhandels: Die Nachfrage nach Utensilien zur Herstellung von Transparenten und Plakaten ist exponentiell gestiegen.

Antisemitismus & Antiislamismus

Ende Februar meinte Trump noch, die jüngste Welle von antisemitischen Bombenalarmen und das Umstürzen von Grabsteinen auf jüdischen Friedhöfen könnten, wie schon von einem Trump-Berater auf Twitter behauptet, politisch „koordiniert“ sein, um „Leute schlecht aussehen zu lassen“. Das Wort „koordiniert“ ist wohl auf seine politischen Gegner, die Demokraten, gemünzt, die er damit anpatzen will. Die ADF (Anti-Defamation League) gab sich ob dieser Wortwahl erstaunt und verlangte eine Klarstellung.

Anlässlich des Holocaust-Gedenktages fand er dann, vielleicht nach einem Hinweis seines Schwiegersohns, doch noch klare Worte: „Wir versprechen: nie wieder“ und „Leugner des Holocaust sind dessen Komplizen“. Was auch immer Trump persönlich darstellt („I am the least antisemitic person you have ever seen in your entire life“), Tatsache ist, dass diese Einstellung nicht unbedingt für den Rest seines Kabinetts gilt.

Genau auf diesen Aspekt konzentrierte sich Michelle Goldberg in der *New York Times* mit einem eindrucksvollen Kommentar. „Die verschiedenen Formen der wiedererwachten Bigotterie in Trumps Amerika sind alle miteinander verzahnt. Antisemitismus ist nur ein Teil davon. ... Das Paradoxe im heutigen Amerika ist, dass ‚kodierter‘ Antisemitismus ein größeres Tabu darstellt als offene Islamophobie. ... Ein amerikanischer Muslim zu sein oder braune Hautfarbe zu haben, muss heutzutage im Vorhinein bereits Angst hervorrufen.“

Auch weil Trump anlässlich einer Wahlveranstaltung sagte: „Das Wichtigste ist, das Volk (the people) zu einen, weil die anderen Leute (the other people) nichts bedeuten“. „Andere Leute“ zu sein, ist in der jüdischen Geschichte wohlbekannt. Die Geister, die er rief, wird Trump offensichtlich nicht mehr los, wie die Welle von Hass-Postings in den sozialen Medien zeigt.

nu



Raunzen ist etwas sehr Jüdisches

Danielle Spera war unterwegs mit der Sängerin und Kulturschaffenden Shlomit Butbul.

FOTOS: OURIEL MORGENSZTERN

Die Frage, wo wir uns treffen, ist innerhalb von Sekunden geklärt: Es muss etwas mit Israel zu tun haben, sagt die Sängerin, Entertainerin und Schauspielerin Shlomit Butbul. Das „Hungry Guy“ Ecke Rotenturmstraße/Fleischmarkt ist dafür genau richtig. Es duftet nach frischem israelischen Fladenbrot, aber am späten Nachmittag möchte Shlomit bei den Pitot nicht mehr zugreifen, sondern bleibt diszipliniert bei einem kühlen Minzegetränk. „Israel ist mein Baum, denn dort sind meine Wurzeln“, sagt die 52-jährige dreifache Mutter, deren Familiengeschichte und Aufwachsen alles andere als einfach war.

Dass sie oft als Tochter von Jazz-Gitti etikettiert wird, stört sie überhaupt nicht. „Ich bin die Tochter von Jazz-Gitti. Ich habe einen tollen Namen, ich heiße Shlomit Butbul. Wenn man mir noch einen Untertitel geben will, dann bitteschön! Ich bin sehr stolz auf meine Mutter. Sie ist für mich eine einzigartige Entertainerin. Manchmal geht sie mir auf die Nerven. Aber bei welcher Tochter ist das nicht der Fall?“

Unglaubliche Familiengeschichten

1965 wird Shlomit Butbul in Israel geboren. Schon ihre Mutter, die spätere legendäre Jazz-Gitti, mit bürgerlichem

„An das Burgenland habe ich Kindheitserinnerungen, an die seltenen Ausflüge mit meiner Mama – zum Kirschenstehlen oder an den Nacktbadestrand. Meine Mutter hat das geliebt.“

Namen Martha (Margit) Butbul, war dort mit einem schweren emotionalen Rucksack hingekommen. Den Ursprung bildete eine Rabbinersfamilie aus Galizien, die sich Anfang des 20. Jahrhunderts in Wien ansiedelte. Shlomis Großmutter Frieda heiratet einen nichtjüdischen Mann namens Ferdinand. Er ist Chauffeur bei der SS, der sich aber für die Rettung des jüdischen Teils der Familie und anderer Jüdinnen und Juden einsetzt. Wegen ihrer Ehe wurde Frieda allerdings vom Rest der Familie mehr oder weniger verstoßen. Nach dem Krieg eröffnete sie das erste Geschäft für „Waren aller Art“ am Mexikoplatz. „In meiner Familie gibt es wirklich unglaubliche Geschichten“, so Shlomit Butbul. „Meine Großeltern hatten zu Beginn des Zweiten Weltkriegs eine Tochter, die an einem 13. Mai geboren worden war. Sie wurde krank und starb, weil es nicht die richtigen Medikamente gab. Neun Jahre später kam meine Mutter Gitti auf die Welt, an einem 13. Mai, genau wie ihre verstorbene Schwester.“

Die Angst um dieses zweite Kind war überbordend, Gitti wurde verwöhnt und mit Essen vollgestopft, erzählt Shlomit Butbul. Und erst im Alter von 14 Jahren, als ihre Mutter starb, erfuhr Gitti, dass sie Jüdin ist. Mit 16 wurde Gitti zur Hochzeit ihrer Cousine nach Israel eingeladen, dann ging alles recht schnell. Gitti lernte einen Israeli kennen. „Übrigens der erste Sefarde in der Familie“, und es wurde geheiratet. Wenig später kam Shlomit zur Welt. Die Ehe der Eltern stand allerdings von Anfang an unter keinem guten Stern. Der Vater fuhr zur See und war kaum zu Hause. Die Mutter musste arbeiten und so kam Shlomit als Baby zu Zieheltern nach Kiryat Haim bei Haifa. Diese „Ersatzeltern“ sind bis heute wie ihre Familie. Trotz der Kriegssituationen, ständiger Bedrohungen und oftmaligem Schutzsuchen im Bunker erinnert sie sich an viel Geborgenheit. Das alles ändert sich abrupt, als sich ihre Mutter 1971 entscheidet, nach Wien zurückzukehren.

Für Shlomit ein Schock. Sie sprach ausschließlich Hebräisch und fand sich als Sechsjährige in einer völlig fremden Umgebung wieder. „Wir sind am 21. Juni 1971 in Wien angekommen und ich sollte im September mit der Schule beginnen. Es war schwer. Ein völlig anderes Leben, eine andere Sprache. Meine Mutter hat bei der IKG um Hilfe gebeten, aber ohne Erfolg. Da kam eine polnische Jüdin mit einem marokkanischen Kind, ohne Geld, und brauchte Hilfe. Als meine Mama dann berühmt war, hat man ihr quasi eine Ehrenmitgliedschaft angeboten. Sie hat nur gesagt, damals, als ich Hilfe brauchte, wolltet ihr mich nicht haben. Warum also jetzt?“

Eine nichtjüdische Tante springt ein und nimmt Shlomit bei sich auf. Die Tante sprach kein Wort Hebräisch, Shlomit kein Wort Deutsch. Dennoch wird sie zu einer engen Bezugsperson, fordert allerdings, dass Shlomit getauft wird, aus Angst, dass es wieder einmal zum Nationalsozialismus kommen könnte. Shlomis Mutter stimmt zu. Nach der Taufe landet Shlomit in einem katholischen Internat. Die Klosterschwestern gehen mit den

jüdischen Wurzeln ihrer Schülerin behutsam um. „Sie waren sehr lieb zu mir, ich hatte also auch da Glück. In der damaligen Stimmung in Österreich galt ich als Ausländerin, ich war quasi ein schwarzes Kind, denn in Israel war ich viel in der Sonne, jeden Tag am Strand. Das heißt, ich war eine Außenseiterin, auch in der jüdischen Jugendorganisation Haschomer Hatzair, denn unsere Familie hat nicht in das konservative Schema der damaligen Zeit gepasst.“

Die Weltbürger

Shlomis Mutter schaffte es irgendwie, Lokale zu gründen und war auf dem Weg zur legendären Jazz-Gitti. Als sie krank wurde, ging Shlomit nach der Schule dort aushelfen, oft bis vier Uhr früh. So manche Dinge hätte sie gern geändert, die Mutter wollte aber von der Tochter keine Ezzes. „Sie hat sich von mir nichts sagen lassen. Wir sind beide sehr emotionell. Daraufhin habe ich mich mit 17 entschieden, nach Israel zu ziehen.“

Sie absolviert dort den Militärdienst und trifft ihren Vater, den sie als Kind kaum je gesehen hat. Ganz nebenbei erfährt sie, dass sie einen Halbbruder hat, der eigentlich der Scheidungsgrund der Eltern war. „Er hat mich behandelt wie die reiche Schwester aus Europa, das ist mir auf die Nerven gegangen. Dennoch bin ich froh, dass ich meinen Vater getroffen habe, ich wollte ihn kennenlernen.“ Das war gut so, denn wenig später starb der Vater im Alter von 42 Jahren.

Eigentlich wollte Shlomit in Israel einen jüdischen Mann heiraten. „Das war mir so wichtig, doch ich habe keinen gefunden. Ich dachte, dass ich dadurch mehr Stabilität bekommen würde. Das hielt das Leben aber nicht für mich bereit. Irgendwann habe ich das auch eingesehen und akzeptiert, denn ich war ja Jüdin und konnte das daher auch meinen Kindern weitergeben. Ich wusste, da kann ja nichts passieren.“

Ohne Matura studiert sie Schauspiel und Gesang in Wien, Frankreich und



© PRIVAT

Shlomit Butbul im Jahr 1970

Dänemark, überall mit Auszeichnung; sie spricht fünf Sprachen und erklärt voller Stolz, sie sei das beste Beispiel, dass man es im Leben auch ohne Matura schaffen kann.

Dann tritt ein Mann in ihr Leben, nicht jüdisch, aus Luxemburg. Jahre lang betreiben die beiden ein Kulturcafé in Luxemburg, ein Kindertheater, Shlomit geht mit einer Band auf Tournee. Drei Kinder (heute neun, zwölf und 15 Jahre alt) werden geboren. Es zieht sie zurück nach Österreich, doch Wien ist ihrem Mann zu groß, man einigt sich auf Eisenstadt. „An das Burgenland habe ich Kindheitserinnerungen, an die seltenen Ausflüge mit meiner Mama – zum Kirschenstehlen oder an den Nacktbadestrand. Meine Mutter hat das geliebt.“ Doch die Ehe hält nicht, Shlomit lebt heute in Scheidung und hat in der Zwischenzeit einen jüdischen Mann gefunden. Auch er stammt aus Luxemburg, lebt aber in New York und unterrichtet dort eine spezielle Form von lateinamerikanischer Percussion. „Ich kann nicht von ihm verlangen, dass er sein Leben aufgibt. Er heißt Jerome Goldschmidt und mit jüdischem Namen Yitzhak ben Levi, wie mein Vater. Das kann auch kein Zufall sein. Ich bin eine richtige



Wo sich Spera und Butbul treffen, ist innerhalb von Sekunden geklärt: Es muss etwas mit Israel zu tun haben und das „Hungry Guy“ ist dafür genau richtig.

Jüdin, alles an mir ist jüdisch, ich bin eine jiddische Mamme. Ich möchte, dass meine Kinder starke, soziale Menschen werden, die Werte haben, die auch ich teile.“

Wie es um die Religion steht? Mit ihrer Mutter gab es keine religiösen Feste, dafür mit ihren Zieheltern in Israel. Shlomits Kinder feiern alles, Pes-

sach und Ostern, Chanukka und Weihnachten. Den Kindern liest sie viel über das Judentum vor. Anfangs hat sie Hebräisch mit ihnen gesprochen. Dann war es aber zu viel, denn sie sind mit vielen Sprachen aufgewachsen: Deutsch, Luxemburgisch, Französisch, aber alle haben israelische Namen: Noam, Nava und Naima. Sie leben und erleben alles, sie sollen Weltbürger werden. „Wir sind für den Frieden selbst verantwortlich. Scholem ist mir wichtig, ich möchte auch in meiner Familie Scholem haben.“

„Ich bin eine Israelin, ich diskutiere über alles oder nichts, ich bin schnell, ich kämpfe.“



„Wien ist ein charmantes Dorf“

Shlomit Butbul kennt das Leben in den verschiedenen Ländern. Am Burgenland liebt sie das mediterrane Klima, die Ästhetik des Neusiedler Sees, dort hat sie das Gefühl, sie sei am Meer und die Menschen seien netter, freundlicher, hilfsbereiter, ganz abgesehen von der jüdischen Geschichte des Burgenlandes. Die Synagoge und der Friedhof von Eisenstadt sind wichtige Plätze für sie.

Was verbindet sie mit Wien? „Wien ist ein charmantes Dorf geblieben. Und ich habe es gern, dass die Leute so

„Ich bin eine richtige Jüdin, alles an mir ist jüdisch, ich bin eine jiddische Mamme. Ich möchte, dass meine Kinder starke, soziale Menschen werden, die Werte haben, die auch ich teile.“

„Es ist nicht gut, wenn man sein eigenes Nest beschmutzt, es ist doch viel besser, wenn man es sich schön gestaltet und das Gute aus seinen Wurzeln herausholt. Was man anfeindet, kommt zu einem selbst zurück.“

raunzen, das ist etwas sehr Jüdisches. Allerdings: die Juden raunzen, aber sie gehen weiter.“ Ihre Konzerte mit Liedern in hebräischer Sprache sind nicht nur in Wien begehrt. Und in ihrer burgenländischen Wahlheimat hat sie den Kulturverein SHIR-Music gegründet. „Als ich begonnen habe, hebräische Lieder zu singen, war kein Platz dafür. Dieses Genre war ganz klar besetzt von Timna Brauer, mehr Platz gab es nicht. Unlängst kam nach einem Konzert eine Frau zu mir und sagte: „Es macht gar nix, dass ma ihre Liada net versteht ...“ Was mir so gefällt, ist, dass die Menschen mir ganz verschieden begegnen. Es gibt ein großes Interesse am Judentum. Noch immer fühlen sich viele schuldig. Ja, es gibt Antisemiten, aber noch viel mehr Menschen, die ganz anders denken, daran soll man sich orientieren.“

Der Platz, an dem sie sich am meisten zu Hause fühlt, ist Israel. „Ich bin in Israel ein anderer Mensch, ich bin eine Israelin, ich diskutiere über alles oder nichts, ich bin schnell, ich kämpfe, ich bin tough. In Israel wird alles getan, dass die Frauen stark, aktiv und klug sind. Sie können aus jeder Situation etwas machen. Gib mir ein Zelt und ich mach dir ein Schloss daraus. Die Menschen fahren in die Karibik, nach Asien, an die schönsten Strände, aber mein Strand ist der von Kiryat Haim, wo meine Zieheltern leben. Der Geruch, die Limonadenverkäufer, das ist meine Heimat.“

Apropos Familie: Ich frage Shlomit, wie es sich mit einer so starken Mutter lebt? „Ich war viel allein, heute liebe ich sie, bewundere sie, wie sie alles geschafft hat. Sie ist, wie sie ist.“ Frieden zu machen, geht das mit ihr? „Ihr Herz ist stärker als ihr Widerstand, ihre Liebe ist stärker als ihr Schmerz, sie fühlte sich verlassen von ihrer Mutter, sie hatte eine schwere Kindheit und Jugend, sie war wurzellos. Heute bin ich selber Mutter und sage, das ist nicht meine Geschichte, sondern deine Geschichte. Es geht darum, dass wir uns die Hände reichen. Ich kenne die



„Wir sind für den Frieden selbst verantwortlich.“

Fehler einer Mutter, die schönen Seiten, aber auch die Gemeinheiten. Weil ich auch Mutter bin. Eine Tochter versucht immer, es besser zu machen – ob es mir gelingt, weiß ich nicht, aber ich bemühe mich jeden Tag. Manchmal ist meine Mutter ungerecht, emotional, laut. Ich gebe nicht auf, denn irgendwann wird sie nicht mehr sein. Ich will dann nicht sagen, hätte ich nur ... Jede Familie hat ihre Geschichte, ich glaube nicht, dass es in anderen Familien besser ist. Es ist nicht gut, wenn man sein eigenes Nest beschmutzt, es ist doch viel besser, wenn man es sich schön gestaltet und das Gute aus seinen Wurzeln herausholt. Was man anfeindet, kommt zu einem selbst zurück.“ nu

איך אומרים ...?

Prof. (FH) Mag. Julius Dem, MBA

Allgemein beeideter und gerichtlich zertifizierter
Dolmetscher für Hebräisch

יוליוס דם

מתורגמן מוסמך לשפה העברית

ÜBERSETZUNGEN – DOLMETSCHUNGEN
DOKUMENTE, VERTRÄGE, BEGLAUBIGUNGEN, ETC.
DEUTSCH – HEBRÄISCH / HEBRÄISCH – DEUTSCH

תרגומים

תעודות, חוזים, אימותים, וכו'
גרמנית – עברית / עברית – גרמנית

טל': +43 0699 11788119 Mobil:
דוא"ל: julius.dem@chello.at E-Mail:

„Drei-Religionen-Tour“ des Neuen im Weißen Haus

Mit einer „Drei-Religionen-Tour“ begann der 45. Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika seine Auslandsreisen. Demonstrativ besuchte er die Zentren der drei großen monotheistischen Religionen: Judentum, Christentum und Islam. Im Tross der etwa 600 Begleiter von Donald J. Trump waren neben seiner Frau Melania auch noch seine Tochter Ivanka und deren Ehemann Jared Kushner.

VON JOHANNES GERLOFF

Bereits sein Auftritt in Saudi-Arabien wurde von Israel aus genau beobachtet. Das Königreich bereitete dem im Westen viel belächelten Geschäftsmann einen Empfang, wie er nur „einem König gebührt“. Einen Monat lang hatte der 81-jährige König Salman bin Abdulaziz Al Saud Asien bereist, um führende Repräsentanten von 55 muslimischen Ländern, praktisch die gesamte sunnitische Welt, in Riad zu versammeln. Offen fragten sich Israelis, warum der US-Präsident mit dem Namen „Hussein“ das nicht geschafft hatte?

Sofort bemerkten israelische Beobachter, dass Melania und Ivanka in Saudi-Arabien keine Kopfbedeckung trugen. Dass die beiden Trump-Frauen beim Papstbesuch ein paar Tage später im Vatikan eine schwarze Kopfbedeckung trugen, macht diese Tatsache zu einer Demonstration. Belustigt bemerkte man, dass der amerikanische Präsident in den arabischen Medien bald nur noch „Abu Ivanka“ genannt wurde, während die sozialen Netzwerke Filmausschnitte herumreichten, die unverhohlen lüsterne Blicke von altehrwürdigen saudischen Scheichs auf die beiden Trump-Damen zeigten.

Präzedenzlos klar

Trumps Worte vor dem erlauchten Forum des „Arabisch-islamisch-amerikanischen Gipfels“ waren präzedenzlos klar. So offen war in den königlichen Prunkhallen von Riad wohl noch nie „die Unterdrückung der Frauen, die Verfolgung von Juden und das Abschlagen von Christen“ angeprangert

worden. Der Präsident fand eine Sprache, die die Straße versteht. Mit Blick auf den islamistischen Terror sagte er: „Barbarismus wird nie Herrlichkeit erwirken. Hingabe an das Böse wird keine Würde bringen. Wenn Sie den Weg des Terrors wählen, wird Ihr Leben leer und kurz sein. Ihre Seele wird Verdammnis erleiden.“

Der Abschluss eines 110-Milliarden-US-Dollar-Waffendeals mit dem ölreichen, aber erzkonservativen Wahhabitenkönigreich verursachte in Israel Stirnrunzeln.

Freundschaftsdemo

Als der Trump-Tross in Israel eintraf, überschlugen sich die Kommentatoren: „Ganz anders“ sei die Atmosphäre im Vergleich zu allen vorangegangenen Besuchen amerikanischer Präsidenten. Der bekannte TV-Journalist Oren Nahari meinte: „Das ist kein Besuch, sondern eine Demonstration der Freundschaft!“

Vor Trumps Abschiedsrede im Israelmuseum in Jerusalem begrüßte Benjamin Netanjahu seinen Gast mit der programmatischen Ansage: „Gemeinsam müssen wir diejenigen vernichten, die den Tod verherrlichen, und diejenigen schützen, die das Leben schätzen.“ Trump antwortete mit einer Ansprache, der – so stellten israelische Kommentatoren fest – „jede Ausgewogenheit fehlte“. Der 45. US-Präsident unterstrich „die Verbindungen des jüdischen Volkes mit dem Heiligen Land“ als „uralte und ewige“. Er erzählte, dass er an der Westmauer Gott um Weisheit gebeten habe. Und in Israels zentraler

Holocaustgedenkstätte gelobte Trump das obligatorische „Nie wieder!“

Stehende Ovationen

Trump brachte weiter seine „Ehrfurcht vor den Errungenschaften des jüdischen Volkes“ zum Ausdruck, um dann zu versprechen: „Meine Administration wird immer zu Israel stehen!“ Die Erklärung: „Irans Führer rufen immer wieder zur Vernichtung Israels auf. Nicht mit Donald J. Trump!“ wurde von den anwesenden israelischen Honoratioren mit stehenden Ovationen quittiert.

Noch nie, hörte man immer wieder, ist ein US-Präsident so früh in seiner Amtszeit nach Israel gekommen. Das gilt übrigens auch für den Vatikan und wurde dort ebenfalls bemerkt. Als erster amtierender US-Präsident überhaupt besuchte Trump Ostjerusalem, die Altstadt und die Westmauer. Begeistert erinnerten Israels Journalisten daran, dass „Ivanka zum Judentum übergetreten“ sei und jetzt eigentlich „Jael“ heiße.

Kritisiert wurde in Oppositionskreisen, dass sich Trump weder mit Vertretern der Zivilgesellschaft noch mit Oppositionsführer Jizchak Herzog getroffen habe. Herzog wurde ein kurzer Händedruck bei der offiziellen Begrüßung auf dem Ben-Gurion-Flughafen zuteil.

In Bethlehem: Friede unmöglich, wenn Gewalt toleriert wird

Trump's zweiter Besuchstag im Heiligen Land begann in Bethlehem mit einem Treffen mit Mahmud Abbas, dem Präsidenten der palästinensischen Autonomiebehörde. Kritisch beobachteten Israelis, dass Trump offensichtlich das Narrativ Obamas übernommen hat, das den israelisch-palästinensischen Konflikt für den Kern aller Konflikte im Nahen Osten hält.

Dann sagte er „Abu Mazen“, wie Abbas im arabischen Volksmund genannt wird, aber in aller Öffentlichkeit, was er so wohl noch nie von einem westlichen Politiker in seinem eigenen



Das Königreich bereitete Trump einen Empfang, wie er nur „einem König gebührt“.

Haus zu hören bekommen hat. „Terroristen und Extremisten, sowie alle, die ihnen Hilfe und Trost zuteil werden lassen, müssen für immer aus unserer Gesellschaft vertrieben werden.“ Und: „Friede kann niemals Wurzeln schlagen in einem Umfeld, in dem Gewalt toleriert, finanziert oder belohnt wird.“

Terrorismus und Islam

Dan Shapiro, Botschafter der Obama-Administration in Tel Aviv, beobachtete, dass just in dem Moment, als Trump in Bethlehem mit Abbas zusammentraf, die Nachricht von dem Selbstmordattentat in Manchester die Runde machte. Der amerikanisch-jüdische Diplomat bemerkte: „Netanjahu hatte nicht ganz Unrecht, wenn er darauf verwies, dass die Familie des Terroristen eine lebenslange Rente beanspruchen könnte, wäre der Selbstmordattentäter Palästinenser und die Opfer Israelis gewesen.“ Fünf Prozent des Gesamthaushalts der palästinensischen Autonomiebehörde werden für Zuwendungen an Terroristen und deren Angehörige ausgegeben.

Auf seiner gesamten Reise, vor muslimischen wie jüdischen Zuhörern gleichermaßen, in Riad und Bethlehem ebenso wie in Tel Aviv und Jerusalem, wagte Trump Aussagen über den Ter-

ror, die aus dem Mund seines Vorgängers nie zu hören waren. In deutlichem Gegensatz zu Obama sieht Trump einen Zusammenhang zwischen Islam und weltweitem Terrorismus. Anders als in seinen früheren Wahlkampfanfragen bemühte er sich aber um eine Unterscheidung zwischen der Weltreligion Islam und dem „Islamismus“, der politischen Ideologie, als Ursache des Terrors.

Erzfeind Iran

„Niemals wird der Iran eine Atom-bombe besitzen.“ Donald Trump wurde nicht müde, diesen Refrain zu wiederholen, der allen seinen Gastgebern aus dem Herzen gesprochen war. Die Reiseroute von Riad über Jerusalem und Bethlehem bis in den Vatikan konnte als unmissverständliche Botschaft gegen die schiitische Front verstanden werden, die sich vom Libanon über Syrien und den Irak bis nach Teheran etabliert hat.

Ganz offensichtlich bemüht sich Trump um eine Rückkehr Amerikas in den Nahen Osten. Er will das Vakuum wieder füllen, das sein Vorgänger hinterlassen hat, und in das vielerorts der Iran unter dem Schirm Russlands eingerückt ist. „Ganz abgesehen von Israel“, so Professor Eugene Kontorovich

Der Abschluss eines 110-Milliarden-US-Dollar-Waffendeals mit dem ölreichen, aber erzkonservativen Wahhabitenkönigreich verursachte in Israel Stirnrunzeln.

Die „Zweistaatenlösung“ oder ein „palästinensischer Staat“ wurden genauso wenig erwähnt wie die Forderung an Israel, seine Siedlungstätigkeit einzuschränken.

vom Kohelet Policy Forum, „besaßen die USA zur Zeit der Obama-Administration weniger Glaubwürdigkeit in der arabischen Welt als je zuvor.“

Und der Friedensprozess?

Kontorovich meint, dass unter Trump die Karten völlig neu gemischt werden könnten. „Bislang hat man von Israel erwartet, etwas zu bringen. Entsprechend konnte Israel beschuldigt werden, wenn etwas nicht funktioniert hat.“ Diese Denkweise sei Trump völlig fremd. „Seit er im Amt ist, hat die israelische Friedensbewegung ‚Schalom Achschav‘ mindestens vier oder fünf Berichte darüber veröffentlicht, was Israel alles falsch macht. Keiner hat das Weiße Haus interessiert.“

Trump hat Erwartungen im Blick auf die arabische Welt. Er wurde nicht müde, König Salman von Saudi-Arabien als „wirklich weisen Mann“ zu preisen. Mehrfach betonte er, die Palästinenser wünschten Frieden. Allerdings – und das unterscheidet ihn maßgeblich von anderen westlichen Politikern – will er Israel offensichtlich keine Vorschriften machen.

Nicht Träume, sondern Tachles

Trump spricht weniger über Träume und Werte, sondern als Geschäftsmann über das, was ausgehandelt werden kann. Er scheint bemerkt zu haben, dass sich in der arabischen Welt in den vergangenen Jahren vieles grundlegend verändert hat. Länder wie der Jemen oder der Libanon haben aufgehört zu existieren.

Trump scheint auch bemerkt zu haben, dass die Hauptsorge der arabisch-sunnitischen Länder heute der Iran ist. Kontorovich glaubt: „Wenn Trump einen härteren Kurs gegen den Iran einschlägt, kann er seine Botschaft auf den Tempelberg verlegen und die Saudis würden ihn noch immer zu ihrem Mann des Jahres ernennen.“

So bleibt es spannend. „Die Palästinenser haben gelernt: Je mehr man Nein sagt, desto mehr bekommt man künftig angeboten. Eine Verlegung der



© EVAN VUCCI / AP / PICTUREDESK.COM

Ivanka und Melania Trump trugen in Saudi-Arabien keine Kopfbedeckung.

US-Botschaft nach Jerusalem würde ihnen signalisieren, dass sie etwas zu verlieren haben“, ist Kontorovich überzeugt. Das, was man bislang unter „Friedensprozess“ verstanden hat, wurde vor dem „Arabischen Frühling“ und vor dem Aufstieg der schwarzen Flagge des Islamischen Staats konzipiert. „Israel würde einen großen Fehler begehen, würde es Langzeitpläne mit Abbas schmieden. Er ist alt ...“ – und keineswegs populär bei seinem Volk.

Was nicht erwähnt wurde

Für eine Beurteilung von Trumps erster Auslandsreise vielleicht wichtiger als die Statements könnte das sein, was er nicht gesagt hat. Trump hat mit keinem Wort „die Grenzen von 1967“ erwähnt, niemals von einem „Rückzug aus besetzten Gebieten“ oder einem „Ende der Besatzung“ gesprochen. Die „Zweistaatenlösung“ oder ein „palästinensischer Staat“ wurden ebenso wenig erwähnt wie die Forderung an Israel, seine Siedlungstätigkeit einzuschränken.

Offensichtlich hat der Geschäftsmann, der so breitspurig daherkommt, Bewegung in das amerikanische diplomatische Corps gebracht, was sich auch am Sprachgebrauch offizieller Medien während des Präsidentenbesuchs zeigen lässt. So wurde beispiels-

weise Trumps Rede vom Weißen Haus mit dem Standort „Jerusalem, Israel“ angekündigt, was später zu „Jerusalem“ korrigiert wurde. Ebenso wurde das ursprüngliche „Palestine“ während seines Bethlehem-Besuchs zur „Palestinian Authority“.

Der Status Jerusalems ist innerhalb der US-Regierungsbürokratie umstritten. So könnte es durchaus passiert sein, wie ein Kommentator der Jerusalem Post anmerkte, dass Präsident Trump, abgesehen von den kurzen Zwischenstopps bei der Ankunft und beim Abflug auf dem Ben-Gurion-Flughafen, bei diesem Besuch überhaupt nicht offizielles Staatsgebiet Israels betreten hat – je nachdem, wie ernst man stehende Definitionen nimmt.

Alles offen

Alle diese Beobachtungen sollten allerdings nicht zu vorschnellen Schlussfolgerungen verführen. Es ist zu früh, den Kurs der Regierung Trump einschätzen zu wollen. Gewiss ist, dass vieles anders wird. Gleichermäßen berechtigt ist aber die Warnung des ehemaligen US-Botschafters Shapiro, Trump sei unberechenbar: „Niemand kann sich darauf verlassen, dass eine gute Beziehung zu ihm bis morgen hält – und falls sich etwas ändert, erfährt man es womöglich über Twitter.“ **nu**



© EDDIE GERALD / LAIF / PICTUREDESK.COM

Von Jaffa-Orangen zu Mobileye

Das Start-up- und Hightech-Land Israel.

VON RENÉ WACHTEL

In meiner Kindheit war ich ganz stolz, wenn ich in einem Supermarkt in Wien Jaffa-Orangen aus Israel fand. Und als unsere Lehrerin sagte, im Winter müsse man wegen der Vitamine viele Orangen essen, brachten alle meine Mitschüler immer Jaffa-Orangen in die Klasse. Bei meiner ersten Reise nach Israel mit acht Jahren zeigte mir dann unser Onkel aus Kfar-Sava voller Stolz die riesigen Orangenhaine südlich von Tel Aviv.

Die süßsauren Früchte waren der Exportartikel und ein erstes Zeichen für die wirtschaftliche Kraft des jungen Staates.

Heute wird Israel wirtschaftlich als Hightech- und als „Start-up“-Land anerkannt. Das wurde gerade in letzter Zeit durch drei interessante Wirtschafts-News bestätigt. Im März 2017 wurde bekannt, dass Intel, der weltgrößte Chip-Hersteller, das israelische Start-up-Unternehmen Mobi-

leye um die sagenhafte Summe von 15 Milliarden Dollar gekauft hat. Das ist der größte jemals durchgeführte Verkauf eines Unternehmens in der Geschichte des Staates Israel und bis zum Zeitpunkt Mai 2017 die größte Unternehmensübernahme des Jahres weltweit. Im April wurde berichtet, dass Israel Aerospace Industries (IAI) einen Vertrag im Wert von fast zwei Milliarden Dollar mit Indien über die Lieferung von Raketenabwehrsystemen für die indische Armee abgeschlossen hat – der größte Einzelauftrag in der Geschichte der israelischen Rüstungsindustrie. Gleichzeitig unterzeichnete die israelische Regierung mit Italien, Griechenland und Zypern eine Absichtserklärung über den Bau einer unterirdischen Erdgas-Pipeline, die alle bisher bestehenden Anlagen dieser Art an Größe übertreffen soll. Die Pipeline wird Gas vom israelischen Förderfeld Leviathan nach Europa transportieren und soll bis 2025 fertiggestellt werden. Die Kosten des Projekts werden mit sechs bis sieben Milliarden Euro beziffert. Wieso hat sich die israelische Wirtschaft so verändert und woher kommt dieses Wunder?

Der Ausgangspunkt

Normalerweise macht ein Land die besten Geschäfte mit seinen Nachbarn. Da aber die Nachbarstaaten von Israel am liebsten alle Juden in Israel ins Meer werfen wollen, ist diese Art von Wirtschaftsbeziehungen nicht möglich, sondern auf die Länder beschränkt, mit denen Israel einen Friedensvertrag abgeschlossen hat – Ägypten und Jordanien. Daher sind die USA Israels größter Exportmarkt. 31 Prozent des Gesamtausfuhrvolumens entfallen auf Amerika, und die Fokussierung auf die transatlantischen Exporte stellt besondere Anforderungen an die israelische Wirtschaft. Israel kann dort und auch bei anderen entwickelten Industrieländern nur mit in-

telligenten Produkten Erfolg haben. Exportartikel Nummer eins sind zwar noch immer verarbeitete Diamanten (Volumen 2015: um die 14,8 Milliarden Dollar), aber der Dienstleistungssektor und damit die „Brain-Industries“ machen schon mehr als 70 Prozent des BIP aus.

Wirtschaft im Wandel

Die großen Orangen- und Grapefrüthaine sind fast verschwunden. Wenn man heute durch Israel fährt, sieht man viele Industrieparks und Businessstandorte. Noch bis Ende der 1980er-Jahre lebte Israel von der Landwirtschaft und von traditioneller Industrie. Mit dem Zusammenbruch der UdSSR im Jahr 1991 kam von dort innerhalb kürzester Zeit mehr als eine Million Menschen nach Israel, darunter viele Wissenschaftler und Ingenieure. Die Wirtschaft konnte diese große Anzahl von Menschen nicht auf einmal integrieren. So beschloss die Regierung in Jerusalem Mitte der 1990er-Jahre ein Förderprogramm für Unternehmensgründungen, das vor allem Einwanderer beim Weg in die Selbständigkeit unterstützen sollte – und dieses Inkubatorenprogramm hat sich zur treibenden Kraft des Start-up-Booms entwickelt. Wer ein Unternehmen gründen will, benötigt nur 15 Prozent Eigenkapital, die restlichen 85 Prozent können über ein staatliches Darlehen finanziert werden. Heute gibt es in Israel etwa zwei Dutzend staatliche Inkubatoren, bei denen junge Firmen Startkapital beantragen können, das nur bei Erfolg zurückgezahlt werden muss. Pro Jahr vergibt der Staat Israel um die 800 Millionen Dollar an solche Start-ups. Auch die Privatwirtschaft ist eingestiegen: Sie investiert in die israelische Start-up-Szene das Fünf- bis Sechsfache der staatlichen Förderungen. Im Jahr 2015 wurde in Israel mehr als eine Milliarde Dollar Risikokapital investiert – pro Einwohner

ein Drittel mehr als in den USA und zehnmal so viel wie in Europa.

Forschung und Entwicklung.

Auch die Unterstützung des Staates für Forschung und Entwicklung ist beispielhaft. So werden 4,1 Prozent des Bruttoinlandsproduktes in diesen Sektor investiert, mehr als in jedem anderen Industrieland. Israelische Universitäten sind international sehr angesehen. Nirgendwo am europäischen Kontinent kann man, wie im Technion in Haifa, den Vorlesungen von vier Nobelpreisträgern beiwohnen. Das Weizmann-Institut wurde 2011 vom amerikanischen Magazin *The Scientist* als bester akademischer Arbeitgeber weltweit eingestuft. Auch hier ist die Verzahnung von Forschung und Entwicklung einerseits und der Privatwirtschaft andererseits sehr stark. Viele Start-ups entwickeln sich direkt an den Universitäten und bringen den Universitäten durch Patente auch das nötige Geld, um mehr in die Forschung investieren zu können. Die Technologietransfergesellschaft „Yeda“ des Weizmann-Instituts gehört zu den weltweit erfolgreichsten Firmen für die Vermarktung von Patenten und Forschungsergebnissen. Von den 25 wichtigsten Biotech-Medikamenten auf dem Weltmarkt basieren nicht weniger als sieben auf Entdeckungen, die an diesem Institut gemacht wurden. Und damit wurden schon zweistellige Milliardenumsätze gemacht. Alle Universitäten in Israel haben eigene Verwertungsgesellschaften, die das geistige Eigentum am Markt wirtschaftlich verwerten. Mehr als 70 Prozent der jährlichen Patentanträge in Israel werden von diesen Universitätsfirmen beantragt.

Die militärische Ausbildung

Ein weiterer wichtiger Baustein für das Unternehmertum in Israel ist das Militär. Dort werden schon ganz junge

Mitte der 1990er-Jahre beschloss die Regierung in Jerusalem ein Förderprogramm für Unternehmensgründungen, das vor allem Einwanderer beim Weg in die Selbständigkeit unterstützen sollte – und dieses Inkubatorenprogramm hat sich zur treibenden Kraft des Start-up-Booms entwickelt.

Dass der Start-up-Boom auch Schattenseiten hat, zeigt sich in der israelischen Gesellschaft. Die Schere zwischen Reich und Arm geht ständig weiter auf.

Frauen und Männer zu selbständigem Handeln erzogen. Junge Soldaten und Soldatinnen müssen schon mit 18, 19 Jahren Verantwortung für ganze Einheiten übernehmen und sie auch richtig motivieren, schulen, leiten und dirigieren. Das hilft später in der Arbeit in Unternehmen. Und natürlich ist die Ausbildung in den diversen Einheiten der Armee auch das Sprungbrett für viele in der Hightech-Industrie. Ein Beispiel dafür ist die sagenumwobene Hightech-Einheit 8200. Diese Einheit für elektronische Aufklärung beschäftigt sich seit Jahren unter anderem auch mit Cyber-Sicherheit. In diesem Bereich ist die israelische Armee bereits seit über 15 Jahren aktiv, und der so entstandene internationale Wissensvorsprung ist beträchtlich und hat Israel den Ruf eingetragen, weltweit Nummer eins in Cyberabwehr

und Cyberspionage zu sein. Viele der jungen Israelis, die durch die Einheit gegangen sind, haben sich erfolgreich mit Start-ups wie Check Point oder ICQ selbständig gemacht.

Dass der Start-up-Boom auch Schattenseiten hat, zeigt sich in der israelischen Gesellschaft. Die Schere zwischen Reich und Arm geht ständig weiter auf. Den gut bezahlten, wohlhabenden jungen Leuten in der Hightech- und Start-up-Industrie stehen die Arbeiter und Angestellten in traditionellen Wirtschaftsbereichen gegenüber. Vor allem Tel Aviv ist ein sehr teures Pflaster geworden, die Wohnkosten sind (ähnlich wie im Silicon Valley in Kalifornien) deutlich gestiegen. Die rückwärtsgewandte, fast 20 Prozent der Bevölkerung ausmachende Orthodoxie wiederum versteht dieses Wirtschaftswunder nicht

und erkennt nicht, welche Vorteile die daraus resultierenden neuen Arbeitsmethoden, wie Homeworking mithilfe neuer Technologien für ihre Community bringen könnten. Viele Wirtschaftswissenschaftler machen sich Sorgen um die klassische Industrie. Es wird in Israel zwar viel geforscht, entwickelt und erfunden, aber die Umsetzung im Land selber ist eher gering. Die meisten Entwicklungen werden im Ausland zur Serienreife gebracht, sodass Arbeitsplätze aus Israel hinausverlagert werden.

Trotzdem hat Israel ein neues Wirtschaftsfeld entwickelt – unter dem Titel „Brain Industries“ zeigt es der Welt, wie ein kleines Land ohne viele natürliche Ressourcen sich in der modernen Zeit zu einem Wirtschaftswunderland entwickeln kann. *nu*

Der Intel-Mobileye-Deal

Intel, der weltgrößte Chiphersteller mit mehr als 100.000 Mitarbeitern und einem Umsatz von 55 Mrd. Dollar pro Jahr, hat seit langem gute Erfahrungen mit Israel und israelischen Unternehmen. Im Jahr 2014 errichtete Intel in Israel eine Chipfabrik um sechs Milliarden Dollar, die bis zu ihrem kompletten Ausbau mehr als tausend neue Arbeitsplätze schaffen wird. Intel und das israelische Start-up-Unternehmen Mobileye kamen durch eine Kooperation mit BMW zusammen. Im Sommer 2016 gab BMW bekannt, dass man gemeinsam mit Intel und dem Kameraspezialisten Mobileye bis 2021 selbstfahrende Autos auf die Straße bringen wolle. Mobileye ging 1999 aus einem Start-up der Universität Jerusalem hervor. Ge-

gründet von Ziv Aviram und Amnon Shashua, beschäftigt das Unternehmen aktuell 600 Mitarbeiter und hat seinen Sitz in Jerusalem. Mobileye ist auf die Entwicklung von Technologie für autonomes Fahren, samt Kamerasystemen, Algorithmen und speziellen Chips, spezialisiert. Die Kameras erfassen die Gefahren auf der Straße, die Rechen-technologie (Chip) steuert die Elektronik und reagiert dann, um Unfälle zu vermeiden (im Gegensatz zum Beispiel zu Google, das bei seinen selbstfahrenden Autos auf die Laser-Radar-Technologie setzt). Durch die gemeinsame Arbeit am BMW-Projekt erkannten die Manager von Intel bald, dass ihr Unternehmen gemeinsam mit Mobileye in eine Zukunftsvision investieren

sollte. Der Markt für herkömmliche Chipprozessoren, wie sie auch Intel herstellt, schrumpft, ähnlich wie der PC-Markt; und auch der Markt für Mobiltelefon-Chips ist hart umkämpft. Intel rechnet ab 2025 mit einem jährlichen Umsatz im Segment „autonomes Fahren“ von 70 Mrd. Euro und will ganz vorne dabei sein. Daher gab es die strategische Entscheidung, Mobileye um die astronomische Summe von 15 Milliarden US-Dollar zu kaufen. Israels Ministerpräsident versprach, dass der Kauf allen Israelis zugutekommen werde, weil dank der Steuereinnahmen aus dem Deal (rund zwei Milliarden Dollar) in den nächsten Jahren die Einkommenssteuer in Israel gesenkt werden kann.

Das schwierige Verhältnis Israel-EU

Israel und die Europäische Union sind eng verflochten. Doch die Daten und Zahlen blenden: Es knirscht im Gebälk der Beziehungen zwischen Brüssel und Tel Aviv. Die Vertrauensbasis hat einen Riss, und das schon seit Jahren. Michael Reinprecht hat sich für *NU* das schwierige Verhältnis Israel-EU näher angesehen und in seinen Erinnerungen als ehemaliger Leiter der Nahostabteilung des Europäischen Parlaments gekramt.

Mit einem Handelsvolumen von € 34,3 Mrd. im Jahr 2016 sind die EU-28 der wichtigste Handelspartner Israels. Seit dem Jahr 2000 ist ein Assoziierungsabkommen in Kraft, das die Importe und Exporte regelt. Es brachte Freihandel für die meisten Industriegüter und Vorzugsbehandlung für Agrarprodukte. Das 2013 abgeschlossene Open-Skies-Abkommen ließ die Ticketpreise schrumpfen und erhöhte das Flugangebot, 2018 wird der Flugverkehr EU-Israel völlig liberalisiert sein. Israel nimmt am EU-weiten Austauschprogramm für Studierende *Erasmus plus* teil und ist – für ein High-tech-Land wie Israel besonders wichtig – seit 1996 an den EU Forschungs-Rahmenprogrammen assoziiert, seit Juni 2014 auch Teil des mit € 80 Mrd. dotierten *Horizon 2000*, des neuen und innovativen EU-Forschungsprogramms. Darüber hinaus nimmt Israel seit Jahren an der EU-Mittelmeer-Partnerschaft teil und ist in die Europäische Nachbarschaftspolitik integriert.

Also doch alles eitel Wonne? In den ökonomischen Beziehungen wohl eher ja, im Politischen hingegen stagnieren die Beziehungen. Brüssel kritisiert Israel, nimmt vor allem am Ausbau der Siedlungen im Westjordanland, an der Abriegelung von Gaza, an den mehr als 750 km langen Sperranlagen zwischen den besetzten Gebieten und Israel Anstoß. Dass es wegen des Sicherheitszauns kaum mehr Attentate in Israel gibt (erinnern wir uns an die Anschläge auf Busse und Sammeltaxis Anfang der Nullerjahre), schützt nicht vor Kritik vonseiten der EU-Institutio-

nen. Argumentiert wird mit internationalem Recht.

Vermittler im Israel-Palästina-Konflikt

Es ist ein seit Jahren immer wiederkehrendes Spiel: Die unnachgiebige Haltung der israelischen Regierung angesichts der Verurteilungen nervt die Brüsseler Institutionen, allen voran die EU-Parlamentarier. Israel wiederum ist von Brüssel enttäuscht. Die Position der Europäischen Union zur Lösung des Nahostkonflikts ist dabei zu einem immer wieder heruntergebeteten Mantra verkommen, das nichts Neues bringt. „Israel verzichtet auf die EU als Vermittlerin“ schrieb *Die Zeit* Ende November 2015, als die EU die Kennzeichnungspflicht für israelische Produkte aus Siedlergebieten einführte. Und dabei geht es um mehr als nur um die Kennzeichnung von Obst und Gemüse, das von Feldern und Gärten der als illegal betrachteten Siedlungen stammt. Auch Kofinanzierungen (etwa aus den Forschungstöpfen) sind dann für etwaige Start-ups aus Gebieten israelischer Siedlungen in den besetzten Gebieten nicht drin.

Dabei hat es von europäischer Seite immer wieder Versuche gegeben, als Vermittler im Israel-Palästina-Konflikt aufzutreten. Nicht nur vonseiten des Nahost-Quartetts (ja, das gibt es noch), des Europäischen Auswärtigen Dienstes, der Außenbeauftragten Federica Mogherini, ihres Sonderbeauftragten Fernando Gentilini – sondern auch vonseiten des Europäischen Parlaments. So versuchte der vormalige



**Israel-EU: Es herrscht Nervosität und gegenseitiges Misstrauen.
Im Bild: Federica Mogherini und Benjamin Netanjahu**

Präsident des Europaparlaments Hans-Gert Pöttering vergeblich, als „ehrlicher Makler“ in Israel aufzutreten – und scheiterte. Die Stimmung bei seinem Besuch in Israel und den palästinensischen Gebieten im Februar 2009 war äußerst angespannt; „Wir Israelis lassen uns von euch Europäern nichts vorschreiben“, war hinter vorgehaltener Hand zu hören – von einem deutschen Politiker schon gar nicht, ließe sich ergänzen. Das musste Martin Schulz fünf Jahre später erfahren, als er, einer Falschinformation aufgesessen, in einer Rede vor den Knesset-Abgeordneten behauptete, den Palästinensern (im Westjordanland) stünden pro Kopf nur 17 Liter Wasser pro Tag zur Verfügung, während Israelis 70 Liter täglich verbrauchen könnten. Eine Reihe von Abgeordneten verließ den Plenarsaal noch während Schulz’ Rede.

Ein neuer Antisemitismus

Es herrscht Nervosität und gegenseitiges Misstrauen. Israel wirft der EU vor, die palästinensische Autonomiebehörde bei der Aufnahme in die UNESCO 2011 unterstützt zu haben. In einer Entschließung vom Dezember 2014 empfahl das Europaparlament den Mitgliedstaaten die völkerrechtliche Anerkennung Palästinas als Staat.

Auch in der jüngsten Entschließung

der Europaparlamentarier vom 18. Mai genießt die Zweistaatenlösung Priorität. So weit, so gut – und wohl auch im langfristigen Interesse der Israelis, auch wenn dies die Regierung Netanjahu nicht so sehen will. Die Vertrauenskrise, das schwierige Verhältnis EU-Israel ist nicht dem europäischen Interesse an einer Friedenslösung in Nahost durch Schaffung eines lebensfähigen Staates Palästina, der in Frieden und Sicherheit Seite an Seite mit Israel und den anderen Nachbarn leben soll, geschuldet.

Allein Maßnahmen Israels, die aus EU-Sicht eine Zweistaatenlösung erschweren, werden von Brüssel nicht nur kritisiert, sondern bisweilen auch bestraft. Vorreiter dabei ist das Europäische Parlament, dessen 750 Mandatäre in großer Mehrheit Ramallah mit Wohlwollen gegenüberstehen. So hatten die Europaparlamentarier jahrelang die Zustimmung zu einem für die pharmazeutische Industrie Israels wichtigen Abkommen verweigert. Dieses sogenannte ACAA-Agreement, das die Einfuhr hochwertiger Medikamente und Generika aus Israel in die EU ermöglicht, trat schließlich 2013 in Kraft. „Sofern es keine Fortschritte in den Friedensverhandlungen gibt (...), wäre ein Aufschub politisch klüger, das wäre ein weiterer Anreiz für die Schaf-

fung einer Zweistaatenlösung“, hatten Europaabgeordnete vor der Abstimmung im Herbst 2012 argumentiert.

„Der Feind meines Feindes ...“

Innovation in Sachen Nahostproblem ist die Sache Europas nicht. Und bisweilen keimt der Verdacht, ein neuer Antisemitismus verstecke sich hinter Israelkritik. Das ist natürlich schwer fassbar. Denn der neue Antisemitismus tritt nicht offen auf, auch wenn er sich festzusetzen scheint bei westlichen Eliten. Die *BDS-Bewegung* („Boycott, Divestment, Sanctions“ – Boykott, Abzug von Investitionen, Sanktionen) gewinnt an Boden, und der Vorwurf, Israel sei ein Apartheid-Staat, ist auf dem Wege, salonfähig zu werden.

Während Donald Trump mit seiner Nahostreise Ende Mai de facto einen fragwürdigen regionalen Ansatz als neue Strategie der USA zur Lösung des Nahostproblems präsentiert, im Konflikt Schiiten/Sunniten für die konservativen Monarchien der Golfstaaten und Saudi-Arabien Partei ergreift und dabei hofft, mit der alten Gleichung „der Feind meines Feindes ist mein Freund“ eine Lösung der Palästinenserfrage herbeizuführen, tritt die EU auf der Stelle. Die Vertrauenskrise EU-Israel harrt weiter einer Lösung. *nu*

Innovation in Sachen Nahostproblem ist die Sache Europas nicht. Und bisweilen keimt der Verdacht, ein neuer Antisemitismus verstecke sich hinter Israelkritik. Das ist natürlich schwer fassbar.

Dem Architekten ein Gesicht geben

„Wer war Fritz Reichl?“ – Diese Frage stellten sich Studenten der TU Wien und machten sich von Eisenstadt aus auf eine internationale Spurensuche nach einem Architekten, der durch ihre Arbeit vor dem Vergessen bewahrt werden soll.

VON BRIGITTE KRIZSANITS
(TEXT UND FOTO)

„Ich bin in Eisenstadt oft an diesem Haus aus den 1920er-Jahren vorbeigegangen – es war einer der ersten Wohnbauten hier – und habe mich als Architekt natürlich auch für den Planer interessiert. So bin ich auf den Namen Fritz Reichl gestoßen“, sagt der Eisenstädter Klaus-Jürgen Bauer, Architekt und Lektor an der TU Wien. „Das Haus liegt an der Ecke zur Reichl-Gasse und da dachte ich: Der muss bekannt gewesen sein, wenn sie sogar eine Gasse nach ihm benennen.“ Dass der Namensgeber der Gasse ein anderer war, nämlich der Mundartdichter Joseph Reichl, sollte Bauer erst später erfahren. Dennoch war das Interesse des Architekten an Reichl geweckt und er wollte mehr erfahren – was jedoch nicht so einfach war. „Den Startschuss dazu gab dann die Ausstellung

„Visionäre und Vertriebene“, die 1995 in der Kunsthalle Wien stattgefunden hatte. Die Informationen dort über Reichl waren jedoch spärlich, es gab nicht einmal ein Bild.“

Architekt ohne Bild

So beschloss Bauer gemeinsam mit seinem Kollegen Peter Ferschin am Institut für Architekturwissenschaften der TU Wien, Abteilung digitale Architektur, ein Seminar über Reichl anzubieten. Eine Monografie über den Architekten aus dem Jahr 1932, die Bauer im Zuge der Vorbereitung des Seminars in die Hände fiel, befeuerte sein Interesse: „Darin haben wir gesehen, was für geniale Entwürfe Reichl gezeichnet und auch realisiert hat.“ Ausgehend davon formierten sich schließlich im Zuge des Seminars verschiedene Gruppen, die sich mit dem Leben, dem Werk, den Mitakteuren und auch Fritz Reichls Beziehung zu Eisenstadt auseinandersetzten. Und über all den Themenbereichen stand die eingangs gestellte Frage: „Wer war Fritz Reichl?“

Steile Karriere zwischen zwei Kriegen

Fritz Reichl wurde am 3. Februar 1890 als zweiter Sohn einer jüdischen Kaufmannsfamilie in Wien geboren – sein Leben sollte zwei große Brüche erfahren. Nach Kursen an der Wiener Kunstgewerbeschule, dem Vorläuferinstitut der heutigen Angewandten, bei namhaften Lehrern wie Berthold Löffler und Michael Powolny, studierte er an der Technischen Hochschule Wien Architektur. 1913 heiratete er Ella Gartenberg. Als der Erste Weltkrieg ausbrach, musste er einrücken. Während Fritz Reichl als Bauingenieur in Serbien, Bosnien und Italien tätig



Klaus-Jürgen Bauer vor dem Haus Bahnstraße 13-17 in Eisenstadt, einem von Fritz Reichl und Alexius Wolf entworfenen Wohnbau.

war, kämpften seine zwei Brüder an der Front und verloren dort ihr Leben. Laut Bauer waren diese Todesfälle der erste Bruch in Reichls Leben. Der Krieg riss jedoch nicht nur diese Lücke in die Familie. Letztendlich verlor auch der Vater, der als Versorgungsoffizier tätig war, nach Kriegsende seine Arbeit.

In dieser veränderten Lebenssituation verdiente Fritz Reichl sein Geld vorerst als Arbeiter in einer Metallfabrik. Erst 1925 konnte er wieder seinem Beruf nachgehen und eröffnete ein Büro im Wiener Palais Salm. „Seine Auftraggeber waren wohlhabende, liberale Bürger, wohl alle aus seinem persönlichen Umfeld. Reichl hatte es geschafft, in einer Zeit der Krise dennoch ein gutes Auslangen zu finden. Er baute auf der Höhe der Zeit – nicht ultraprogressiv, aber man könnte sagen, er war ein Neoexpressionist“, so Bauer. Der mittlerweile anerkannte Architekt nahm an zahlreichen Wettbewerben teil, unter anderem an der Ausschreibung zum Neubau des Landesregierungsgebäudes in Eisenstadt, wo sein gemeinsam mit Alexius Wolf eingebrachter Entwurf als Dritter gereiht wurde. Und er gewann den wohl prestigeträchtigsten Wettbewerb seiner Zeit: jenen zur Wiedererrichtung des Justizpalastes. Dennoch wurde dieser Entwurf nicht realisiert. In Eisenstadt entstand indes ein von ihm und Wolf entworfener Wohnbau – eben jener, der Bauer eigentlich auf die Fährte Fritz Reichls brachte. Darüber hinaus wurde das Duo mit der Ausarbeitung eines Stadtentwicklungsplanes für die neue Landeshauptstadt beauftragt. Vieles davon wurde, zumindest teilweise, umgesetzt.

Kein schillernder Adabei, aber in den führenden Gesellschaften und Vereinen vertreten, so kann Fritz Reichl zum Höhepunkt seines architektonischen Schaffens um 1930 bezeichnet werden. Er war Mitglied in der Zentralvereinigung der Architekten wie auch des Künstlerhauses, er

war im Österreichischen Jagdclub und auch sonst gesellschaftlich gut eingebunden. 1932 erschien seine Publikation in der Reihe Wiener Architekten, die eine Auswahl an Arbeiten und Entwürfen zeigt. Das Vorwort dazu schrieb Max Eisler. Zu jener Zeit entstanden zahlreiche Wohnbauten wie auch Einfamilienhäuser in Wien, aber auch in Böhmen. Auch Interieurs entwarf Reichl, sie finden sich teilweise in dem Buch dokumentiert.

Flucht: von Istanbul nach Amerika

Reichls Wirken nach der Publikation liegt noch weitgehend im Dunkeln. „Über die Zeit des Ständestaats wissen wir wenig. Auch die Auftragslage kennen wir nicht“, sagt Klaus-Jürgen Bauer. „Reichl hatte wahrscheinlich das Pech, dass seine Klientel, die großbürgerliche Schicht, in jener Zeit aus der öffentlichen Wahrnehmung verschwand.“ 1938 dann der zweite Bruch in seinem Leben: Hals über Kopf verlässt er nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten mit seiner Frau Wien. Er gelangt zunächst nach Istanbul, wo er Büroleiter bei Clemens Holzmeister wird. Zahlreiche Prunkbauten für Kemal Atatürk entstanden unter Holzmeisters Planung. Den Namen Reichl trägt davon jedoch kein einziger Entwurf.

Fritz Reichls Sohn Erich war indes nach New York ausgewandert, wo er sich recht und schlecht über Wasser hielt. 1946 gelang auch Fritz Reichl und seiner Frau Ella die Reise mit dem Schiff über den Ozean. Der Aufbau eines Architekturbüros in New York scheiterte, schließlich bot Richard Neutra, der einstige Studienkollege und ebenfalls Emigrant, Reichl eine Stelle an. Dennoch gelang es Reichl nicht mehr, an seinen einstigen Erfolg anzuschließen. Außer dem Apartmenthaus Leonhard Martin in Beverly Hills (1949) und dem Wohnhaus Erich Reichl in Pittsburgh (1955) sind in Amerika bislang keine weiteren Bau-

ten unter der Federführung des Architekten bekannt. Das gemeinsam mit Maxwell Starkman gegründete Architekturbüro brachte zwar einen Katalog heraus, ob davon jedoch je etwas umgesetzt wurde, ist fraglich. Fritz Reichl starb am 23. Januar 1959 an einem Herzinfarkt, über seinen Zeichentisch gebeugt.

Ausstellung: „Wer war Fritz Reichl?“

All diese Fakten – und noch einige mehr – haben die Studenten von Klaus-Jürgen Bauer und Peter Ferschin im Rahmen des Seminars zusammengetragen. Der Grazer Filmmacher Heimo Müller drehte ein „Making of“ und führte damit die einzelnen Arbeiten filmisch zusammen. Letztendlich wurde daraus eine kleine, aber feine Ausstellung gestaltet, die noch bis 4. August im Architekturraum Burgenland zu sehen ist und für die es unter anderem gelungen ist, ein von Fritz Reichl entworfenes Möbelstück aufzutreiben.

Ob es wohl noch möglich wäre, dass weitere Bauten in den USA bekannt würden und Reichl posthum den Ruf eines Rudolf Schindler einbrächten? Klaus-Jürgen Bauer hält dies für eher unwahrscheinlich. Dennoch unterstreicht er einmal mehr die Bedeutung Reichls, dessen Villa Kral im tschechischen Prachatice eine ähnliche architektonische Qualität wie der Villa Tugendhat von Ludwig Mies van der Rohe zugeschrieben werde – wenn gleich sie nicht dieselbe Bekanntheit genießt. Mit der Spurensuche nach Fritz Reichl sei es jedoch gelungen, dem Architekten Anerkennung zu zollen, und sogar ein Bild von ihm konnte aufgetrieben werden: Bei Nichten von Fritz Reichl in Amerika wurden Studenten fündig. Die beiden Damen erinnerten sich, in einer Schublade noch „a picture of uncle Fritz“ zu haben – „Das war dann auch der Moment, in dem Fritz Reichl ein Gesicht bekam“, wie Bauer abschließend sagt. nu

„Reichl hatte es geschafft, in einer Zeit der Krise dennoch ein gutes Auslangen zu finden. Er baute auf der Höhe der Zeit – nicht ultraprogressiv, aber man könnte sagen, er war ein Neoexpressionist“, meint Klaus-Jürgen Bauer, Architekt und Lektor an der TU Wien.

Über die Frage, wer Jude ist, sind sich allerdings auch **NU**-Herausgeber Martin Engelberg und Chefredakteur Peter Menasse nicht einig ...



© CAMILLA IBER

Jüdische Gretchenfrage

Was bisher geschah: Im **NU 67 schrieb ein Redakteur über die Bestellung der beiden neuen Rabbiner. Die IKG-Führung meinte, dass es in diesem Beitrag Fehler gebe und verfasste einen Brief an alle IKG-Mitglieder. Der Redakteur, gleich auch der Herausgeber und der Chefredakteur hätten sich strafrechtlich relevanter (!) Taten schuldig gemacht. Klagen wollte man aber nicht.**

Diese Beschuldigung erfüllte ihrerseits tatsächlich den Straftatbestand der üblen Nachrede und Kreditschädigung. Aber auch **NU** klagte nicht, sondern ließ sogar eine Gegendarstellung in der Zeitung zu. Dann aber kam im Auftrag der IKG ein Brief von einem englischen Rabbinatsgericht an das **NU**-Team. Chefredakteur Peter Menasse, der nicht religiös ist, schrieb daraufhin im **NU** 68 einen Leitartikel, in dem er seine Sorge ausdrückte, dass nunmehr Rabbiner die Macht in der Kultusgemeinde übernehmen würden. Wenn das der Fall sei, so seine Meinung, müsste die Konstruktion der IKG als auch politische Vertretung der Juden neu überdacht werden, denn es gebe viele Mitglieder, die sich nicht über die Religion als Juden definieren.

Dieser Beitrag wiederum führte zu teilweise wütenden Protesten und zu

ermutigenden Zustimmungen. Über die Frage, wer Jude ist, sind sich allerdings auch **NU**-Herausgeber Martin Engelberg und Chefredakteur Peter Menasse nicht einig. Sie klagen einander aber nicht, weder vor einem zivilen, noch vor einem religiösen Gericht, sondern reden miteinander. Eine Form des Umgangs miteinander, wie sie bei der IKG-Spitze scheinbar verloren gegangen ist. Hier das Gespräch.

Engelberg: Dein Leitartikel im **NU** 67 hat mir so manche scharfe Nachfrage aus der Gemeinde beschert. Damit haben wir gleich die erste Frage auf dem Tisch, nämlich, ich bin Herausgeber, du bist Chefredakteur. Wie ist das, wenn du etwas schreibst? Darf ich dir da dreinreden?

Menasse: Also nach allen Regeln guten Journalismus redet der Heraus-



geber dem Chefredakteur und auch anderen Redakteuren nicht hinein. Das haben wir zu Zeiten, als Erwin Javor Herausgeber war, so gehalten, und du machst es genauso. Gerade bei einem Kommentar ist es klar, dass ich hier meine Meinung schreibe.

Ich habe übrigens zwei diametral entgegengesetzte Arten von Leserbriefen erhalten, nämlich total begeisterte und ganz ablehnende. Es gab nichts Lauwarmes dazwischen. Manche meinten, ich würde da jetzt einen Chaj-Wahlkampf betreiben, was völlig absurd ist, weil ich nicht für Chaj arbeite. Wir machen mit unserem **NU** eine Zeitung, die nach journalistischen Grundsätzen funktioniert. Die kennen aber scheinbar viele nicht.

Mir ging es um die Sinnhaftigkeit der Trennung von Religion und Politik. Schon in meinem allerersten Beitrag für **NU** vor 16 Jahren habe ich geschrieben, dass es eine voraufklärerische Situation ist, wenn Religion und Politik in der Gemeinde nicht getrennt sind.

Engelberg: Na gut, aber eines nach dem anderen. Also das Erste ist voll-

kommen richtig. Der Herausgeber wird sich nicht einmischen. Zweitens ist es aber so, dass ich in einigen Punkten nicht deiner Meinung bin. Die wichtigste und heikelste Frage ist ja eine, die die jüdischen Gemeinschaften in der ganzen Welt beschäftigt und immer schon beschäftigt hat, nämlich die sogenannte „Mihu jehudi“-Frage, also „Wer ist Jude?“ Und das ist doch eine sehr sensible Frage, die du für mein Gefühl vereinfachend beantwortet hast, wenn du schreibst, dass es eigentlich egal ist, ob jemand eine jüdische Mutter hat. Wenn einer sagt, er sei jüdisch, ist er nach deiner Meinung Jude. Und damit kann ich, das muss ich ehrlich sagen, nichts anfangen.

Menasse: So habe ich es nicht geschrieben. Es gab Zeiten, wo alle Menschen religiös waren, und da konnte man ganz einfach sagen, Jude ist, wer eine jüdische Mutter hat. Dann aber haben viele begonnen, sich von der Religion abzuwenden und alles war plötzlich anders. Wenn das Judentum sich religiös definiert und aber auf die Mutter abzielt, dann entsteht ein Wi-

derspruch. Ich zum Beispiel habe eine jüdische Mutter, bin aber nicht religiös.

Es gab aber dann den Einschnitt durch die Schoa, als auch Menschen als Juden verfolgt wurden, die nicht religiös waren. Es gibt auch heute viele, deren Familien in der Schoa gelitten haben und die daher wissen, dass man verletzlich ist und sich gegen jede Form von Diskriminierung und Rassenhass wehren muss.

Das ist sozusagen ein politischer Auftrag, und so komme ich auf den Begriff des „politischen Juden“. Ich glaube aber nicht, dass irgendwer sagen kann „He, hallo, ich bin jetzt ein religiöser Jude“, also das habe ich damit nicht gemeint.

Engelberg: Okay. Es gibt ja tatsächlich in Amerika den Begriff des „psychological Jew“, also von Juden, die aufgrund ihrer ethischen Grundsätze, aufgrund ihres intellektuellen Zugangs und ihrer Moralvorstellungen und so weiter ein Set von Werten definieren, wo sie meinen, das würde sie jüdisch machen. Der Punkt für eine Gemeinschaft aber ist, es muss eine klare Definition geben, weil sonst verwässert sich das komplett. Das heißt, wenn wir keine eindeutige Definition haben – und die einzige, auf die sich alle geeinigt haben, ist, dass Jude zu sein eine jüdische Mutter bedingt – dann wird das vollkommen willkürlich.

Menasse: Also zur Definition. Nach den Gesetzen der Logik geht es nicht an, dass man in der Definition just jenes Wort verwendet, das zu definieren ist, weil damit dreht man sich im Kreis. Jemand ist ein Jude, wenn die Mutter Jüdin ist. Damit ist aber wiederum nicht definiert, was eine jüdische Mutter ist. Das ist also keine Definition.

Aber abgesehen davon, nehmen wir den Kampf gegen den Antisemitismus. Sollen sich alle, die keine jüdische Mutter, aber vielleicht einen jüdischen Vater haben, zurücklehnen und sagen, „Das sollen die machen mit

Martin Engelberg: „Das Religiöse fängt mit der jüdischen Mutter an und braucht noch etwas darüber hinaus, nämlich ein religiöses, traditionelles Leben, um eine lebendige jüdische Identität aufrecht zu erhalten.“

Peter Menasse: „Wenn das Judentum sich religiös definiert und aber auf die Mutter abzielt, dann entsteht ein Widerspruch. Ich zum Beispiel habe eine jüdische Mutter, bin aber nicht religiös.“

der jüdischen Mutter“? Sollen die in Zukunft einem Mob, der antisemitisch losrennt, sagen: „Hallo, mich dürft ihr nicht verfolgen, weil ich habe keine jüdische Mutter“?

Engelberg: Reden wir nicht immer nur von der Verfolgung, sondern gehen wir in den positiven Fall, dass jemand sagt „Okay, ich habe zwar keine jüdische Mutter, aber nach meinem Denken, in meinem Wesen, in meiner Art, auch in meinem Freundeskreis und im Halten der Traditionen führe ich ein jüdisches Leben.“ Sie müssten übertreten, wenn sie Mitglied der Gemeinschaft werden wollen. Und das ist eben das System, auf das wir uns geeinigt haben. Sonst funktioniert es nicht.

Menasse: Du sagst, das System, auf das „wir“ uns geeinigt haben. Aber dieses „Wir“ schließt nicht alle ein. Es wäre möglich, dass sich eine neue Gruppe bildet, die sich von der Definition der Religion löst und mit politischen und kulturellen Argumenten ein Jüdisch-Sein für sich beansprucht. Die Religiösen werden sagen: „Ihr seid keine Juden“, aber das kann ja den anderen egal sein. Man könnte trotzdem politisch wirksam werden in der Gesellschaft.

Diese Idee ist ja bisher nie entstanden, weil es ein freundschaftliches Miteinander von religiösen und nicht-religiösen Mitgliedern der Kultusgemeinde gegeben hat. Aber zuletzt wollte man mich vor ein Religionsgericht zerren.

Engelberg: Also ich bin ja der Letzte, der die Weisheit der derzeitigen IKG-Führung verteidigen möchte. Mir ist aber die Frage ein wichtiges Anliegen: „Braucht es einen religiösen Inhalt, um das eigene Judentum zu definieren?“ Und ich sage ja. Das Religiöse fängt mit der jüdischen Mutter an und braucht noch etwas darüber hinaus, nämlich ein religiöses, traditionelles Leben, um eine lebendige jüdische Identität aufrecht zu erhalten.

Menasse: Da unterscheiden sich unsere Meinungen. Aber wir können dennoch gemeinsam eine Zeitung machen, die vielen Menschen das Interessante, Schöne und Besondere am Judentum zeigt. Das funktioniert seit 17 Jahren, weil wir respektvoll miteinander umgehen.

Engelberg: Deine Position in der Frage der jüdischen Identität ist deswegen heikel, weil man befürchten kann, dass die Gefahr der Spaltung des Judentums besteht. Was wäre denn deine Lösung? Ich meine, wie stellst du dir vor, dass wir in der Kultusgemeinde mit Menschen umgehen, deren Vater beispielsweise Jude ist, nicht aber die Mutter?

Menasse: Also es geht mir gar nicht so sehr um den Eintritt in die Kultusgemeinde, das ist für mich ein Randthema. Ich bin zwar Mitglied der Kultusgemeinde, das bin ich aber eher aus politischen Gründen geworden, als Zeichen, dass ich der Gesellschaft zeige, dass ich Jude bin – und es gibt keine andere Möglichkeit, das so offensichtlich zu machen.

Ich habe eine andere Frage: Was ist mit den vielen Menschen, die wir zum Beispiel für **NU** interviewen und die uns von ihren Verwandten erzählen, die verfolgt wurden. Wollen wir sie mit Definitionen zurückstoßen? Das wäre eine interessante Diskussion innerhalb der Kultusgemeinde. Wie gehen wir mit ihnen um?

Engelberg: Die entscheidende Frage bleibt trotzdem, wie gehen wir mit Menschen um, die nach der Halacha nicht Juden sind? Ich meine, man muss das mit großer Menschlichkeit und Sympathie abhandeln und auch einen Weg finden, gemeinsame Formate zu haben. Nur der Schritt dazu, diesen Leuten die Möglichkeit zu geben, Mitglieder der Kultusgemeinde zu werden und damit per Definition, auch religiöser Definition, Juden zu sein, das funktioniert nicht.

Menasse: Die Kultusgemeinde ist ja per Definition, per Gesetz eine Religionsgemeinschaft. Sie soll anerkennen, wie sie es für richtig hält. Aber strenggenommen müsste sie dann auch alle, die sich als nicht religiös deklarieren, einfach ausschließen.

Engelberg: Aber noch einmal zurück, ich meine das, was eben das Missverständliche bei deinem Artikel war, dieser Aufruf quasi zur Spaltung. Also erstens einmal, dass die, die nach Halacha nicht jüdisch sind, auch Teil der Gemeinde werden sollten und andererseits, dass die, die nicht religiös sind, eigentlich austreten sollten, weil diese Gemeinde religiös ist.

Menasse: Ja, der Ausschluss der Nichtreligiösen wäre eigentlich konsequent. Dann stellt sich allerdings die Frage der politischen Vertretung. Weil der Antisemitismus, aber auch die jüdische Kultur betreffen nicht nur die religiösen Juden, sondern auch alle, die von der IKG nicht anerkannt werden.

Engelberg: Ja, ich denke, das ist schon auch wichtig zu sagen. Dass wir eben die Kultusgemeinde nicht nur als Religionsgemeinschaft sehen, die sie laut Statut wohl ist. Ich weiß jetzt nicht, wie es vor der Schoa war, aber jedenfalls seither war sie schon auch immer eine politische Vertretung der Juden.

Menasse: Es müsste irgendwann einmal eine wirklich ordentliche Diskussion darüber geben, wie man mit diesem Thema umgeht. Was heißt das, dass Menschen als Juden angegriffen werden könnten, aber nicht religiös sind? Was ist mit den vielen, die nicht religiös sind, aber die jüdische Kultur weitertragen? Dieser Diskussion sollte sich die Kultusgemeinde stellen, statt Religionsgerichte anzurufen, als ob wir im Iran oder in Saudi-Arabien wären.

nu



Nudnikit

VON ANITA HAVIV-HORINER

Meine Kinder können sich über nichts einigen, außer dass beide der einhelligen Meinung sind, dass ihre Mutter eine Nudnikit – auf gut Deutsch eine Nervensäge – ist. Dieser seltenen Harmonie auf meine Kosten konnte ich mich gestern wieder vergewissern.

Ich habe mich nämlich wegen einer Bagatelle mit meinem Sohn gestritten. Das kleine Familiendrama fand im Auto auf dem Weg zum heiligen Schabbatmahl des Haviv-Clans statt. Der eher introvertierte und friedfertige Junior setzte auf Melodrama, das sonst eigentlich mein Terrain ist: „Wir sehen uns einmal die Woche ein paar Stunden und DU vergeudest sie mit Streit“. Meinen Hinweis, dass seine Sturheit unserer kostbaren Quality-Time genauso wenig zuträglich sei, überzeugte ihn nicht. Er geriet dermaßen außer sich,

dass er drohte, unverrichteter Dinge zurück nach Tel Aviv zu fahren. Besonders schien ihn zu empören, dass ich – nachdem mein Fundus an rationalen Argumenten erschöpft war – die Keule der mütterlichen Autorität geschwungen hatte. Das sind israelische Söhne gar nicht gewohnt, daher überraschte es ihn, dass ich nicht einlenkte. Aus Rücksicht auf die anderen Familienmitglieder bestrafte er mich doch nicht so hart und blieb bei uns in Netanja.

Meine Tochter, die schon vorgefahren war, öffnete uns die Tür. Sie erkannte auf den ersten Blick, dass Alarm angesagt war, und manövrierte mich auf ihre resolute Art ins Badezimmer. Am Wannenrand wollte sie Information über das Geschehen aus mir herausquetschen. Ihre Anteilnahme löste bei mir einen Tränenschub aus.

Doch gerade als ich ihr mein Herz ausschütten wollte, wurde das Essen serviert.

Der Abend verlief auch weiterhin recht unharmonisch, da sich die hitzige Diskussion mit Daniel in eisiges Schweigen gewandelt hatte. Also war ich recht erleichtert, als ich wieder nach Hause aufbrechen konnte.

Im trauten Heim wollte meine Tochter nun endlich in Erfahrung bringen, wie ihr Bruder es geschafft hatte, mich dermaßen in Hysterie zu versetzen. Als ich ihr kleinlaut gestand, dass es um einen verlorenen Wohnungsschlüssel ging, schaute ausgerechnet sie – die Drama-Queen par excellence – mich entrüstet an: „Wegen eines Schlüssels machst du so ein Theater? Hast du nicht genug andere Sorgen? Wir leben doch in Israel.“

nu

Kohnversationen

VON RUTH LEWINSKY (ZEICHNUNG) UND CHARLES LEWINSKY (TEXT)





Anlässlich ihres Wienbesuchs kamen die königlichen Hoheiten Charles und Camilla in das Jüdische Museum Wien.

© JMW/OURIEL MORGENSZTERN

Ein König für die Juden

Der britische Thronfolger Charles, Prince of Wales, und seine Gemahlin Camilla, Duchess of Cornwall, besuchten im Rahmen ihres Wien-Aufenthaltes das Jüdische Museum Wien. Das britische Königshaus hat heute einen entspannten Umgang mit dem Judentum.

VON DANIELLE SPERA

Es war ganz sicher die Hochzeit des Jahres: Pippa Middleton, die Schwester von Herzogin Kate, heiratete im Mai den Finanzexperten James Matthews. In einer für ihre Familienverhältnisse bescheidenen (nicht allerdings, was das Budget von fast einer Million Euro betrifft...), exklusiven Zeremonie gaben sie einander das Ja-Wort. Die Society-Vermählung ließ die Gerüchte wieder aufleben, dass Pippa und Kate eigentlich aus einer jüdischen Familie stammen sollen. Bereits anlässlich der ersten Begegnungen zwischen Kate Middleton und Prinz William wurde darüber spekuliert, dass Kates Mutter, geborene Goldsmith, einen jüdischen

Vater hätte und damit vielleicht Spuren eines jüdischen Familienlebens in das Haus Windsor einziehen könnten. Spätestens nach der Vermählung von Prinz William und Kate Middleton im Jahr 2011 erreichten die Spekulationen ihren Höhepunkt. Ein namentlich nicht genannter sefardischer Rabbiner aus Israel wurde zitiert, der die Familiennamen der Vorfahren von Kate und Pippas Mutter, Goldsmith, Temple, Harrison oder Myers als „jüdisch“ definierte und die Familie somit auch kascherte. Diese Ansage forderte die jüdische Ahnenforschung heraus. Die Namen Goldsmith, Myers oder Temple kämen durchaus auch bei nichtjüdischen Familien vor.

Die Vorfahren von Kate und Pippa seien Minenarbeiter gewesen und stammten aus Regionen, in denen es keine jüdischen Gemeinden gab. Die Recherchen der Jewish Genealogy Society endeten mit dem Appell: „Akzeptiert es: Kate ist keine ‚Jewish Princess‘“, und die Times of Israel schrieb anlässlich der Geburt von Prinz George: „Middleton, Schmid-delton, der neue Erbe ist nicht jüdisch“.

Beschneidung als Tradition im britischen Königshaus

Das britische Königshaus hat alles in allem heute einen entspannten Umgang mit dem Judentum. Zwar ist Königin Elizabeth in ihrer 60-jährigen Regentschaft noch nie nach Israel gereist, doch hat sie vor zwei Jahren das ehemalige Konzentrationslager Bergen-Belsen besucht, das einzige Konzentrationslager, das 1945 von britischen Truppen befreit wurde. In ihrer Amtszeit hat die Queen zahlreiche Rabbiner und andere jüdische Persönlichkeiten in den Adelsstand erhoben bzw. zu Mitgliedern des House of Lords ernannt. Und Prinzessin Anne ist in zweiter Ehe mit Timothy Laurence verheiratet, der väterlicherseits jüdische Vorfahren hat. Ganz abgesehen davon gibt es im britischen Königshaus die Tradition, dass jedes männliche Baby von einem Mohel (einem religiös ausgebildeten Mann, der nach jüdischem Ritus Beschneidungen vornimmt – im Fall von Prinz Charles war es der Rabbiner Dr. Jacob Snowman) beschnitten wird. Bisher hatte sich lediglich Prinzessin Diana geweigert, dies bei ihren Söhnen William und Harry durchführen zu lassen.

Am engsten ist vermutlich Prinz Charles mit der jüdischen Gemeinde verbunden. So pflegt er eine herzliche Bekanntschaft mit dem früheren britischen Oberrabbiner Lord Jonathan Sacks, der gleich alt ist wie er. Bei dessen Pensionierung sagte Prinz Charles in seiner Rede mit dem ihm eigenen Humor: „Wie haben jetzt beide das offi-

zielle Pensionsalter erreicht. Bei Ihnen ist es wohl realistischer als bei mir ...“

Als erster Vertreter der königlichen Familie wohnte Charles der feierlichen Amtseinführung des neuen britischen Oberrabbiners Ephraim Mirvis bei und trug seine ganz spezielle Kippa aus blauem Samt mit seinem aufgestickten Wappen. Und die Biografin des Prince of Wales, Catherine Mayer, ist überzeugt, dass Charles ein guter König für die Jüdinnen und Juden in Großbritannien sein wird, er sei an Religion interessiert mit einer Leidenschaft für religionsübergreifende Initiativen und großer Aufmerksamkeit für die Nahostpolitik. In einem Interview mit dem Jewish Chronicle sagt Mayer: „I’m sure that Charles will be a King for the Jews.“

Nach einem Besuch in Polen im Jahr 2002 setzte sich der britische Thronfolger persönlich für die Schaffung eines jüdischen Gemeindezentrums in Krakau ein, das er mit seiner Gattin Camilla sechs Jahre später eröffnete. Als Förderer der wichtigen britischen jüdischen Wohlfahrtsorganisation World Jewish



Hochzeit des Jahres: Pippa Middleton und James Matthews

Relief hielt er heuer eine Rede, in der er feststellte, dass die schrecklichen Lehren des letzten Krieges zunehmend in Vergessenheit gerieten. Dem möchte er entgegenwirken und setzt sich auch engagiert dafür ein.

Charles und Camilla führten Gespräche mit Schoa-Überlebenden.



Die Mutter von Prinz Philip, Prinzessin Alice von Battenberg, die mit Prinz Andreas von Griechenland verheiratet war, arbeitete während des Zweiten Weltkriegs in Athen für das Rote Kreuz. Dort versteckte sie die jüdische Familie Cohen vor den Nazis.

Am engsten ist vermutlich Prinz Charles mit der jüdischen Gemeinde verbunden. So pflegt er eine herzliche Bekanntschaft mit dem früheren britischen Oberrabbiner Lord Jonathan Sacks, der gleich alt ist wie er.

Eine überraschende Nachricht

Bei seinem Besuch in Wien im April dieses Jahres suchten sich die königlichen Hoheiten Charles und Camilla ganz bewusst das jüdische Museum als eines ihrer Ziele aus und hatten auch den Wunsch geäußert, Wiener Jüdinnen und Juden zu treffen, die die Schoa überlebt hatten. Bei diesem Gespräch ließ Charles mit einer überraschenden Nachricht aufhorchen. Seine Großmutter habe im Zweiten Weltkrieg Juden gerettet. Während die britischen Medien, die die königlichen Hoheiten nach Österreich begleitet hatten, dieses weitgehend unbekannte Faktum groß berichteten, blieb die Enthüllung in der österreichischen Presse angesichts des Trubels um den royalen Besuch unbeachtet.

In bewegenden Worten sprach er über den Einsatz seiner Großmutter väterlicherseits. Die Mutter von Prinz Philip, Prinzessin Alice von Battenberg, die mit Prinz Andreas von Griechenland verheiratet war, arbeitete während des Zweiten Weltkriegs in Athen für das Rote Kreuz. Dort versteckte sie die jüdische Familie Cohen vor den Nazis. Alice von Battenberg war von Geburt an taub, und so gab sie vor, nichts zu verstehen, als sie dazu von den Nazis befragt wurde. Für ihren Mut und ihr Engagement wurde Prinzessin Alice 1993 posthum von der israelischen Schoa-Gedenkstätte Yad Vashem als eine Gerechte unter den Völkern geehrt und ist auch in Jerusalem begraben. „Meine Großmutter war eine einmalige Frau. Sie hat über viele Jahre geheimgehalten, dass sie eine jüdische Familie gerettet hat. Anlässlich des Begräbnisses von Präsident Shimon Peres in Jerusalem habe ich ihr Grab besucht,“ so Prinz Charles.

Die Geschichte seiner Großmutter bildete den Auftakt zu seinem Gespräch mit Schoa-Überlebenden im Jüdischen Museum Wien. Der britische Thronfolger war dabei besonders daran interessiert, wie jene, die 1938/39 durch einen Kindertransport nach Großbri-

tannien gerettet wurden, bei den britischen Familien aufgenommen worden waren. Ob die Familien ohnedies nett gewesen wären, war eine der Frage, die er an seine Gesprächspartner stellte. Für die Organisation der Kindertransporte nach Großbritannien zeichnete übrigens der 1933 gegründete World Jewish Relief Fund verantwortlich, der heute von Prinz Charles unterstützt wird.

Bei seinem Besuch im Jüdischen Museum Wien wollte der britische Thronfolger nicht nur über das Thema Holocaust sprechen, sondern auch das Vermittlungsprogramm des Museums für muslimische Flüchtlinge kennenlernen und vor allem mit Betroffenen zusammentreffen. Die Gruppe, die an diesem Tag im Museum Erkenntnisse über die jüdische Geschichte und Gegenwart bekam, bestand aus jungen Menschen aus Afghanistan, die seit etwa einem Jahr in Österreich leben. Alle sprachen hervorragend Deutsch, aber nicht Englisch. Prinz Charles entschuldigte sich für seine mangelnden

Deutschkenntnisse und unterhielt sich mit jedem Einzelnen. Ihn interessierte vor allem, wie die jungen Menschen nach Österreich gekommen waren und ob sie mit ihrer Familie flüchten konnten.

Dass das Jüdische Museum Wien und das Jewish Museum London bereits zusammengearbeitet haben und in Wien die Ausstellung über Amy Winehouse zu sehen war, freute den Prince of Wales, der auch als Schirmherr des Jüdischen Museums London auftritt. Seine Verbundenheit mit der jüdischen Gemeinde sei so tief, dass Charles gedenke, innerhalb der nächsten drei Jahre zum Judentum zu konvertieren, schrieb die britische *Jewish Week* am 1. April 2014. Herzogin Camilla würde das unterstützen, und bereits Backkurse für das traditionelle Schabbat-Brot absolvieren. Auch die Queen sei von diesen Plänen ihres Sohnes sehr angetan. Wer allerdings heuer auf die Vollzugsnachricht gewartet hatte, wurde enttäuscht. Diese Meldung der *Jewish Week* war ein Aprilscherz. **nu**

Alice von Battenberg, hier mit ihrem Sohn Prince Philip, hat im Zweiten Weltkrieg Juden gerettet.





© PETER BIGAUD

Für eine moderne jüdische Identität

VON MARTIN ENGELBERG

Bekanntlich stehen im Herbst Neuwahlen in Österreich an. Das bedeutet – sogenannte – gute und schlechte Nachrichten für die jüdische Gemeinschaft. Die wichtigste gute Nachricht ist: Mit Christian Kern oder Sebastian Kurz haben zwei Persönlichkeiten die besten Chancen, Bundeskanzler zu werden, deren Sympathie für die jüdische Community und für den Staat Israel unbestritten ist. Irritieren wird jedoch wohl so manches Gemeindeglied die Tatsache, dass die FPÖ mit einer hohen Wahrscheinlichkeit Teil der nächsten Regierung sein wird. Egal, ob unter einem Bundeskanzler Kern oder Kurz.

Möglicherweise kommt in dieser Frage der jüdischen Gemeinde und Israel eine gewisse Bedeutung zu. Dabei könnte sich die Gemeindeführung in den zu erwartenden, nationalen und internationalen Chor der Empörten einreihen und gegen die Regierungsbeteiligung der FPÖ protestieren und lobbyieren. Die Situation wird sich jedoch grundsätzlich von der Zeit der schwarz-blauen Regierung unterscheiden. Einerseits wird die Aufregung bei weitem nicht so groß sein wie im Jahr 2000. Außerdem könnte die SPÖ ebenso gut wie die Liste Kurz/Volkspartei mit den Freiheitlichen koalieren.

Es befände sich also in jedem Fall ein beträchtlicher Teil der Gemeindeglieder in Erklärungsnotstand, warum denn eine Koalition der FPÖ mit der jeweils anderen Partei jetzt so verwerflich sein soll. Aber es gäbe

sicher eine sehr lautstarke Lobby in der Gemeinde, die heftig gegen eine Regierungsbeteiligung der FPÖ protestieren würde – egal, ob unter den Sozialdemokraten oder unter Sebastian Kurz und seiner Liste. Es wird also keine leichte Aufgabe für die Gemeindeführung. Noch dazu angesichts der im November anstehenden Kultusgemeinde-Wahlen. Man wird hier keine einzige Stimme verlieren wollen, geht es doch auch in der Kultusgemeinde möglicherweise um neue Mehrheiten bei der Wahl der zukünftigen Präsidentschaft.

Die Option einer aktiveren, gestaltenden politischen Beteiligung der jüdischen Gemeinde ist aufgrund der Haltung und der Möglichkeiten der derzeitigen Führung nicht zu erwarten und auch gar nicht angeraten.

Für jüdische Menschen, die sich als Teil der österreichischen Zivilgesellschaft sehen, sollte es jedoch als Individuen bei dieser Wahl einen besonderen Anreiz geben, sich einzubringen. Schließlich hat die bevorstehende Nationalratswahl das Potenzial, besonders spannend zu werden. Höchstwahrscheinlich wird es ein sogenannter Richtungswahlkampf. Es wird um die wichtigsten wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Fragen zur Zukunft Österreichs gehen: um die Höhe der Steuern und Abgaben, der Pensionen, um die Liberalisierung oder Nicht-Liberalisierung vieler Märkte, eine Reform des Bildungssystems und vieles mehr. Aber auch und nicht zuletzt um die Flüchtlingsfrage

und das Thema der Integration.

Diese Wahl böte also für jüdische Menschen in Österreich eine besonders interessante Gelegenheit, sich politisch zu engagieren. Im Rahmen der Definition einer modernen jüdischen Identität ginge es gar nicht mehr um die Fokussierung auf das Thema Antisemitismus und ein Aufschreien bei tatsächlichen oder vermeintlichen antisemitischen Vorfällen.

Die jüdische Tradition hat so viel mehr zu bieten: bewährte und realistische ethische Grundsätze, ein hohes Maß an Intellektualität und Klugheit, die Fähigkeit zu differenzieren, Lebensfreude und Witz und vieles mehr. Die jüdische Gemeinde Wien kann wunderbare Beispiele gelungener Integration vorweisen. Zuerst die Generation der Schoa-Überlebenden, die sich hier in den Jahrzehnten nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges aus dem Nichts wieder eine lebendige und erfolgreiche Existenz erschufen. Dann die Zuwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion, die sich inzwischen ebenfalls bestens integriert haben, die Handwerker oder erfolgreiche Geschäftsleute wurden und deren gut ausgebildete Kinder und Enkelkinder inzwischen zunehmend auch akademische Berufe ergreifen.

Diese Tugenden im gesamtösterreichischen Kontext einzubringen wäre ein großartiger Entwicklungsschritt für die jüdische Gemeinschaft, den es mit aller Kraft zu unterstützen gilt.

nu

Eine Orgel und die Felix-Gurken

Ein Überblick über die jüdische Gemeinde Stockholms.

VON IDA SALAMON (TEXT UND FOTOS)

Wenn man im Zentrum von Stockholm auf der Suche nach der Großen Synagoge ist, so erkennt man sie gleich durch ihre für die Umgebung ungewöhnliche, orientalische Architektur. Sie ist in der Nähe eines öffentlichen Parks gelegen, und man geht entlang einer Allee von Kirschbäumen auf sie

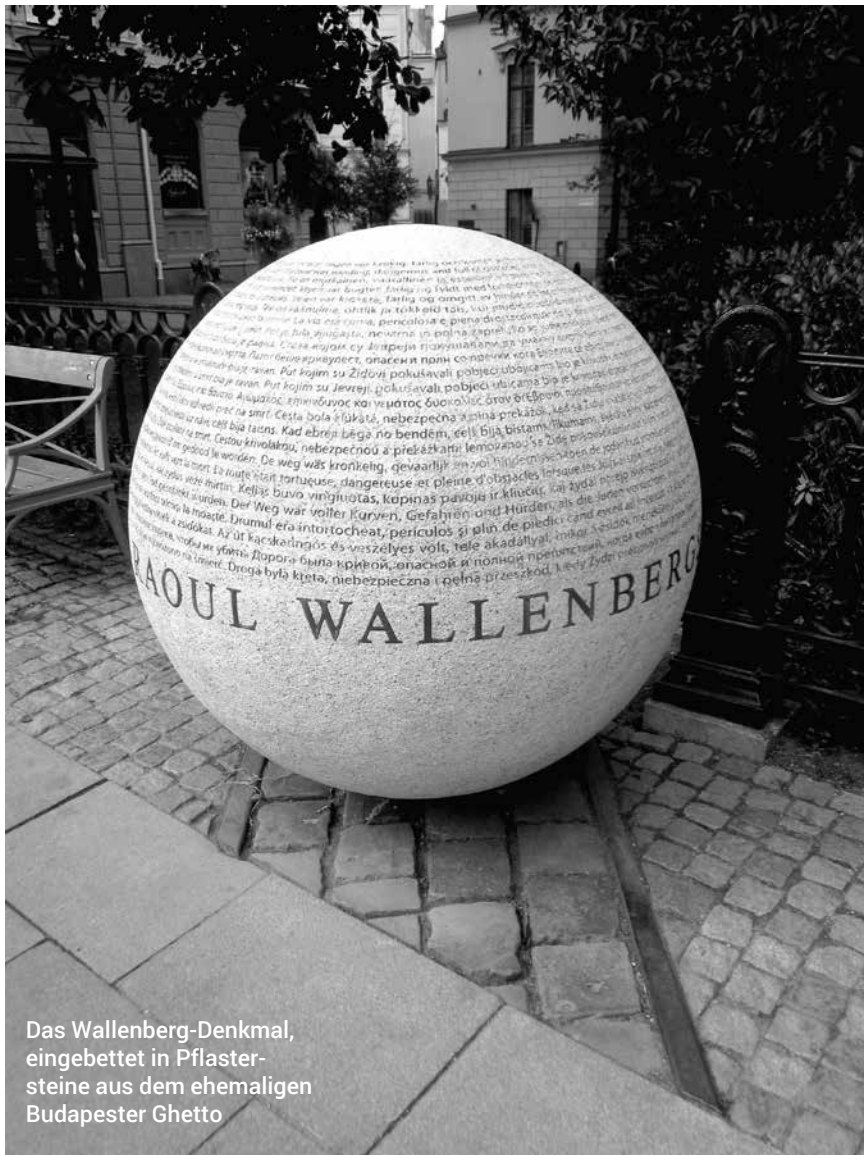
zu. Wie ein Wegweiser steht zwischen dem Park und der Synagoge das Denkmal für Aaron Isaac, den offiziell ersten Juden in Schweden.

Die Führung durch die im Jahr 1870 errichteten Synagoge beginnt mit einer Anekdote: Als Aron Isaac um Aufenthaltserlaubnis beim schwedischen König ansuchte, sagte dieser, er könne in Schweden bleiben, wenn er seine Religion ablege. Isaac antwortete, er sei nicht nach Schweden gekommen, um seine Religion zu ändern. Wenn er seinen Glauben nicht behalten könne, werde er auch nicht bleiben.

Schon König Gustav III. war an jüdischer Emigration nach Schweden interessiert. In einem Brief an seine Mutter schreibt er 1771, im Jahr seiner Krönung zum König von Schweden: „Es ist sicher, dass es für das Land sehr vorteilhaft wäre, wenn so ein fleißiges Volk wie die Juden sich hier niederlassen würde ...“ Und so wurde ein Graveur aus Deutschland namens Aaron Isaac der Gründer der jüdischen Gemeinde in Stockholm. Er war der erste Jude, der sich im Jahr 1774 in Schweden niederließ, ohne konvertieren zu müssen.

Kreiskys Lieblingscousin

Auch das 20. Jahrhundert kennt einige jüdische Persönlichkeiten, die einen beträchtlichen Beitrag in Schweden geleistet haben, darunter die Nobelpreisträgerin Nelly Sachs, der Politiker und Journalist Stefan Szende und der Unternehmer Herbert Felix, der Lieblingscousin von Bruno Kreisky. Die Marke Felix wurde zuerst in Schweden ein Gütezeichen für Gurken und später für Ketchup. Bruno Kreisky, der ab 1938 im schwedischen Exil war, brachte seinen Cousin Herbert Felix auf die Idee, mit dem Unternehmen auch nach



Das Wallenberg-Denkmal, eingebettet in Pflastersteine aus dem ehemaligen Budapester Ghetto

In der Großen Synagoge von Stockholm sitzen Frauen und Männer zusammen, da sich das neue konservative Judentum für eine Gleichberechtigung von Männern und Frauen einsetzt. Frauen tragen sogar eine Art von Tallit, einen Gebetsmantel.

Österreich zu gehen. Im Jahr 1960 wurde „Felix Austria“ mit Sitz in Matersburg gegründet.

Wenn wir schon beim Essen sind: Wer in Schweden koscheres Fleisch kaufen will, muss zu Importware greifen. Denn das Schächten, das rituelle Schlachten von koscheren Tieren, ist verboten oder es muss nach einer Sedierung des Tieres erfolgen. Zvi Pesach Frank, Oberrabbiner von Jerusalem, gab in den frühen 1950er-Jahren die Erlaubnis, dass die Tiere betäubt werden können, aber das Fleisch durfte nur von Juden gegessen werden, die in Schweden ansässig waren. In den 1970er-Jahren wurde diese Art von Schachtungen eingestellt.

Das Gesetz über die Schlachtung von Tieren trat im Jahr 1938 in Kraft. Kritiker des Gesetzes argumentieren, dass es die religiöse Freiheit der schwedischen Bürger, vor allem der Juden und Muslime, verletze. Auf die Frage, ob sich die muslimische Gemeinschaft auch daran halte, antwortet Kantor Maynard Gerber, der auch als Repräsentant der jüdischen Gemeinde gilt, diplomatisch: „Ich glaube, es gibt moslemische Gruppen, die eine Betäubung anwenden könnten.“

Diskussionen und Versuche, das Gesetz zu ändern, haben bislang viele Male stattgefunden, aber keine Änderung wurde umgesetzt. Trotzdem bezeichnet der Kantor die Beziehungen zwischen der Regierung und der jüdischen Gemeinde als gut.

In Schweden leben zwischen 18.000 und 20.000 Juden, die Hälfte davon im Großraum Stockholm. Zur Frage, ob viele Juden aus Schweden nach Israel auswandern, sagt Gerber: „Ja, aber nicht so viele wie in den 1970er- und 80er-Jahren“, in der Zeit, als der Antisemitismus in Schweden am stärksten war.

Das schwedische Komitee gegen Antisemitismus (SCAA) wurde 1983 als Reaktion auf zunehmenden Antisemitismus gegründet. Durch öffentliches Auftreten und in Schulungsseminaren



Das Innere der Großen Synagoge von Stockholm mit der Orgel

klärt das SCAA über antijüdische Hassverbrechen und antisemitische Propaganda auf.

Frauen-Tallit

Kantor Maynard Gerber, ein gebürtiger Amerikaner, der 1975 nach Schweden gekommen ist, bezeichnet sich selbst als Mitglied der Masorti-Bewegung. Es ist eine Bezeichnung für traditionelle, aber nicht strikt orthodoxe Juden – „etwa wie die amerikanischen Konservativen“, meint er. In Stockholm gibt es auch zwei orthodoxe Synagogen, die von der jüdischen Gemeinde unterstützt werden.

In der Großen Synagoge von Stockholm sitzen Frauen und Männer zusammen, da sich das neue konservative Judentum für eine Gleichberechtigung von Männern und Frauen einsetzt. Frauen tragen sogar eine Art von Tallit, einen Gebetsmantel.

Noch eine Besonderheit schmückt die große Synagoge vom Stockholm: Wie in den deutschen Reform-Synagogen des 19. und frühen 20. Jahrhunderts gibt es hier eine Orgel; früher wurden die Gottesdienste von Orgel-

musik begleitet, die von einem nicht-jüdischen Musiker am Freitagabend und an den großen Feiertagen gespielt wurde. „Ich sang mit der Orgel bis vor etwa fünf oder sechs Jahren und habe es sehr genossen“, berichtet der Kantor über seine ungewöhnliche Erfahrung.

Beim Seitenausgang der Synagoge liegen, eingebettet in Pflastersteine des ehemaligen Budapester Ghettos, eiserne Schienen. Sie stehen symbolisch für die Züge, die die Juden in die Konzentrationslager transportiert haben und führen bis zum nahegelegenen Wallenberg-Denkmal. Eine etwa einen Meter hohe Granitkugel trägt als Inschrift den Namen des schwedischen Diplomaten Raoul Wallenberg, der tausende ungarische Juden vor dem Tod bewahrte. Auf der gegenüberliegenden, zur Synagoge gerichteten Seite des Denkmals wurde der Name Aaron Isaac eingraviert. Rund um die große Kugel steht in 24 verschiedenen Sprachen: „Der Weg war gerade, als Juden in den Tod geschickt wurden. Der Weg war voller Kurven, Gefahren und Hürden, als die Juden versuchten, ihren Mördern zu entkommen.“ *nu*

Die junge jüdische Stimme Deutschlands

Am Rande der Bundestagswahlen in Deutschland wird eine neue, junge, jüdische Stimme laut. Kurz nach ihrer Gründung wählte die Jüdische Studierendenunion Deutschland (JSUD) in Berlin eine Frau an ihre Spitze. Präsidentin Dalia Grinfeld erzählt dem *NU* von den Zielen ihrer Organisation, von Kofferjuden und gekrümmten Bananen.

VON SAMUEL MAGO

„Sagt man Jeh-Sud oder Jott-es-u-deh?“, frage ich die Präsidentin. „Wir sind doch keine Suppe...“, lacht sie und verweist mich auf Zweite-res. Ihre Stimme rauscht durch die Skype-Verbindung von Berlin nach Wien. „Die JSUD möchte die junge jüdische Stimme in Deutschland sein. Aber nicht nur irgendeine Stimme, sondern eine politische Stimme. Ich sage immer, wir sind nicht die nächste Schabbes-Organisation oder die neuen Chanukka-Party-Planer. Wir sind auch nicht der Zentralrat, aber wir wollen in der Politik aktiv werden und eine politische Stellung in Deutschland einnehmen“, erklärt Dalia.

Es ist früh am Morgen und die Berlinerin beneidet mich um den Wiener Mokka auf meinem Schreibtisch. Die 22-Jährige ist in Stuttgart geboren. Ihre Mutter stammt aus Riga und wuchs in Deutschland, Israel und New York auf. Ihr Vater kommt aus Argentinien. Kennengelernt haben sich ihre Eltern in Israel, von wo aus sie gemeinsam nach Deutschland auswanderten. „Wir sind sehr traditionell, aber nicht unbedingt religiös. Weil es in Stuttgart so wenig jüdisches Leben gab, hat meine Mutter entschieden, dass wir nach Berlin um-

ziehen, damit ich die Möglichkeit habe, jüdisches Leben zu erleben. In Berlin hat dann meine jüdische Institutionenkarriere angefangen“, lacht sie. Aus dem jüdischen Kindergarten in die jüdische Grundschule, aus der jüdischen Oberschule ins jüdische Gymnasium. Später zog sie nach Heidelberg und studiert dort im Bachelor Politikwissenschaften und Jüdische Studien.

Ihr bewusstes jüdisches Leben hat mit ihrem ersten Ferienlager begonnen, erzählt Dalia. Damals war sie acht Jahre alt und sei nicht nur singend und



JSUD-Präsidentin Dalia Grinfeld: „Ich lebe, ich atme, ich lese, ich esse JSUD durch und durch.“

Dass eine junge Frau an die Spitze einer jüdischen Organisation gewählt wird, ist nicht selbstverständlich. Umso mehr will sich Dalia Grinfeld für die Gleichstellung der Frauen in der Gesellschaft einsetzen.

schreiend von den jüdischen Liedern zurückgekommen, sondern auch mit einem Gefühl von Zusammengehörigkeit mit Leuten, die sie davor noch nie gesehen hätte. „Juden aus ganz Deutschland. Und dann jeden Sommer, jeden Winter auf Ferienlager gefahren. Dann wollte ich unbedingt selber aktiv werden als Jugendleiterin. Ich war in sehr vielen jüdischen Initiativen. Und das waren die zwei bedeutsamen Sachen, die mein Leben geprägt haben: einmal Politik und einmal jüdischer Aktivismus. Seit der Wahl zur Präsidentin der JSUD ist nicht viel Zeit vergangen, aber ich merke jetzt schon, ich lebe, ich atme, ich lese, ich esse JSUD durch und durch. Es ist überall. Es ist auch anstrengend, aber es ist super-cool“, schwärmt die Präsidentin.

Der Grundstein ihrer Identität sei zunächst einmal jüdisch. Sie definiert sich als eine in Deutschland geborene Jüdin mit russisch-argentinisch-israelischem Hintergrund. „Ich fühle mich in einem Flugzeug sehr wohl. Dann bin ich nämlich nicht nur in einem Staat. Die junge jüdische Generation in Deutschland will aber keine neue Generation von ‚Kofferjuden‘ sein. Wir wollen uns hier in Deutschland ein Leben aufbauen. Damit hier etwas weitergeht. Wir haben unsere jüdischen Werte und wir sind auch Teil der deutschen Gesellschaft. Und wir wollen Teil des politischen Diskurses in Deutschland sein.“

Deutsche Juden und Juden in Deutschland

Die JSUD sei die erste politische Stimme jüdischer Studenten in Deutschland. Andere Studierendenverbände habe es schon gegeben, einen Einfluss auf die Innenpolitik Deutschlands hätten sie heute jedoch nicht mehr. „Es gab den Bund jüdischer Studierender in Deutschland (BJSD). Auf Papier existiert er noch, aber er ist faktisch seit zehn Jahren nicht mehr aktiv. Er war auch anders als wir. Er hat in den 80er-Jahren unglaublich gute

Arbeit geleistet, aber er war nie eine politische Stimme, sondern eine Dachorganisation. Wir sind eine bundesweite, politische Vertretung jüdischer Studierender. Es gibt Leute, die fühlen sich als deutsche Juden oder als Juden in Deutschland oder auch als etwas ganz anderes. Es hat Zeit gebraucht, bis man diese neuen Identitäten gefunden hat. Aber Fakt ist, wir haben ein neues Selbstverständnis, anders als die Generation unserer Eltern und Großeltern. Das ist eine Entwicklungsphase, die wir durchgemacht haben. Es muss auch weiterhin vielfältige und inklusive kulturelle und soziale Angebote für Studenten geben, wir fördern das auch. Aber das ist eben die nächste Stufe: die Politik.“

In den letzten drei Jahren seien immer mehr Stimmen laut geworden, die eine nationale Vertretung jüdischer Studierenden-Organisationen in Deutschland forderten. Nach ihrer Gründung möchte die JSUD einerseits mit den regionalen Studierendenverbänden arbeiten und sie mit innovativen Inputs und Konzepten unterstützen und vernetzen. Außerdem wolle sich die Studierendenunion auch innerhalb der jüdischen Gemeinde einbringen: „Die JSUD vertritt rund 25.000 junge jüdische Erwachsene im Alter von 18-35 Jahren in Deutschland. Das sind eine Menge Stimmen und Ideen. Und deswegen wollen wir, dass die junge Stimme innerhalb der Gemeinde, in die verschiedenen Organisationen, mit am Tisch sitzt. Dass wir eben nicht einfach stumme Studenten sind – auch wenn diese Organisationen tolle Arbeit leisten. Wir sind die Stimme, die mitreden und mitgestalten möchte.“

Die Politik der JSUD wird von allen Wahlberechtigten in der jährlichen Vollversammlung vorgegeben. „Dort wird über die Policies abgestimmt und da kann man auch seine Anliegen einreichen. Wenn zum Beispiel jemand möchte, dass sich die JSUD für gekrümmtere Bananen einsetzt. In der EU Politik gibt es ein Gesetz für

den Krümmungsgrad von Bananen. Dann wird darüber diskutiert und abgestimmt, und der Vorstand muss sich um die Umsetzung der abgestimmten Policies kümmern. Die Politik kommt nicht von uns. Die Politik wird von der Vollversammlung vorgegeben.“

Frau Präsidentin

Dass eine junge Frau an die Spitze einer jüdischen Organisation gewählt wird, ist nicht selbstverständlich. Umso mehr will sich Dalia Grinfeld für die Gleichstellung der Frauen in der Gesellschaft einsetzen: „Wir sind noch nicht an einem Punkt in der Welt, wo alles gleichgestellt ist. Weder für Minderheiten noch für Frauen. Und meiner Meinung nach ist auch die jüdische Gesellschaft mit verantwortlich, junge Jüdinnen zu fördern. Dass man da einen Schritt vorangeht und sagt, wir haben noch keine hundertprozentige Gleichheit und wir müssen das angehen“, erklärt die Studentin. Auch Koalitionen zwischen verschiedenen Minderheiten seien der JSUD wichtig. „Wir haben uns schon in Verbindung gesetzt mit dem Rat muslimischer Studierender und Akademiker. Auch mit den Bahai, den Roma und den Armeniern wollen wir schauen, wo sind unsere Gemeinsamkeiten, wo ist es sinnvoll, zusammenzuarbeiten. Vor allem auch im Bundestagswahlkampf. Im AfD-Programm steht zum Beispiel: ‚... den Multikulturalismus betrachtet die AfD als ernste Bedrohung für den sozialen Frieden und für den Fortbestand der Nation ...‘ Ich bin mir sehr sicher, dass wir als jüdische Studierende nicht die einzigen sind, die das stört. Die das absolut und vollkommen verkehrt finden. Die JSUD arbeitet gerade an Kampagnen zum Thema Bundestagswahlkampf und gegen die AfD. Wir wollen grundsätzlich nach innen sagen: Leute, geht wählen! Dann aber auch, warum man nicht AfD wählen sollte, warum wir als Juden speziell nicht AfD wählen sollten und warum wir als JSUD aktiv gegen die AfD arbeiten werden.“

nu

„Ich fühl mich sehr wohl in der Heimatlosigkeit“

August Zirner hat für die Ausstellung des Jüdischen Museums „Kauft bei Juden! Geschichte einer Wiener Geschäftskultur“ seine Familiengeschichte erzählt. Die Kuratorin der erfolgreichen Schau, Astrid Peterle, hat den deutschen Schauspieler, Musiker und Enkel der Unternehmerin Ella Zirner-Zwieback in Wien getroffen.

FOTOS: MILAGROS MARTÍNEZ-FLENER

NU: Herr Zirner, lassen Sie uns über Familiengeschichten sprechen. Jeder von uns hat eine, und jeder von uns macht sich wahrscheinlich über seine Familie einmal Gedanken. Wann haben Sie bemerkt, dass Ihre Familiengeschichte vielleicht doch etwas spezieller ist als viele andere?

Zirner: Ich glaube, bei meinem ersten Schrei. Mein erster Schrei war ein Ton und mein Vater hat dazu gesagt „Es“. Er hat nicht gesagt „er“, er hat nicht gesagt „sie“, er hat nicht gesagt „ein Bub“ oder „ein Mädchen“, er hat gesagt: „Es“. Also ich war von vornherein anscheinend ein Gegenstand, aber ich wusste nicht, dass mein Vater absolutes Gehör hatte – und mein erster Ton

war ein „Es“. „Es“ ist eine sehr schöne, komplexe Tonart. Ich nehme das sozusagen als Omen, dass ich mit diesem „Es“ auf die Welt gekommen bin. Dann vergingen 40 Jahre und ich war in Wien wegen dem Stück *Der Fall Furtwängler* im Rabenhof. Durch die Proben und durch die Beschäftigung mit dem Thema bin ich mir überhaupt erst wieder bewusst geworden über die Verstrickung meiner Familie mit der Schoa. Ich bin tatsächlich in einem Schockzustand durch Wien spaziert während den Proben und habe versucht mir vorzustellen, wie es meinem Vater ging. Und hab mir gedacht – das war nicht lustig, schon in der Zeit vorm „Anschluss“, all die Demütigungen, die meiner Großmutter und meinem Vater passiert sind. Ich hab bemerkt, ich bin zutiefst verbunden mit dem Phänomen der Schoa. Wie wir alle. Und ich im Speziellen durch familiäre Anbindung an die Opferseite. Jetzt könnte man sagen, dass ist auch mein Privileg, dass ich Nachfahre einer Opferfamilie bin, die ja überlebt hat. Mein Vater hat sich fast geniert, dass er es geschafft hat zu überleben und viele aus seiner Familie nicht.

Der Grund, warum wir beide uns kennengelernt haben, ist Ihre Großmutter Ella Zirner-Zwieback. Was für Erinnerungen haben Sie an Ihre Großmutter?

Also ich erinnere mich konkret an zwei Begegnungen. Eine war im Central Park – da gingen wir in den Zoo, da war ich glaub ich fünf, und dann ein paar Jahre später waren wir wie-

der in New York, da war sie schon krank und lag im Bett. Meine Erinnerung an meine Großmutter ist getrübt, weil meine Mutter sie nicht unbedingt mochte – wie das wahrscheinlich bei Schwiegertöchtern oft der Fall ist. Mein Vater hat meine Mutter sehr schnell geheiratet und er hat dann meine Mutter meiner Großmutter bei der ersten Begegnung vorgestellt mit „Das ist meine Frau“. Und das fand meine Großmutter überhaupt nicht lustig und hat gemeint, „Ich habe einen Termin“ und ging. Ich weiß, dass mein Vater unter ihrer Regentschaft gelitten hat. Aber mein Vater hat sich ja emanzipiert, indem er das gemacht hat, was meine Großmutter eigentlich machen wollte, nämlich Musik. Das würde mich wahnsinnig interessieren, wie meine Großmutter den großartigen Spagat zwischen Künstlerin, Pianistin und Geschäftsfrau geschafft hat. Ich habe einen ziemlichen Respekt vor dieser Frau inzwischen, die eine richtig taffe Frau war, irgendwie aber auch von der gesellschaftlichen Verantwortung geprägt. Sonst hätte sie diese Wälder in Kroatien nicht gekauft. Die sind ja jetzt zum fünften Mal enteignet worden. Die kroatische Regierung ist eine undemokratische Fratze und sollte nicht in der EU sein. Ella hat ja diese Wälder gekauft, um dort ein Ferienlager für ihre Angestellten zu bauen. Sie war schon vermutlich eine sozial verantwortliche Großunternehmerin. Aber es wäre interessant, mit ihr darüber zu sprechen, wie es ihr ging mit dem Sozialismus. Meine Mutter behauptet, meine Großmutter war eine

frühe Sozialistin – ob das stimmt, weiß ich nicht.

Ihr Blick auf Ihre Großmutter scheint sich durch das Wissen über sie, dass Sie sich in den letzten Jahren aneigneten, verändert zu haben. Würden Sie sie unter diesen Voraussetzungen gerne nochmals kennenlernen?

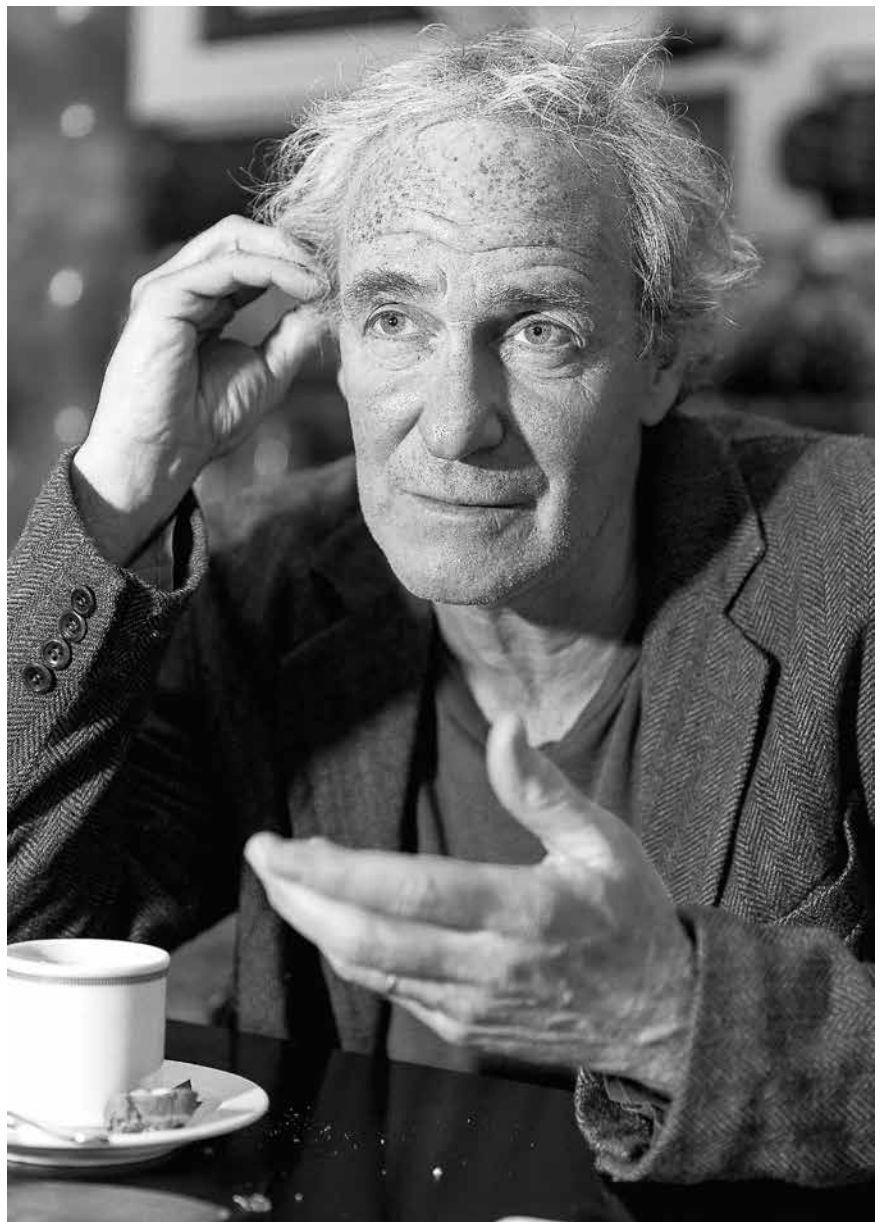
Ja, unbedingt! So geht es mir aber mit sehr vielen Leuten. Ich würde gerne Wolfgang Amadeus Mozart begegnen. Aber ja, ich würde auch gern mit meinem Vater über diese Themen sprechen. Einfach nochmal aus erster Hand etwas erfahren. So geht es ja vielen Leuten. Man wünscht sich, mit den Toten zu sprechen.

Wissen Sie, ob Ihre Großmutter nochmals in Wien war nach 1945?

Ich glaube nein – nur ihre Asche. Das charakterisiert auch meine Großmutter. Mein Vater hat sich geweigert, nochmals nach Wien zu kommen, nochmals zu kämpfen für das Unternehmen, um das Café Zwieback – da ging es um die Konzession. Er wollte nicht mehr. Weil mein Vater wollte seine Professur nicht aufgeben, er wollte sich nur noch mit Musik beschäftigen und ist nicht mehr nach Wien gefahren. Das hat Ella ihm übelgenommen. Dann starb sie. Mein Vater hat erst drei Wochen nach ihrem Tod davon erfahren. Ich kann mir vorstellen, dass das sehr verletzend war. Mein Vater fuhr nach New York und musste von Standesamt zu Standesamt wandern, um ihre Asche zu finden und sie dann nach Wien zurückzubringen.

Sie sind als junger Mann zum Studium am Max Reinhardt Seminar aus den USA nach Wien gekommen. Wie war Ihre Beziehung zu Wien damals?

Als ich auf die Schauspielschule ging vor 40 Jahren, war Wien für mich wie ein zweites New York, es war die zweite Großstadt, die ich kannte. Und



„Ich muss gestehen, dass ich Wien sehr mag. Ich mag auch das Abgründige in dieser Stadt.“

als ich dann hier war in Wien, war es gar nicht so groß und ich war erstaunt – ich hatte kaum Geld –, dass man für 17 Schilling ein Menü bekommt. Ich war total überfordert. Ich konnte ja nicht Deutsch lesen, das habe ich erst in Wien gelernt. Inzwischen kann ich ganz gut Deutsch lesen. Ich war in Wien sehr fleißig. Irgendwann, nach einem Jahr Schauspielstudium, wollte

ich nur eins: Ich wollte so Deutsch sprechen, dass kein Mensch merkt, dass ich einen Wiener Einschlag in meiner Sprache habe. Und mein Triumph war dann, nach eineinhalb Jahre Schauspielstudium, als ich meine übliche Wurstsemmel kaufen ging und die Verkäuferin beim Julius Meinl gesagt hat „der Deutsche“. Da wusste ich, ich habe es geschafft.

„Mein Triumph war dann, nach eineinhalb Jahre Schauspielstudium, als ich meine übliche Wurstsemmel kaufen ging und die Verkäuferin beim Julius Meinl gesagt hat ‚der Deutsche‘. Da wusste ich, ich habe es geschafft.“

„Ich fühl mich sehr wohl in der Heimatlosigkeit, es ist wie ein Zuhause geworden. Manchmal ist es anstrengend, keine Heimat zu haben, aber ich habe Familie, ich habe Freunde, ich habe meinen Beruf, ich habe die Musik.“

Und wie geht es Ihnen heute in Wien?

Ich muss gestehen, dass ich Wien sehr mag. Ich mag auch das Abgründige in dieser Stadt. Und ich fühle mich hier zuhause wie in keiner anderen Stadt. Berlin mag ich sehr, aber dort werde ich mich nie zuhause fühlen. Ich kenne hier das Idiom der Sprache. Die Zwischentöne, auf die es so ankommt – und es gibt im Österreichischen irrsinnige Zwischentöne, die man hören kann, die man beantworten kann. Es gibt ein sehr lautes Schweigen, ein sehr differenziertes Schweigen, ein sehr neurotisches Schweigen, ein sehr verbergendes Schweigen, aber ich kann es relativ laut hören. Ich besitze keinen Dialekt, das ist auch ein Nachteil. Ich besitze keine wirkliche Heimat der Sprache. Aber ich fühl mich sehr wohl in der Heimatlosigkeit, es ist wie ein Zuhause geworden. Manchmal ist es anstrengend, keine Heimat zu haben, aber ich habe Familie, ich habe Freunde, ich habe meinen Beruf, ich habe die Musik. Ich habe viele Beheimatungen.

Würden Sie sagen, dass Sie eine jüdische Identität haben?

Ich würde das auf jeden Fall bejahen. Aber es steht mir in dem Sinne nicht zu, aufgrund meiner Mutter. Wie Woody Allen es formulierte: „You don't have to be Jewish to be traumatized but it helps.“ Mein Wesen oder meine Person ist zutiefst geprägt von der jüdischen Kultur. Und das hat natürlich mit meiner Familie zu tun und es ist von mir selbst aus auch eine Wahl dazu da. Ich bin ja kein religiöser Mensch, aber ich bin auf jeden Fall ein Ergebnis der Diaspora. „Ach dieses Wien [Anm.: eigentlich „diese Stadt“] ist nicht fürs Alpenglücken da. Sondern sie lebt, wie ich, längst in Diaspora.“ Ein Satz von Robert Schindel. Der Satz passt auf mich auf jeden Fall. Dass mein ganzes Wertesystem mit Sicherheit jüdisch geprägt ist, ist einfach nicht zu verleugnen, es spricht auch aus allem, was ich tue.

Welche Verbindung haben Sie heute zu Ihrem Heimatland USA? Wie beurteilen Sie die aktuelle Situation?

Jeden Morgen lese ich die neuesten Meldungen aus Washington – das hab ich früher nicht gemacht. Mich regt diese Regierung auf, das Schei-

tern des demokratischen Experiments fasziniert mich. Trump ist ja nicht das Problem, sondern die Leute, die ihn gewählt haben, die immer noch zu ihm stehen. Ich bin Amerikaner. Ich habe einen Pass. Ich wähle. Ich nehme teil an der amerikanischen Politik. Ich fühle mich in Amerika fremder als in Wien. Ich hab mich aus Amerika irgendwie heraus entwickelt, obwohl ich zutiefst amerikanisch bin in meinem Denken. Ich meine, 17 Jahre Kindheit sind sehr prägend. Auch meine musikalische Orientierung stammt aus Amerika, meine ganze Jazz-Affinität stammt aus Amerika. Ich bekomme aber eine Wut, wenn ich in Amerika bin und sehe, wie viele Leute mit einer Waffe herumlaufen. Ich bekomme eine Wut, wenn ich in der Zeitung lese, dass schon wieder Leute hingerichtet worden sind. Ein Land, das die Todesstrafe immer noch als gerechtes Instrument zur Aufrechterhaltung der Gesetze hält, ein Land, das sich illegal Giftspritzen besorgt, um legal Menschen hinzurichten, ist für mich ekelhaft. Ich bekomme so eine Wut über die Dummheit der Trump-Administration. Bei Trump denke ich mir immer: „Kann ihn nicht jemand erlösen?“ Ich glaube, der will längst aufhören. Der würd lieber Golf spielen und seine Firmen führen. Das Weiße Haus ist ja auch nicht seine Architektur – wo sind die goldenen Wasserhähne? Ich habe meine Hoffnung nicht ganz aufgegeben. Insofern bin noch immer ein naiver Amerikaner, der hofft, dass sich das nochmal irgendwie regeln wird.

Möchten Sie am Ende unseres Gesprächs noch etwas für NU sagen?

Da sage ich Ihnen und dem Jüdischen Museum nochmals Dank, dass ich jetzt meine Großmutter tatsächlich kenne. Und richtig froh darüber bin, dass sie meine Großmutter ist. Mir geht es jetzt darum, dass Ella Zirner-Zwieback und Ludwig Zwieback und das Unternehmen gewürdigt werden. Damit werde ich nicht aufhören.

nu

Ausstellungskuratorin Astrid Peterle im Gespräch mit August Zirner.



Politische Notwehr der Unterlegenen

Michael Laczynski untersucht in seinem Buch, warum die Populisten so erfolgreich sind.

VON HERBERT VOGLMAYR

In Frankreich kursiert folgender Witz:

„Wer ist der typische Wähler des rechtspopulistischen Front National?“ – „Ein ehemaliger Kommunist, dem zweimal die Geldbörse gestohlen wurde.“

Was verbindet die FPÖ mit Frankreichs Front National, Deutschlands AfD, Großbritanniens Brexit-Befürwortern, Viktor Orbán und Donald Trump? Sie wollen die Eliten ablösen, versprechen einfache Lösungen für komplexe Probleme und nutzen die Sorgen ihrer Anhänger, um das Rad der Zeit zurückzudrehen. Laczynski sieht den Erfolg populistischer Parteien vor allem in der Angst vor gesellschaftlichem Wandel und materiellem Abstieg, die sich in der Unterschicht und unteren Mittelschicht bei jenen ausbreitet, die sich durch Veränderungen gefährdet sehen und dem Wohlfahrtsversprechen moderner Gesellschaften nicht mehr glauben.

Globalisierung und Ungleichheit

Die Hauptrolle spielen dabei die Auswirkungen der Globalisierung, verschärft durch massive Flüchtlingsbewegungen. Große Teile der Weltbevölkerung haben von vernetzten Märkten und offenen Grenzen profitiert, besonders in den aufstrebenden Entwicklungsländern wurden dadurch

hunderte Millionen Menschen aus der Armut befreit. Tatsache ist aber auch, dass diese Entwicklung in den westlichen Industriestaaten Verlierer produziert, weil die Gewinne aus der Globalisierung nicht bei den Arbeitnehmern ankommen und die Ungleichheit zunimmt. Einkommenszuwächse und Vermögen konzentrieren sich in Europa und den USA zusehends bei den reichsten zehn Prozent der Haushalte, am Arbeitsmarkt wird die Lage für einen wachsenden Teil der Bevölkerung prekär und Wohnraum wird immer unerschwinglicher. Dazu kommt die Aussicht, dass mit fortschreitender Digitalisierung mittelfristig viele bis dato gut bezahlte Tätigkeiten vermutlich wegfallen. Die Politik hat zu wenig getan, um den internationalen Handel fairer zu gestalten, galt doch in fast allen Industrieländern das wirtschaftspolitische Credo: Der Markt wird's schon richten. Tat er aber nicht, weil sozialer Ausgleich nicht zu seinen Aufgaben gehört. Selbst der ehemalige US-Präsident Obama äußerte Verständnis dafür, „dass viele dem Argument Glauben schenken, das System sei zu ihren Ungunsten manipuliert“.

Falsche Antwort auf eine richtige Frage

Populismus ist eine Art politische Notwehr der Unterlegenen, wobei die Linkspopulisten eher internationalistisch orientiert sind, während die Rechtspopulisten das Heil in nationaler Isolation sehen. Dabei ist der Nationalstaat gerade deswegen in der Krise, weil er zu schwach ist, um der Dynamik der Globalisierung wirksame Rahmenbedingungen zu setzen. Politischer Akteur vormoderner demokratischer Verfassungen war – nicht nur in der Antike – der Stadtstaat, die Entwicklung moderner Demokratien ist mit der Schaffung größerer politi-

scher Räume verbunden. Die heutige Herausforderung besteht darin, Demokratie und Menschenrechte unter den Bedingungen weltwirtschaftlicher Vernetzung zu erhalten und weiter zu entwickeln. Das benötigt aber Zeit, weil der wirtschaftliche auch einen kulturellen Wandel braucht und dabei emotionale Bindungen und vertraute politische Identitäten in Frage stehen. Die Krise der EU ist auch Ausdruck dieser Übergangsschwierigkeiten zu größeren politischen Einheiten, der Nationalstaat wird jedoch die drängenden Probleme (globale Wirtschaftskrisen, Migration, Ökologie) nicht lösen können.

Die Sorge, von der Globalisierung überrollt zu werden, mag für viele berechtigt sein, man muss aber nicht den Parteien folgen, die das demagogisch ausschachten und damit autoritären Nationalismus und Kleinstaaterei befördern. Laczynskis Buch zeigt auf, dass die populistischen Parteien so gut wie keine wirksamen Rezepte gegen die genannten Probleme haben, sondern mit den Aufputschmitteln nationalistischer Phrasen und fremdenfeindlicher Parolen dealen, dass sie die falsche Antwort auf eine richtige Frage sind.

nu



Michael Laczynski
Fürchtet euch und folgt uns – Die Politik der Populisten
Kremayr & Scheriau 2017
224 Seiten, EUR 24,-

Suchbild auf Jiddisch ...

Der Nobelpreisige Bob Dylan mit sieben Veränderungen.

VON MICHAELA SPIEGEL



- 1) NOBELPREIS
- 2) JOAN BEAZ
- 3) ZWEI DAVIDSTERNE MUSSTEN SEIN, DAMIT ER SICH NICHT WIEDER ANDERS ÜBERLEGT MIT DER RELIGION
- 4) DYLAN VERTRITT EINEN MITSCHÜLER
- 5) DYLAN VERTRITT NOCH EINEN MITSCHÜLER
- 6) DYLAN VERTRITT EINEN DICKEN MITSCHÜLER
- 7) DER ALTE HUT STAMMT VON DAMALS

Vor 15 Jahren im **nu**

Warum wir wurden und wie wir waren

VON PETER MENASSE

In der 8. Ausgabe von **NU** aus dem Juni 2002 zu lesen, kann einen traurig stimmen. Auf dem Cover ein nachdenklicher Bürgermeister Michael Häupl mit der Bildunterschrift: „Kämpfe weiter für ein Haus der Geschichte“. Damals schon titelten wir in einem Info-Kasten zu diesem Projekt, dass es sich um eine „Diskussion ohne Ende“ handle. Dabei waren gerade einmal drei Jahre vergangen, seit der damalige Wissenschaftsminister Caspar Einem eine Studie in Auftrag gegeben hatte, die zum Ergebnis kam, dass das Palais Epstein, davor Sitz des Wiener Stadtschulrats, der ideale Standort für ein solches Haus der Geschichte wäre. Aber bereits 1999 beschlossen sämtliche Parlamentsparteien, angeführt vom damaligen Nationalratspräsidenten Heinz Fischer, dass sie dieses Haus für Parlamentszwecke verwenden wollten. Michael Häupl sprach im Interview mit Petra Stuißer davon, dass er mit allen Kräften für das Haus kämpfen werde. Es dürfe das Epstein nicht zu einem „Haus der Sekretäre“ werden. Es gebe so etwas wie einen Genius loci, so der Bürgermeister, der dieses Gebäude zum idealen Symbol für Österreichs Geschichte mache. Wie wir wissen, ist Michael Häupl in diesem Fall gescheitert.



Dasselbe Thema behandelt eine Geschichte und ein Interview von Helene Maimann mit dem im Jahr 2007 verstorbenen Leon Zelman. Auch da ging es um das Epstein. Denn der große Versöhner zwischen den vertriebenen Juden und ihrer früheren Heimat war der Motor des Projekts. Maimann schreibt über Zelmans Empörung: „Dass ihm, dem alten Sozi, der sozialdemokratische Nationalratspräsident so was antun kann! Das Haus der Geschichte wäre die Krönung von Leons Lebenswerk, es kann, es soll, es muss dort und nur dort entstehen, auf geschichtsträchtigem Boden, in jenem Haus des

Juden Epstein, das der Ringstraßenarchitekt Theophil Hansen mitten in der Gründerzeit baute.“

Die „Diskussion ohne Ende“, über die wir 2002 schrieben, geht weiter, denn ein Haus der Geschichte gibt es bis heute nicht, auch wenn es so aussieht, als ob das Projekt jetzt tatsächlich an anderem Ort realisiert würde. Zwanzig Jahre nach Geburt der Idee – und selbst das wird vermutlich davon abhängen, welche Regierung das Land im Herbst 2017 bekommen wird.

Ein anderer traurig stimmender Beitrag stammt von Margaretha Kopeinig. Sie hatte den Künstler Georg Chaimowicz porträtiert und interviewt. Anlass war eine Wanderausstellung mit dem Titel „Aufstand der Anständigen – Quo vadis Austria?“, die in Deutschland lief. Das Ende der Reise dieser Ausstellung in Frankreich 2003 hat Chaimowicz nicht mehr erlebt. Er starb ein Jahr zuvor. Chaimowicz war ein großer Kritiker des „schlagobersübertünchten Geschichtsmülls“, voll Zorn auf die „kleinbürgerlichen Dummköpfe, die auf alle leeren tagespolitischen, rassistischen, ausländerfeindlichen und wirtschaftlich neoliberalen Parolen hereinfallen“.

Es waren große Männer, die wir damals porträtiert hatten – ein wirkliches Stück Geschichte im **NU** Ausgabe 8. *nu*

Leserbrief

nu

Leserbrief zu Ausgabe 67

Gratulation zur letzten Ausgabe. Der Leitartikel ist phantastisch und spricht mir sehr von der Seele, wirklich toll geschrieben. Das ganze Heft ist sehr interessant und ich habe wieder einmal alle Beiträge gelesen.

Liebe Grüße,

Katharina Schrottenbacher

10. Kammermusikfestival Schloss Laudon

21.8.-27.8.2017
Wien 14., Mauerbachstrasse 43



Tickets: € 40
oe1/unter 26 J.: € 37
Festivalpass (7 Konzerte): € 200
Internet: www.schlosslaudonfestival.at
Email: tickets@schlosslaudonfestival.at
Tel/Fax.: +43-1-971 74 49



Martin Engelberg

Der **NU**-Herausgeber ist Betriebswirtschaftler, Psychoanalytiker, Coach und Consultant. Er ist Autor einer ständigen Kolumne in der Tageszeitung *Die Presse*.



Rachel Engelberg

studiert Arts and Entertainment Management sowie Art an der Pace University in New York und fotografiert.



Eric Frey

ist Chef vom Dienst bei der Wiener Tageszeitung *Der Standard*, Österreich-Korrespondent der Londoner Wirtschaftszeitung *Financial Times* und der Londoner Wirtschaftszeitung *The Economist* sowie Buchautor.



Johannes Gerloff

hat in Tübingen, Vancouver und Prag evangelische Theologie studiert und lebt seit 1994 mit seiner Familie in Jerusalem.



Anita Haviv-Horiner

In Wien geboren, 1979 Einwanderung nach Israel. Bildungsexpertin mit Schwerpunkt deutsch-israelischer Dialog.



Brigitte Krizsanits

studierte Germanistik und Geschichte an der Universität Wien und war anschließend in Wien und Prag in der Erwachsenenbildung tätig. Seit 2010 ist sie freie Journalistin und publizierte unter anderem die Bildbände *Das Leithagebirge. Grenze und Verbindung* und *Eisenstadt*.



Charles Lewinsky

ist Schriftsteller. Sein jüngster Roman schildert das Leben des Schauspielers und Regisseurs Kurt Gerron.

Ruth Lewinsky

begann als Grafikerin, wurde dann Cranio-Sacral-Therapeutin. Sie veröffentlichte 2011 einen ersten Gedichtband.



Samuel Mago

Der Linguistik-Student ist in Budapest geboren und hat jüdische und Roma-Wurzeln. Er ist freier Journalist und engagiert sich als Roma-Aktivist im Verein Romano Centro.



Peter Menasse

Der **NU**-Chefredakteur ist selbstständiger Kommunikations- und Organisationsberater in Wien und im Burgenland.



Milagros Martínez-Flener

wurde in Lima geboren, wo sie Geschichte studierte. 1991 kam sie nach Wien und schloss ihr Doktoratsstudium in Geschichte hier ab. Auch den Lehrgang für Pressefotografie absolvierte sie in Wien.



Ouriel Morgensztern

Der in Frankreich geborene freischaffende Künstler studierte Fotografie und Multi-Media. Anschließend ging er nach New York, wo er zunächst etablierten Fotografen assistierte. Unterdessen studierte er an der renommierten Film School der New York University.



Rainer Nowak

Der Herausgeber und Chefredakteur der Tageszeitung *Die Presse* ist ständiger **NU**-Mitarbeiter.



Astrid Peterle

ist Kuratorin am Jüdischen Museum Wien und auf Kulturgeschichte, zeitgenössische und Performance-Kunst spezialisiert.



Michael Reinprecht

ist Diplomat, war zuletzt European Union Fellow an der USC in Los Angeles, davor Leiter der Nahostabteilung des Europäischen Parlaments in Brüssel und Direktor des Informationsbüros des EU-Parlaments in Wien.



Ida Salamon

Die **NU**-Chefin vom Dienst ist in Belgrad geboren, wo sie Ethnologie, Kultur- und Sozialanthropologie studierte. Sie ist im Jüdischen Museum Wien in den Bereichen Sponsoring, Marketing und Veranstaltungsmanagement tätig.



Danielle Spera

Das **NU**-Gründungsmitglied ist Direktorin des Jüdischen Museums Wien. Davor war sie ORF-Journalistin und Moderatorin. Sie studierte Publizistik und Politikwissenschaft.



Michaela Spiegel

Die **NU**-Rätseltante studierte Malerei an der Angewandten in Wien und der École nat. sup. des Beaux Arts in Paris. Sie zählt sich zur Schule des feministischen Irrealismus. Zahlreiche Ausstellungen und Publikationen.



Herbert Voglmayr

Nach dem Studium der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften berufliche Tätigkeit an der Universität und in der Erwachsenenbildung. Seit 2004 freiberuflicher Publizist. Neben seiner Tätigkeit für **NU** verfasst er Kultur- und Weinreiseführer durch italienische Weinregionen.



René Wachtel

lebt in Wien, ist selbständig und Kultusrat in der IKG.



Peter Weinberger

war bis 2008 Professor für Allgemeine Physik an der TU Wien und ist seitdem Gastprofessor an der New York University. Er ist auch literarisch tätig.

Fröhliche Pippi-Langstrumpf-Politik



Rainer Nowak und Peter Menasse dajgezzen über das albanische Wappen, die Dreifaltigkeit der Staatsführer und über die Viererkette in der politischen Fußball-Taktik.



Menasse: Ich muss sagen, ich bin von deinem Büro beeindruckt. Auf der einen Seite der obligate Nitsch, um auf progressiv zu machen, auf der anderen Seite ein Plakat zu „100 Jahre Democrazia Christiana 1848 bis 1948“. Sehe ich da vielleicht eine widersprüchliche Haltung zum Katholizismus?

Nowak: Das ist kein Jubiläumsplakat, sondern ein Wahlplakat dieser Partei, die im Übrigen schon untergegangen ist. Sie setzt hier 1948 ihren Feind, den Kommunismus, mit der österreichisch-ungarischen Monarchie gleich. Gegen beide soll Italien einen Freiheitskampf führen. Die eigentliche Pointe daran ist, dass die Kampagnenleiter dieser Partei statt des österreichisch-ungarischen Doppeladlers das albanische Wappen erwischt haben.

Menasse: Ich lese hier auf dem Plakat „Allora contra lo straniero“, also so viel wie: „Auf gegen den Fremden“. Dieser Wahlspruch könnte von der neuen Dreifaltigkeit Kern, Kurz, Strache stammen.

Nowak: Viel Heiligkeit entdecke ich bei diesen drei Politikern nicht. Bist du eigentlich noch immer ein Kern-Altgruppe?

Menasse: Also bei dieser Dreifaltigkeit bildet er schon die Spitze des Dreiecks. Aber was soll das ewige Politiker-Kritisieren. Sag mir doch einmal einen Politiker, den du schätzt.

Nowak: Du wirst lachen, wenn ich an die Dreierkette aus Alt-Django Mitterlehner, müder Glawischnig und eingebunkertem Faymann denke, bin ich bei Kern, Kurz und Lunacek fast euphorisch.

Menasse: Im modernen Fußball spielt man jetzt mit der Viererkette in der Defensive. Da müssen wir noch wen dazu nehmen.

Nowak: Stimmt, nehmen wir Strolz, der würde auch nackt spielen, wenn sie

ihn nur mitmachen lassen.

Menasse: Ich denke eher, dass die Blauen ein Leiberl bekommen. Wobei mir auffällt, dass Strache sich zurücknimmt und Kickl schwadroniert. Gedacht hat Kickl ja immer schon für ihn, aber jetzt lässt er Strache auch nicht mehr reden.

Nowak: Strache ist einfach mit seiner neuen Brille vollauf beschäftigt.

Menasse: Die Menschen reden jetzt dauernd über die kommenden Wahlen – und jeder weiß heute schon das Ergebnis. Wie siehst du das?

Nowak: Ich bin da anders. Ich weiß es nicht. Amüsant ist nur, dass aus heutiger Sicht von allen Parteien die FPÖ die besten Chancen hat, der nächsten Regierung anzugehören. Anders formuliert: Nachdem wir uns jahrzehntelang darüber unterhalten haben, welcher Politiker diese Partei stoppen könnte, haben wir nun zwei, die das könnten, aber um die Gunst der FPÖ buhlen.

Menasse: Ich fürchte mich ohnehin schon so sehr. Regierungen mit FPÖ-Beteiligung kommen uns Steuerzahler immer so teuer. Ach, gäbe es nur Alternativen.

Nowak: Sei nicht so ängstlich, alter Mann. Mit Ingrid Felipe und Martin Strolz haben wir endlich zwei Politiker, die fachgerecht Bäume umarmen können und für fröhliche Pippi-Langstrumpf-Politik stehen.

Menasse: Mach mir nur Pippi nicht schlecht, sie ist urstark und klug. Überall tauchen jetzt Namenswitze mit Kern und Kurz auf. Das ist zu trivial. Mir würde imponieren, wenn jemand so was auch mit Strache, Strolz, Sobotka oder Felipe schaffte.

Nowak: Letztere geht natürlich mit dem spanischen Königshaus. Und im Übrigen bist du ein antidemokratischer, fast miniatur-faschistischer Ignorant.

Du hast Herrn Lugar vom Team Stronach vergessen.

Menasse: Stronach hat bei mir längst ausgesiedet. Er ist sogar daran zerbrochen, den österreichischen Fußball zu zerstören, obwohl er sich heftig bemüht hat. Lugar läuft unter meiner Wahrnehmungsschwelle. Ich bin nicht für den Schutz aller Minderheiten zuständig.

Nowak: Als nächstes fürchtest du dich sicher, dass Mateschitz die Vienna und den Wiener Sportklub übernimmt, fusioniert und in die australische Premier League bringen will. Sei doch froh, wenn alte Männer ihr Geld verprassen. Würdest du doch auch gern.

Menasse: Mateschitz ist im Fußball wenigstens mega-erfolgreich. Übrigens, hast du noch kein Angebot von seiner neuen Internet-Wahrheitsplattform „Quo vadis veritas“, oder nimmt er nur erfolgreiche Presse-Chefredakteure wie Michael Fleischhacker an Bord?

Nowak: Das ist mir zu schmal. Im Netz muss man groß denken. Ich überlege, die Plattform „In vino veritas“ zu gründen, als Chefredakteur werde ich Michael Jeanée an Bord holen.

Menasse: Das wäre wirklich super, weil dir dann so viele Menschen dankbar wären, dass sie dieser Mensch nicht mehr pausenlos aufs Gemeinste anschüttet. Aber verrate das bitte nicht, sonst nimmt er mich auch noch in die Mangel.

Nowak: Du bist schon wieder so ernst. Angeschüttet werden kann auch ganz lustig sein, Hauptsache, dein Name ist richtig geschrieben.

Menasse: Also ich weiß schon, dass man deinen Namen mit „v“ schreibt.

Nowak: Und Rainer mit „ei“.

nu

* Dajgezzen: sich auf hohem Niveau Sorgen machen; chochmezzen: alles so verkomplizieren, dass niemand – einschließlich seiner selbst – sich mehr auskennt.

Die älteste Tageszeitung der Welt ist jünger als je zuvor.

Sie mag mehr als 300 Jahre alt sein, aber dennoch steht die Wiener Zeitung für eine völlig neue Zeitungsgeneration. Denn ein in Österreich einmaliges ressortübergreifendes Redaktionskonzept in Verbindung mit einer der jüngsten Redaktionen machen die älteste Tageszeitung der Welt zugleich zu einer der jüngsten und innovativsten des Landes. Überzeugen Sie sich selbst. Testen Sie die Wiener Zeitung jetzt 4 Wochen gratis.

www.wienerzeitung.at/abo

WIENER ZEITUNG 

Zusammenhänge verstehen 